

Stefan Bollinger

Oktoberrevolution. Aufstand gegen den Krieg 1917–1922

Über das Buch

Bis vor wenigen Jahren sprach man von der *Großen Sozialistischen Oktoberrevolution*, die das feudale Zarenjoch und die bourgeoisen Fesseln abwarf und das Tor zu einer neuen Epoche aufstieß. Inzwischen ist Sachlichkeit in der Beurteilung dieses Vorgangs eingetreten, nicht zuletzt dadurch, dass dieses Tor sich augenscheinlich wieder geschlossen hat und die Frage nach dem *Warum?* nur scheinbar beantwortet ist.

Mit heutigem Wissen, aber auch mit der notwendigen Kompetenz hat Stefan Bollinger die gesellschaftspolitischen Vorgänge von 1917 neuerlich untersucht und Schlüsse gezogen. In seine Analyse bezieht er die Rezeption der russischen Revolution durch die heutige Linke mit ein und findet, dass nicht nur sie das Kind mit dem Bade ausgeschüttet hat. Denn aus der Geschichte, auch aus dieser von 1917, lässt sich allemal etwas lernen.

Über den Autor

Stefan Bollinger, Jahrgang 1954, Studium der Philosophie, Politikwissenschaften und Geschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin, Hochschuldozent, seit 1990 in der Erwachsenenbildung tätig, Lehrbeauftragter am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin, Mitglied der Leibniz-Sozietät und der Historischen Kommission beim Parteivorstand der Partei *Die Linke*, ehrenamtlicher Stellvertretender Vorsitzender der Helle Panke e.V. und Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin.

Dr. sc. Stefan Bollinger arbeitet zur Geschichte der DDR und der BRD, zur osteuropäischen Geschichte und zu den Zusammenhängen von Ideologie- und Politikgeschichte.

In der edition ost erschienen von ihm zuletzt »Weltbrand, ›Urkatastrophe‹ und linke Scheidewege. Fragen an den ›Großen Krieg‹« (2014) und »Meinst du, die Russen wollen Krieg? Über deutsche Hysterie und deren Ursachen« (2016).

edition ost



ISBN 978-3-360-01882-3

© 2017 edition ost im Verlag Das Neue Berlin, Berlin

Alle Rechte der Verbreitung vorbehalten.

Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages ist nicht gestattet, dieses Werk oder Teile daraus auf fotomechanischem Weg zu vervielfältigen oder in Datenbanken aufzunehmen.

Umschlaggestaltung: Buchgut, Berlin

unter Verwendung eines Motivs von picture alliance/Heritage Images

Printed in EU

Die Bücher der edition ost und des Verlags Das Neue Berlin erscheinen in der Eulenspiegel Verlagsgruppe.

www.eulenspiegel.com

Inhalt

I.

Eine kleine Revolutionsgeschichte

Krieg und Revolution 9

Eine Revolution auf dem Seziertisch 14

Kriegsverlängerer 25

**Frieden, Brot, Freiheit und Land –
die bolschewistische Geheimformel** 36

Warum und wie es begann – eine Vorgeschichte 51

Mit einer Friedensbotschaft in die Weltgeschichte 61

Ein Weltsystem zerbricht 79

II.

Revolution – Epoche – Erbe – Tradition

**Revolutionsgeschichte staatsmännisch –
die Große Russländische Revolution 1917–1922** 95

Die letzte Wache 103

1917 – 1945 – 1968 – 1989 – 2007ff. 106

Die Selbstthermidorisierung der Revolution 112

**Halbasiatische Barbarei und die Reife
für den Sozialismus** 125

Oktoberrevolution, Geschichtspolitik und Utopien 133

Sozialismus einst und morgen 163

III.

»Revolution« – die Karriere eines Begriffs nach dem Ende des Ostblocks

Eine Annäherung 175

Eine seltsame Renaissance 176

Blaupause Oktoberrevolution 178

Revolutionen in feindlicher Umwelt 181

Die Tücke der 3. Revolution 182

Alte Menschenrechte und neue Technologien 183

Nebenprodukt oder Masterplan? 185

Neue Kampfformen 188

»Revolutionen« zur Perfektionierung des
globalen Kapitalismus 192

Nachdenkliches 197

Eckdaten zur Orientierung 199

Anmerkungen 207

Sieg der bolschewistischen Revolution in Russland – Lenin fordert Frieden. – London, 8. November. Reuter erhielt ein Telegramm der amtlichen Petersburger Telegraphenagentur, die in den Händen der Maximalisten¹ ist, in dem es heißt, dass die Maximalisten die Stadt in ihrer Gewalt haben und die Minister verhafteten. Der Leiter der Bewegung, Lenin, verlangte sofortigen Waffenstillstand und Frieden.

Wolff'sches Telegraphen-Bureau, 8. November 1917²

Die russische Revolution ist das gewaltigste Faktum des Weltkrieges [...]. Der gewaltige Umfang, den die Revolution in Russland angenommen hat, die tiefgehende Wirkung, womit sie alle Klassenverhältnisse erschüttert, sämtliche sozialen und wirtschaftlichen Probleme aufgerollt, sich folgerichtig vom ersten Stadium der bürgerlichen Republik voranbewegt hat – wobei der Sturz des Zarismus nur eine knappe Episode, beinahe eine Lappalie geblieben ist –, all dies zeigt auf flacher Hand, dass die Befreiung Russlands nicht das Werk des Krieges und der militärischen Niederlage des Zarismus war, nicht das Verdienst ›deutscher Bajonette in deutschen Fäusten‹ [...], sondern dass sie im eigenen Lande tiefe Wurzeln hatte und innerlich vollkommen reif war. Das Kriegsabenteuer des deutschen Imperialismus unter dem ideologischen Schilde der deutschen Sozialdemokratie hat die Revolution in Russland nicht herbeigeführt, sondern nur für eine Zeitlang, anfänglich – nach ihrer ersten steigenden Sturmflut in den Jahren 1911–1913 – unterbrochen und dann – nach ihrem Ausbruch – ihr die schwierigsten, abnormalsten Bedingungen geschaffen.

Rosa Luxemburg, September–Oktober 1918³

in Männerberufen wurden möglich, die Hoffnung auf die Überwindung der Ehe als Wirtschaftsgemeinschaft, gar die wirkliche Gleichberechtigung und Emanzipation der Frauen stießen jedoch immer wieder auf Grenzen des Überkommenen und den fehlenden Willen, die Gesellschaft und die Männer umzuerziehen.

Sowjetrußland und Sowjetunion schufen mit ihrer Nationalitätenpolitik – bei allen Fehlleistungen und Regressionen – die Bedingung für eine kulturelle, sprachliche, soziale und wirtschaftliche Entwicklung und Nationswerdung dieser Völker (was in der Spätphase der Sowjetunion dieser nicht immer zum Vorteil gereichen sollte). Und die Sowjetunion und die sie mittragende kommunistische Bewegung hatten wesentlichen Anteil an der Vernichtung des deutschen, italienischen Faschismus und des japanischen Militarismus im Zweiten Weltkrieg. Als Widerpart des Kalten Krieges hat sowjetisch inspirierte Außenpolitik sicher auch zur Verschärfung mancher Spannungen beigetragen, aber insgesamt den Frieden erhalten. Sie hat eine Wende zu Rüstungskontrolle und partieller Abrüstung, zu friedlicher Koexistenz, wie die sowjetischen Führer seit Lenin diesen Zustand beschrieben, wesentlich mit zu verantworten. Gleichzeitig war diese sowjetische Politik auch für eine Vielzahl neu entstehender, sich befreiender, sich freikämpfender Staaten in Asien, Afrika und Lateinamerika ein unerlässlicher Helfer, zuweilen auch unverzichtbarer Verbündeter.

II. Revolution – Epoche – Erbe – Tradition

Revolutionsgeschichte staatsmännisch – Die Große Russländische Revolution 1917–1922

Es ist für einen Nachfolgestaat schwierig, sich dem Erbe und den Traditionen seiner Vorgänger zu stellen. Zumal dann, wenn dieser neue Staat den mehr oder minder radikalen Bruch mit diesem Vorgänger und den Übergang zu einem anderen Eigentums- und Wirtschaftssystem bedeutet. Und der Nachfolgestaat sich wieder zu einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung durchgearbeitet hat. Dennoch, der sowjetische Staat, seine Gesellschaft, seine Wirtschafts- und Lebensverhältnisse wirken immer noch nach. Für die neuen Führer seit 1991, wohl auch schon für den späten Michail Sergejewitsch Gorbatschow, war es zunehmend schwierig, eine neue, nun kapitalistische Gesellschaft mit dieser 70-jährigen Vergangenheit zusammenzubringen. Mit Boris Nikolajewitsch Jelzin begann die kritiklose Ausrichtung an den westlichen einstigen Gegenspielern. Kapitalismus sollte mit schocktherapeutischen Mitteln in diese bis dato realsozialistische, gelegentlich noch kommunistisch-gleichmacherische und oft einfach anarchistische Gesellschaft eingepflanzt werden. Es blieb letztlich ein frühkapitalistisches Piratenwesen, in dem gerade einstige Wirtschafts-, Partei- und Komsomolfunktionäre geplant, spontan und/oder verbrecherisch sich das bisherige Volks-, genauer Staatseigentum unter den Nagel rissen, es privatisierten.

In dem Moment, da eine russische Führung dieses zerstörerisch-konstruktive Chaos beendete, eine neue staatliche Ordnung mit einer starken Zentrale anstrebte und die Russländische Föderation wieder zu einer Großmacht aufsteigen lassen wollte, musste sie auch mit der Geschichte ins Reine kommen. War in der Perestroika- und Jelzin-Zeit die schonungslose Abrechnung mit der kommunistischen Vergangenheit das Topthema, wurden wirkliche oder vermeintliche Geheimnisse um das Verhalten der KPdSU und der Sowjetunion enthüllt, wurde versucht, die Verbrechen der Stalinzeit ans Licht der Öffentlichkeit zu bringen, die Opfer zu rehabilitieren und ihrer zu gedenken, so war nun eine umfassendere Neuorientierung erforderlich.

Dabei zeigt sich, dass spätestens unter Wladimir Wladimirowitsch Putin nicht erfolglos eine Neuinterpretation der jüngsten Geschichte zwischen 1917 und 1991 anstand. Diese vergangene Phase ähnelte für viele den Wirren der Jahre zwischen 1598 und 1613, der Zeit der ungesicherten Macht und der polnischen Aggression. Der traditionelle Feiertag des 7. Novembers zur Erinnerung an die Oktoberrevolution verschwand 2005 in der historischen Versenkung, um als »Tag der Einheit des Volkes« nun jedes Jahr drei Tage früher, am 4. November, unter neuen Vorzeichen begangen zu werden. Er griff die Tradition des 1649 eingeführten Tages der Ikone der Gottesmutter von Kasan auf. Faktisch bezieht sich dieser Feiertag damals wie heute auf jenen 4. November 1612, als russische Aufständische die polnischen Eroberer aus Moskau verjagten.

Russlands November-Feiertag wurde also »nationalisiert«, der Bezug auf jene internationalistische Revolution mit ihrem Gleichheits- und Demokratieanspruch kassiert. Heute diskutiert man immer noch, ob endlich der einbalsamierte Leichnam Lenins der Erde übergeben werden sollte; die 1918 erschossene Zarenfamilie ist von der Russisch-Orthodoxen Kirche im Jahre 2000 heiliggesprochen worden.

Marx' nüchterne historische Bilanz trifft hier voll zu: »Die Tradition aller toten Geschlechter lastet wie ein Alp auf dem Gehirn der Lebenden. Und wenn sie eben damit beschäftigt scheinen, sich und die Dinge umzuwälzen, noch nicht Dagewesenes zu schaffen, gerade in solchen Epochen revolutionärer Krise beschwören sie

ängstlich die Geister der Vergangenheit zu ihrem Dienste herauf, entlehnen ihnen Namen, Schlachtparole, Kostüm, um in dieser altherwürdigen Verkleidung und mit dieser erborgten Sprache die neue Weltgeschichtsszene aufzuführen.«¹³⁹

Die heutige russische Führung will bezüglich ihrer Geschichte clever sein. Einerseits kann und will sie nicht diese Geschichte gänzlich verleugnen, ist doch das heutige russische Staatswesen wesentlich eine Fortsetzung des neuen russischen, richtiger sowjetischen Staates als Groß- und Supermacht, ungeachtet seines Scheiterns. Zum anderen kann sie nicht besonderen Wert auf die klassenmäßigen Ursachen der Ereignisse von 1917 legen. Denn dann müsste sie den kapitalistischen Charakter der heutigen Ordnung, die Spaltung der Gesellschaft in Reich und Arm, in Kapitalbesitzer und einfache Arbeiter, Angestellten und dergleichen als revolutionserheischend anerkennen. Denn hier ist die Mission des Oktober 1917 wieder aktuell und immer noch nicht erfüllt. Diese defensive Sicht auf die Oktoberereignisse sind eng verwoben mit der in Moskau berechtigten Furcht vor »bunten Revolutionen«: d. h. der besonderen Verbindung hausgemachter sozialer und politischer Konflikte mit der Einflussnahme westlicher Mächte auf diese Vorgänge. Die Erfahrungen mit Kiew, Tbilissi, mit Belgrad und anderen prowestlichen, vermeintlich demokratieträchtigen Umsturzversuchen lassen hier die Alarmglocken schrillen.

Darum ist die oberste Parole, im Vorfeld des Revolutionsjubiläums 2017: Versöhnung und Russland zuerst. Präsident Putin ließ es sich nicht nehmen, in seiner Grundsatzrede zur Lage vor der Föderationsversammlung im Dezember 2016 dafür die Orientierung zu geben. Der Jahrestag sei »ein guter Moment für den Blick zurück auf die Ursachen und die Natur dieser Revolutionen in Russland. Nicht nur Historiker und Gelehrte sollten dies tun; die russische Gesellschaft braucht im Allgemeinen eine objektive, ehrliche und tiefgreifende Analyse dieser Ereignisse.« Denn »dies ist unsere gemeinsame Geschichte, und wir müssen sie mit Respekt behandeln«. Es gehe um ein gemeinsames Erbe. Putin mahnte: »Wir brauchen die Lektionen der Geschichte in erster Linie zur Versöhnung und für die Stärkung der sozialen, politischen und zivilen Eintracht, die wir erreichen konnten.

Es ist inakzeptabel, Groll, Zorn und Bitterkeit der Vergangenheit in unser Leben heute zu übertragen und bei der Suche nach den eigenen politischen und anderen Interessen auf Tragödien zu spekulieren, die praktisch jede Familie in Russland, egal auf welcher Seite der Barrikaden unsere Vorfahren standen, kennt. Lasst uns erinnern, dass wir ein einziges Volk, ein vereintes Volk sind und wir nur ein Russland haben.«¹⁴⁰

Der russische Präsident hat kein Problem, sich zu seiner eigenen wie der Vergangenheit seines Landes als kommunistisch zu bekennen. In einer Beratung im Januar 2016 betonte er: »Die Ideen des Sozialismus und Kommunismus haben mir immer sehr gefallen und tun es immer noch. Wenn wir das ›Gesetzbuch des Erbauers des Kommunismus‹ betrachten, das in der Sowjetunion weit verbreitet war, dann erinnert es sehr an die Bibel. Das ist kein Witz von mir, es ist tatsächlich eine Zusammenfassung aus der Bibel. Die Ideen sind gut: Gleichheit, Brüderlichkeit, Glück. Aber die praktische Verwirklichung dieser wunderbaren Ideen in unserem Land war sehr weit entfernt von dem, was die utopischen Sozialisten Henri de Saint-Simon und Robert Owen dargelegt hatten.«

Und er schränkt diese Gefühlswallung als Politiker der neuen Ordnung mit dem Wissen um das Versagen und die Verbrechen der alten sofort ein. »Alle warfen dem Zarenregime dessen Repressionen vor. Aber womit begann die Sowjetmacht ihre Existenz? Mit Massenrepressionen. Ich will mich jetzt gar nicht über deren Maßstab äußern, aber ich gebe Ihnen ein schlagendes Beispiel: die Vernichtung und Erschießung der Zarenfamilie einschließlich ihrer Kinder. Natürlich konnte man noch vom Standpunkt der sozialistischen Idee argumentieren, dass man, sozusagen, mögliche Thronanwärter präventiv beseitigen müssen. Aber warum ist dann der Leibarzt [...] erschossen worden? Warum das Gesinde, Leute proletarischer Herkunft immerhin. Zu welchem Zweck? Um das Verbrechen zu vertuschen.

Wir haben früher über dieses Thema nie nachgedacht. O.k., wir haben gegen Leute gekämpft, die mit der Waffe in der Hand gegen die Sowjetmacht gekämpft haben. Aber warum haben wir dann die Geistlichen vernichtet? Allein im Jahre 1918 wurden 3000 Geistliche erschossen, 10000 im Verlauf von zehn Jahren.

Am Don haben sie sie zu Hunderten unter die Eisschollen gestoßen. Wenn man beginnt, darüber nachzudenken, wenn man neue Informationen darüber bekommt, dann bewertet man auch viele Dinge anders.«¹⁴¹

Den Ausweg aus diesen Widersprüchen und die Begründung für die eigene Politik des russischen Wiederaufstiegs nach dem Zerfall der Sowjetunion und der Demütigung durch den Westen sieht die russische Führung im Beschwören des einzigen und ewigen Gedankens eines russischen Staatswesens. Das hat, trotz aller Wirren und Kriege, trotz Katastrophen und Revolutionen Bestand. Es verkörpert eine tausendjährige Tradition, und die heutigen Politiker und Militärs verkörpern es in der Gegenwart.

In einer Grundsatzrede hat der russische Kulturminister Wladimir Rostislawowitsch Medinski 2015 eine von allen klassenmäßigen Betrachtungen abgehobene Sichtweise auf die Umbrüche dieser Revolution vorgegeben. Er wandte sich gegen Vereinfachungen und Mythen. »Die Schrecken des ›roten Terrors‹? Oder die Schrecken des ›weißen Terrors‹? Im [Roman – St. B.] ›Der Stille Don‹ von [Michail Alexandrowitsch] Scholochow sind beide fast dokumentarisch vertreten. Beide Terror sind historische Tatsache. [...] Ist die Februarrevolution ein Verbrechen? Oder die Oktoberrevolution – ein Verbrechen?«

Er bezweifle, dass dies mit juristischen Normen zu bewerten sei. Er erinnert daran, dass heute der Sturz des Zaren als Resultat englischen Geldes oder der Erfolg der Bolschewiki als mit deutschem Geld erkaufte dargestellt wird. Dabei stellt er den Zusammenhang zu den Ereignissen auf dem Kiewer Maidan 2014 her. Letztlich ginge es aber um die Verbundenheit der jeweiligen Regierung mit ihrem Volk. Es gehe heute nicht um eine »Versöhnung zwischen ›weiß‹ und ›rot‹« als den »wichtigsten Teilnehmern an Revolution und Bürgerkrieg vor einem Jahrhundert«. »Rot‹ und ›weiß‹ sind in diesem Fall ein Symbol, [...] und alle Revolutionäre Subjekte der Wirren und der Katastrophe des russischen Staates in der Romanov-Version.«

Letztlich wollten sie unter unterschiedlichen ideologischen Vorzeichen nur die Wiederherstellung des russischen Staates. Der Kulturminister entdeckt den tieferen Zusammenhang. »Die Logik der Geschichte ist so, dass sobald jemand in Russland begann die

Ordnung wiederherzustellen und das Chaos zu stoppen, unabhängig von seinen Plänen und Wünschen [...] am Ende immerhin ein russischer Einheitsstaat, als UdSSR bekannt, herauskam.« Hier kann er die Leistungen auch der Bolschewiki anerkennen, nicht zuletzt die ihrer Staatswerdung und ihres Sieges 1945. Medinski fasste zusammen: Auf »die Frage ›Wer hat den Bürgerkrieg gewonnen?«, werde ich jetzt sagen, ironischerweise eine dritte Kraft, die nicht am Bürgerkrieg teilnahm – es gewann das historische Russland. Russland, das es tausend Jahre vor der Revolution gab und auch weiterhin geben wird. Und jetzt sehen wir, wie selbstbewusst Russland seine historischen Rechte immer wieder in unserer Geschichte bewahrte.«¹⁴²

Der russische Außenminister Sergej Wiktorowitsch Lawrow fand ähnlich gerichtete Einschätzungen. So erinnerte er ein Jahr vor dem 17er Jubiläum: »Unnötig zu sagen, dass die Revolution von 1917 und der anschließende Bürgerkrieg die größten Tragödien für unser Volk waren. Aber dann waren alle anderen Revolutionen ebenso tragisch. Doch dies hindert unsere französischen Kollegen nicht daran, Lobeshymnen zu singen, obwohl ihre Umwälzungen nicht nur die Parolen von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, sondern auch die Guillotine und Ströme von Blut brachten.« Auch Lawrow löste die russischen Ereignisse von den konkreten Bedingungen der russischen Gesellschaft, ihren Konflikten und den Wirkungen des Großen Krieges ab. Dennoch: »Es ist nicht zu leugnen, dass die russische Revolution ein Großereignis war, das die Weltgeschichte in vielerlei widersprüchlicher Hinsicht beeinflusste. Es war eine Art Experiment, sozialistische Ideen zu verwirklichen. Die waren zu diesem Zeitpunkt in Europa weit verbreitet und hatten die Unterstützung vieler Menschen, die nach sozialen Organisationen suchten, die auf gemeinsamen und gemeinschaftlichen Grundsätzen beruhen würden.«¹⁴³

Naturgemäß steht und fällt das Rückerkennen der heutigen russischen Führung auf das Jahr 1917 mit der Frage nach dem eigenen Nutzen für heutige Politik. Klassenkampf ist für eine Gesellschaft, in der staatskapitalistische, staatsmonopolistische Strukturen mühsam einen Oligarchenkapitalismus wieder eingeeht haben, in dem aber die wirtschaftliche Modernisierung sich ebenso langsam vollzieht wie die Wirtschaftssanktionen des

Westens einwirken, problematisch. Gerade Linke zögern, diesen modernen, zeitgenössischen russischen Staat als kapitalistisch, ja imperialistisch zu bezeichnen. Denn sie finden ihn, finden Putin als ideales Korrektiv gegen die bestehende US-dominierte Weltordnung und neigen nostalgisch dazu, das heutige Russland als Erbe der Oktoberrevolution zu sehen.

Das verkennt allerdings die Tiefe des Umbruchs, der sich seit Ausgang der 1980er Jahre zunächst unter Perestroika-Vorzeichen und dann in den 1990er Jahren unter der Ägide Jelzin, seiner neoliberal angehauchten russischen Wirtschaftsexperten und der westlichen Berater, vollzogen hat.

Imperialismus im Leninschen Sinne beinhaltet immer zwei Komponenten, zunächst eine imperialistische, expansive Ausrichtung der Außen- und Sicherheitspolitik. Hier konnte tatsächlich erst in den letzten zehn, fünfzehn Jahren der Verfall der einstigen Supermacht aufgehalten, eine Armee reform in die Wege geleitet und in den derzeitigen Krisen um die Ukraine und den Nahen Osten auch militärisch massiv Präsenz im Interesse Russlands gezeigt werden. Das ist wohlthuend auch für Linke, weil dieses Neuaufreten Russlands auf der Weltbühne dem US-amerikanischen Unilateralismus, dem US-Vormachtstreben endlich Paroli bietet. Russland erinnert daran, dass der Welt eine multipolare Ausrichtung, das Anerkennen unterschiedlicher Interessen und Interessensphären und die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten von Staaten besser zu Gesicht steht als das Agieren einer westlichen Weltgendarmerie mit dem Sheriff USA und seinen Deputies aus Westeuropa, insbesondere der BRD und Großbritannien.

Zugleich ist Imperialismus immer auch konkretes Wirtschaftsverhältnis und Wirtschaftspolitik. Sicher können die Merkmale des Imperialismus durchdekliniert werden, wie sie einst Lenin entwickelte. Hilfreicher ist allerdings daran zu erinnern, dass es um monopolistischen, um Monopolkapitalismus geht. Große Wirtschaftskonzerne, nationale und heute transnationale Monopole bestimmen die wirtschaftlichen Schwerpunkte und sind in der einen oder anderen Weise mit der Staatsmacht verbandelt. Seitdem Putin den Weg der Konsolidierung des russischen Staates eingeleitet hat und die Macht allzu aufmüpfiger Großunterneh-

mer, Oligarchen, beschnitten hat, agieren der russische Staat und seine Unternehmen in kontrollierter, aber aktiver Weise auch machtpolitisch. Die besondere Rolle der russischen Energie- und Rüstungskonzerne garantiert unmittelbar auch Einflussnahme auf andere Staaten. Wer Kapitalismus richtig verstanden hat, weiß, dass Profitmacherei zwangsläufig mit Expansion, Ausweitung, Aggression verbunden ist. Wohl dem Land, das dies mit vorrangig friedlichen Mitteln, mit Verträgen, Krediten, Außenhandelsbeziehungen betreibt und seinen Partnern die Luft zum Atmen lässt und sie nicht zur ökonomischen Unterwerfung unter eine neoliberale Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik zwingt.¹⁴⁴

Im Leninschen Selbstverständnis ging es immer um unterschiedliche Entwicklungstempi imperialistischer Staaten. Lenin mochte sie alle nicht. Als Realpolitiker begriff er aber sehr wohl die Unterschiede, suchte Widersprüche auszunutzen, um die Interessen der sozialistischen Bewegung und seines eigenen Staates besser durchsetzen zu können. Darum geht es auch hinsichtlich Russlands, darum ist auch dessen aktuelle Stellung zur eigenen Geschichte bedeutsam, wenn man die Intentionen seiner jetzigen Führung verstehen will. Noch einmal Außenminister Lawrow, der glaubt, »dass im Zusammenhang mit der bevorstehenden Hundertjahrfeier der russischen Revolution es für uns wichtig ist, die Kontinuität der russischen Geschichte zu begreifen, die nicht durch das Löschen einiger seiner Perioden bearbeitet werden kann. Und wie wichtig es ist, die positiven Trends unseres Volkes mit ihrer historischen Erfahrung zu verbinden, als Basis für ein kräftiges Voranschreiten und für unsere rechtmäßige Rolle als eines der führenden Zentren der modernen Welt sowie als Quelle von Werten für Entwicklung, Sicherheit und Stabilität.«¹⁴⁵

Anzumerken bleibt, dass die Friedenssehnsucht, die Notwendigkeit des Friedens als zentraler Antrieb für die Revolutionen des Jahres 1917 bei den heutigen russischen Politikern keine ernsthafte Rolle spielt.

Die letzte Wache

Die Geschichte der russischen Revolution oder genauer die der Russischen Revolutionen von 1917 lässt sich, wie gesehen, sehr unterschiedlich erzählen. Obschon der Oktoberumsturz selbst eine der unblutigsten Veranstaltungen der Geschichte war, kommt die Formel von den Revolutionen als den »Festtage[n] der Unterdrückten und Ausgebeuteten«, an denen »das Volk [...] fähig [ist], Wunder zu wirken«, nur schwer von den Lippen.¹⁴⁶ Zu gut bekannt sind die unmittelbaren Folgen in Bürger- und Interventionskriegen, vor allem die blutige Spur bei den Mühen der Ebenen. Das waren oft, zu oft, unnötige und inakzeptable Spuren von liquidierten eigenen Kampfgenossen wie von vermeintlichen Gegnern der neuen Ordnung, von zerbrochenen Biographien ganz zu schweigen. Diese verheerenden und desillusionierenden Vorgänge kontrastieren mit dem Enthusiasmus zu Zeiten des Oktobers, an den Fronten des Bürgerkriegs, im alltäglichen sozialistischen Aufbau und später in den antifaschistischen Kämpfen, beim Wiederaufbau nach dem Sieg, bei der Entwicklung der Sowjetunion zu einer Industrie- und Weltraummacht.

Zwangsläufig werden die Generationen der Mitgestalter und Zeitzeugen des Realsozialismus, werden diejenigen, die den Zusammenbruch und die Implosion des Ostblocks erlebt haben, mit der Last ihrer Erfahrung, Enttäuschung, ihrem Suchen und möglichen Neufinden leben müssen. Sie blicken auf die Oktoberrevolution als eine Revolution mit der Perspektive ihres Scheiterns 1989/91. Sie wissen, dass eine Geschichtsbetrachtung vom Ende her zweifelhaft ist. Aber sie kommen am »Schwarzbuch des Kommunismus«¹⁴⁷ nicht vorbei, dessen rationaler Kern – ungeachtet aller Zahlenstreitereien – millionenfache Verbrechen auch im Namen einer neuen Ordnung sind. Zu oft waren alle Mittel recht, um eine menschlichere Ordnung zu erzwingen.

Verständlicherweise hat diese negative Bilanz Konsequenzen. Stellt sie doch die Beteiligten, noch mehr die Nachfahren der Revolutionäre von einst, in die Situation von Gescheiterten, die das Erbe verspielt oder gar als ein Danaergeschenk übernommen hatten. Sie müssen das eigene Handeln oder Nichthandeln rechtfertigen und den Nachkommenden und gemeinsam mit

diesen erklären, dass zwar das große Ziel gescheitert sei, die Notwendigkeit sozialer Umwälzungen aber bestehen bleibe. Sie erleben nach dem Ende jenes Staatenblocks, der seine historischen Wurzeln im revolutionären Petrograd hatte und seine Legitimität im russischen Oktober fand, die Welt offenbar vor ähnlichen Herausforderungen. In mancherlei Hinsicht sind die Probleme von Ausbeutung, Unterdrückung und Ungleichheit noch drängender als jene, die 1917 und 1945/49 so radikal, so revolutionär, auch so brutal versucht wurden zu überwinden.

Dieser Streit um das Erbe des Oktobers ist nicht neu. Auch zu Zeiten, da Rote bzw. Sowjet-Armee und Abgesandte des Volkes auf dem Roten Platz in Moskau und überall im Lande unter dem wohlwollenden Blick der Partei- und Staatsführer den Jahrestag des Winterpalais-Sturmes begingen, gab es gelegentlich harsche Kontrapunkte. Einer wurde nur über Umwegen bekannt, ist aber für unser Thema bemerkenswert.

August 1990, die Sowjetunion war schon von Auflösungserscheinungen geprägt, auch wenn offiziell noch die Perestroika für den Umbruch in Osteuropa einigen politischen Akteuren die Lösungen lieferte. Die Kapitulation im Kalten Krieg wurde im Dezember 1989 in Malta vollzogen. Da ließen die US-Produzenten von Paramount Pictures einen Film mit großem Erfolg in die Kinos kommen: »Jagd auf Roter Oktober« mit Sean Connery in der Hauptrolle. Es ist die Geschichte eines sowjetischen U-Boots und seines Kommandanten Ramius, der in die USA überlaufen will, um durch die Preisgabe einer Erstschlagswaffe einen Krieg zu verhindern und sich gleichzeitig für den stalinistischen Terror zu rächen. Nach Missverständnissen und einer Jagd der sowjetischen wie der US-Flotte gelingt es einem cleveren CIA-Mann und dem Kommandanten, die Sowjets auszutricksen und die Flucht zu vollenden. Der Kalte Krieg ist nicht zum heißen geworden.

Einmal abgesehen von der tieferen Bedeutung, die ein solcher Bezug auf den Roten Oktober in der damaligen Umbruchsituation hatte, ist etwas anderes bemerkenswert. Tom Clancy, der Autor dieses Streifens, verarbeitete eine wahre Vorlage. Im November 1975 führte ein Politoffizier der sowjetischen U-Jagd-Raketen-Fregatte »Storoschewoi« (Wache) eine Meuterei an, jedoch nicht mit Kurs West, sondern mit Kurs Leningrad unter der

»Fahne der neuen kommunistischen Revolution«. ¹⁴⁸ Etwas naiv, aber ehrlich wollte er eine wahrhaft leninistische Revolution gegen das verknöcherte Machtsystem einer »neuen Klasse« auslösen, die zwar den *Oktober* im Munde führte, aber praktisch nichts mehr mit ihm zu tun hatte. Dagegen sollte eine Revolution unter »Nutzung aller Medien eine Kampagne von Agitation und Propaganda starten, um das Volk zu revolutionären Aktivitäten mit dem Ziel des Schaffens revolutionärer Zellen zu begeistern. Eine Vielfalt von Basisorganisationen wird in allen Teilen der Gesellschaft geschaffen werden, um für Veränderung zu kämpfen – für Freiheit von Rede, Presse und Zusammenschluss. Eine neue revolutionäre Partei wird geschaffen werden, willig und fähig, die Massen zum Kommunismus durch eine neue Ordnung zu bringen. Schließlich wird eine neue Gesellschaft entwickelt werden, die materielles Wohlergehen und soziale Gleichheit für all ihre Mitglieder bringen kann auf der Grundlage des kommunistischen Prinzips: »Jeder nach seinen Fähigkeiten – jedem nach seinen Bedürfnissen.« ¹⁴⁹ Seine Matrosen konnte der charismatische Politruk noch bei der Vorführung von Sergej Eisensteins »Panzerkreuzer Potemkin« gewinnen, gegen die Übermacht der Flotte hatte er keine Chance. Das Schiff musste aufgeben, und der Anführer Waleri Sablin endete auf Weisung des Politbüros vor einem Kriegsgericht und wurde erschossen. ¹⁵⁰

Das Ende, das Scheitern jenes Staates und Machtblocks, der sich auf die Oktoberrevolution bezog, offenbart beim genaueren Hinsehen eben immer noch Überraschungen. Auch Todeserklärungen lassen ahnen: Ideale, Ansprüche, Utopien beinhalten immer wieder eine Rückkehr zu den Anfängen, auch wenn sie so nicht erfolgreich waren. Weder für Sablin noch einst für die aufständischen Matrosen von Kronstadt 1921 ¹⁵¹ oder später für jene, die an die einstigen Ideale glaubten und sie zu praktizieren suchten, noch für jene, die immer wieder auch bereit waren, den Kampf mit ihren Parteiführungen aufzunehmen, um zu diesen Idealen zurückzukehren.

Das gilt auch für jene, die im Herbst 1989 in der DDR eine neue »Oktoberrevolution« sahen. Eine letzte, eine verlorene Wache, das *Enfant perdu* stand immer und steht noch, getreulich Heinrich Heines »Der eine fällt, die andern rücken nach / Doch

fall ich unbesiegt, und meine Waffen / Sind nicht gebrochen – nur mein Herze brach.«

1917 – 1945 – 1968 – 1989 – 2007ff.

Das 20. Jahrhundert prägten Massenbewegungen, die für eine humanere, ausbeutungsfreie, friedlichere, gerechtere Welt kämpften. Sie wollten mit Marx »alle Verhältnisse [umwerfen], in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist.«¹⁵² Radikale politische Formationen haben diese Entwicklung befördert, aber offensichtlich war der spontane Kampf, das spontane Aufbegehren an naheliegenden wie an zufälligen Punkten ausschlaggebend. Richtung, Konsequenz, gar Resultate dieser Bewegungen und der mit ihnen verbundenen Umbrüche und gescheiterten Umbrüche sind zwiespältig, oft in direktem Widerspruch zum Erhofften.

1917 steht zweifellos für die ursprünglichste dieser Bewegungen, die eine andere Gesellschaft, die den Sozialismus wollte. Oder doch genauer – zuallererst das Ende jenes mörderischen Krieges, der seit 1914 vor Verdun, in den Vogesen und in Galizien Millionen verbluten ließ und an der Heimatfront die Menschen in Hunger und Ruin trieb – bei der Entente wie bei den Mittelmächten. Es war das eingetreten, was Friedrich Engels schon 1891 prophezeit hatte: »Dieser Krieg, wo fünfzehn bis zwanzig Millionen Bewaffneter sich untereinander abschlachten und ganz Europa verwüsten würden wie nie vorher – dieser Krieg muss entweder den sofortigen Sieg des Sozialismus bringen oder aber die alte Ordnung der Dinge derart von Kopf zu Fuß umstürzen und einen solchen Trümmerhaufen hinterlassen, dass die alte kapitalistische Gesellschaft unmöglicher würde als je und dass die soziale Revolution zwar um zehn oder fünfzehn Jahre hinausgeschoben würde, dann aber auch siegen müsste nach um so rascherem und gründlicherem Verlauf.«¹⁵³ Weitsichtig hatte er erwartet, dass »die Verwüstungen des Dreißigjährigen Kriegs zusammengedrängt in drei bis vier Jahre und über den ganzen Kontinent verbreitet; Hungersnot, Seuchen, allgemeine, durch akute Not hervorgerufene Verwilderung der Heere wie der Volksmassen; rettungslose

Verwirrung unsres künstlichen Getriebs in Handel, Industrie und Kredit, endend im allgemeinen Bankerott; Zusammenbruch der alten Staaten und ihrer traditionellen Staatsweisheit, derart, dass die Kronen zu Dutzenden über das Straßenpflaster rollen und niemand sich findet, der sie aufhebt; absolute Unmöglichkeit, vorherzusehn, wie das alles enden und wer als Sieger aus dem Kampf hervorgehen wird; nur ein Resultat absolut sicher: die allgemeine Erschöpfung und die Herstellung der Bedingungen des schließlichen Siegs der Arbeiterklasse.«¹⁵⁴ Kriegsverhinderung und der Streit um die Wege zur Revolution sollten folgerichtig die nächsten zweieinhalb Jahrzehnte für jene bestimmen, die der Macht des Kapitals und des Feudalsystems fern standen.

Immerhin, diesen Krieg zu verhindern, war vor 1914 erklärtes Ziel der internationalen Sozialdemokratie und daran gescheitert zu sein, zerbrach sie schließlich. Lenin¹⁵⁵ wie Rosa Luxemburg haben dies geißelt und wollten einen politischen Neubeginn. Allein der radikale linke Flügel der organisierten Arbeiterbewegung und hier zuallererst die Bolschewiki Lenins blieben sich treu, traten als Antikriegspartei auf, die aber zweierlei wusste: Dieser Krieg ist erstens Resultat eines inneren Zwanges des Kapitalismus, des Imperialismus zu Expansion und Aggression. Sie sahen darum zum zweiten den Ausweg nur darin, diesen imperialistischen Krieg in einen Bürgerkrieg, in eine Revolution für den Sozialismus umzuwandeln. »Der Krieg hat zweifellos eine Krise schwerster Art heraufbeschworen und die Leiden der Massen ungeheuerlich verschärft. Der reaktionäre Charakter dieses Krieges, die unverschämte Lüge der Bourgeoisie aller Länder, die ihre Raubziele unter dem Mäntelchen »nationaler« Ideologie versteckt – all dies ruft auf dem Boden der objektiv revolutionären Situation unweigerlich revolutionäre Stimmungen in den Massen hervor. Es ist unsere Pflicht, diese Stimmungen bewusst zu machen, zu vertiefen und ihnen Gestalt zu geben. Diese Aufgabe findet ihren richtigen Ausdruck nur in der Losung: Umwandlung des imperialistischen Kriegs in den Bürgerkrieg, und jeder konsequente Klassenkampf während des Krieges, jede ernsthaft durchgeführte Taktik von »Massenaktionen« muss unvermeidlich dazu führen.«¹⁵⁶ Dieses klare Bekenntnis gegen den Krieg war dann in Russland die Losung, die Lenin und seine Partei triumphieren ließ.

Vergessen wird gelegentlich, dass die Frage *Krieg oder Frieden* und damit zusammenhängend auch die nach Brot und Auskommen (im bäuerlich geprägten Russischen Reich also die Frage nach dem Boden) die Massen frühzeitig umtrieb. Seit 1914¹⁵⁷ gab es in allen Krieg führenden Staaten, zunächst scheinbar unpolitisch, Verweigerungen und Widerstand, die sich immer mehr ausweiteten und nicht zuletzt nach der russischen Februarrevolution, die auf oberster Ebene als Palastrevolte zur Kriegsverlängerung begann, in ganz Westeuropa Meutereien und Streiks auslöste.

Das Jahr 1945 hat in besonderer Weise die russischen wie die Weltkriegserfahrungen zusammengeführt. Der Faschismus als radikalste Antwort auf eine aufstrebende Arbeiterbewegung, egal in welcher Form, und als Widerpart zum ersten sozialistischen (oder sich zumindest selbst und nach außen hin sozialistisch verstehenden und verstandenen) Staat, war aus dem Kapitalismus hervorgekrochen. Er musste von Linken wie Demokraten und Kapitalisten in dem Moment bekämpft werden, da er ihnen keine Luft zum Atmen, kein Leben lassen wollte. Die gern kolportierte Idee, dass der Faschismus nur ein Pendant des kommunistischen Systems sein sollte – abgesehen vom Aufzeigen gewisser Ähnlichkeiten, die alle allerdings zur politischen wie ästhetischen Kultur der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts gehören – muss auch aus einem anderen Grund ad absurdum geführt werden. Mit dem Aufkommen des Imperialismus, mit der massiven Kriegsvorbereitung kamen auch präfaschistische Bewegungen an das Licht, die ihren Herrschenden beim Begründen des übersteigerten Nationalismus helfen wollten und zugleich alle demokratischen wie linken Ansätze in ihren Ländern bekämpften. Frühzeitig entwickelten sie auch einen zum Teil bereits damals mörderischen Antisemitismus, der sich in Pogromen und Ausgrenzungsstrategien gegen die Juden manifestierte. Das kann für die westeuropäischen Staaten, insbesondere auch Deutschland aufgezeigt werden. Das hatte im vorrevolutionären Russland nicht zuletzt im Kontext der Revolution von 1905 in Gestalt der Schwarzhunderter¹⁵⁸ seinen Ausdruck gefunden.

Zurück zum Jahr 1945. Es war das Jahr, das für einen radikalen Bruch auch in den bisherigen kapitalistischen Gesellschaften stand. Der Erfolg des Faschismus und die Mühe, ihn wieder

loszuwerden, hatten viele Menschen auch in diesen Ländern im Misstrauen, im Ablehnen der kapitalistischen Ordnung bestärkt. Sozialistische Auswege, vielleicht sogar angelehnt an die Sowjetunion, schienen ihnen nicht abwegig. Die herrschenden Kreise in diesen westlichen Ländern – von Rom über Bonn bis Athen – mussten viel Mühe, viel ideologische Beeinflussung, bisweilen auch Gewalt aufbringen, um im Kalten Krieg solche Hoffnungen zu zerstören. Reale sowjetische Politik lieferte ihnen dafür gelegentlich wiederholt Munition.

Die beiden anderen großen Massenbewegungen – 1968 weltweit, 1989 auf den Ostblock und seine Peripherie beschränkt – hatten etwas mit der Verheißung von 1917 zu tun und mit ihrer begrenzten Verwirklichung.

1968 kommt es noch zum fast synchronen Reagieren in Ost wie West auf neue Herausforderungen durch eine Produktivkraftrevolution, einen drastischen Wandel der Sozialstruktur und der Enttäuschung über die unterschiedlichen konservativen Antworten, die Ost wie West, Kapitalismus wie Realsozialismus mit *all* ihren politischen Lagern boten.¹⁵⁹ Auch wenn originär zunächst eine antikapitalistische und antiimperialistische Ausrichtung vorherrschte, gerichtet gegen den US-amerikanischen Vietnamkrieg, gegen den (all)»täglichen Faschismus«¹⁶⁰ und den Demokratieabbau mit den Notstandsgesetzen, gegen neue Formen der Ausbeutung und der sozialen Benachteiligung, war es doch auch eine Revolte gegen die dominierende stalinistisch entartete Linke in den westeuropäischen kommunistischen Parteien wie in den staatssozialistischen Ländern. Die Sozialdemokratie hatte ebenso wenig Alternativen zu bieten.

In einigen osteuropäischen Staaten, am radikalsten in der Tschechoslowakei, hatte mit Höhepunkt 1968 eine Reformbewegung *von oben*, oft ergänzt und nicht selten in Konfrontation mit der Protest- und Alternativsuche von unten, versucht, die beiden Hauptprobleme des Realsozialismus seit 1917 anzugehen: Die geringe Wirtschaftseffizienz *und* ein autoritär-paternalistisches Demokratiekonzept sollten endlich überwunden werden. Die Veränderungsversuche gingen auf das zurück, was seit der ersten großen Sozialismuskrise 1921 versucht wurde – ein Verbinden von Plan mit Marktelementen und mehr demokratischen Spielräumen.

Doch waren sich die Länder jenseits der Sowjetunion uneins, verzichteten vor allem auf die Demokratiefrage.¹⁶¹ Allein in Prag wollte eine KP-Führung beides, überprüfte sein Oktoberrevolutionserbe und suchte einen sozialistischen Neubeginn. Wissenschaftler entwickelten ein Konzept moderner Gesellschaftstheorie und -praxis unter sozialistischen Vorzeichen.¹⁶² Prags Reformer waren sich sicher: »Mit der Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse und der Verstaatlichung der Produktionsmittel hat die sozialistische Revolution die ersten Voraussetzungen für die Möglichkeit einer allmählichen Befreiung des menschlichen Lebens geschaffen. Der Sozialismus als gesellschaftliche Lebensweise wurde jedoch im bisherigen, bei uns angewandten Modell als einfache Ablehnung, als bloße Negation der Gesellschaftsreformen des Kapitalismus verstanden und realisiert. Er wurde reduziert auf die Verstaatlichung des kapitalistischen Eigentums, auf administrativ-direktive Wirtschaftsleitung vom Zentrum aus und auf ein monopolitisches machtpolitisches System. Das ist jedoch noch kein Sozialismus.«

Letztlich begünstigte dies die stalinistische Entartung dieses humanistischen Versuchs. Ein solch »verflachtes Sozialismus-Modell« müsste überwunden werden. Dagegen muss »ein modernes Sozialismus-Projekt die positive schrittweise Befreiung des Menschen in allen Sphären verlangen. Dieser Prozess umfasst die Überwindung der politischen Macht der Bourgeoisie, des kapitalistischen Privateigentums und jener Herrschaft der Dinge über die Menschen, die auf der Begrenztheit der menschlichen Tätigkeit und des menschlichen Lebens in der traditionellen Industriegesellschaft beruht. Dabei geht es überall um die positive Herstellung neuer Bedingungen, neuen Raums für freie menschliche Aktivität: um die Entfaltung der Demokratie und die Erweiterung der Freiheiten für alle, um die Schaffung eines effektiveren Systems gesellschaftlichen Wirtschaftens, um eine stärkere Entfaltung der Produktivkräfte des menschlichen Lebens, um die allgemeine Kultivierung des Menschen selbst. [...]

Dieses humanistische Sozialismus-Modell, das der marxistischen Konzeption entspricht, muss allerdings als Gesamtheit fungieren, die alle seine wesentlichen Komponenten umfasst; fehlt auch nur eine von ihnen, geht der Sinn des ganzen Sozialismus-

Projekts verloren.«¹⁶³ Dieser Ansatz überlebte Moskaus Panzer nicht. Der Preis war für den Ostblock hoch und sollte sich als unbezahlbar erweisen. Die vermeintlich gewonnene politische Stabilität ließ auch die Chance wirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit dahinschmelzen. Unfreiheit und Ineffizienz blieben – bei allen Unterschieden – jene Gründe, die diese Alternative auch den Unzufriedenen im Westen vergällte und schließlich 1989 den staatlich organisierten Sozialismus erledigte.

Die 1989 endlich greifende antistalinistische Revolution im Ostblock kam zu spät. Nicht allein ein verfehltes Modell, sondern ein Gesellschaftssystem wurde hinweggefegt. Der eingetretene Umbruch ermöglichte zwar bürgerliche Freiheiten, zog zugleich aber den sozialen Kehraus und die Wiedererrichtung von Ausbeutungsverhältnissen und oft genug nationale Konflikte nach sich. Es war in den Anfängen ein großer demokratischer, für nicht wenige ein prosozialistischer Aufbruch, ein Wiedergewinnen der demokratischen Gestaltungsmöglichkeiten. Aber es war auch eine schnelle Übernahme der Spielregeln der sich als stärker erweisenden kapitalistischen Ordnung.¹⁶⁴ Und zu allem Überduss erwies sich in dieser Massenbewegung, dass die angegriffene »neue Klasse«¹⁶⁵ der Politbürokratien dort, wo man sie gewähren ließ, tatsächlich mehrheitlich den sozialistischen Anspruch eingebüßt hatte und zu willfährigen Vollstreckern des Kapitalismus und oft genug ihrer parasitären Freibeuter wurde.

Mit der seit 2007 andauernden Finanz- und Wirtschaftskrise endete der kurze triumphale Abschnitt des westlichen Sieges über den Ostblock und seinen Realsozialismus. Manche hatten ein »Ende der Geschichte« (Francis Fukuyama) mit der Vorherrschaft der Marktwirtschaft und eines parlamentarisch-demokratischen Systems versprochen. Tatsächlich gelang es in Europa alle einst realsozialistischen Staaten einschließlich der Sowjetunion in den Kapitalismus zu transformieren. Es war und ist allerdings ein Kapitalismus neoliberalen Zuschnitts, nicht der von »sozialer Marktwirtschaft« geprägte der vorherigen Jahrzehnte mit weitgehenden sozialen Zugeständnissen und demokratischen Gestaltungsräumen. Der Osten erlebte einen Kapitalismus pur und fand sich als billiges Arbeitskräftereservoir, Absatzmarkt und verlängerte Werkbank des Westens wieder.

Von der Krise wurden auch die westlichen Metropolen – wenn auch in unterschiedlichem Maße – erreicht. Sozialstaatlichkeit, Vollbeschäftigung, soziale Sicherheit, demokratische Gestaltungsmöglichkeiten geraten auch in diesen Ländern unter Druck und werden drastisch beschnitten. Auch wenn die Folgen dieser Umbrüche noch nicht abzusehen sind, so haben sie zunehmend politische Konsequenzen. Da die einstigen kommunistischen Parteien geschwächt, desorientiert, neu reformerisch justiert wurden, da sozialdemokratische Parteien und Gewerkschaften seit den 1990er Jahren diesen neoliberalen Wandel mitgetragen haben, fehlt in den meisten Ländern wirksamer Widerstand von links. Zur Mitte des zweiten Jahrzehnts des 21. Jahrhunderts ist hingegen ein Erstarren rechtskonservativer, nationalistischer Bewegungen und Parteien zu diagnostizieren. Sie machen in allen westlichen Metropolen, aber auch in den osteuropäischen Staaten ihre einfachen Krisenantworten salonfähig: Autoritäre politische Führung, Schutz der sozialen Lage der eigenen Bevölkerung auf Kosten der anderen. Hier hat sich bislang noch keine erfolgreiche Gegenbewegung etablieren können, was sichtbar mit der Desorientierung, der Furcht vor Schuldzuschreibungen aus der Vergangenheit, der verängstigten Sicht linker Parteien und Bewegungen zu tun hat.

Die einflussreicheren linken Parteien sind mittlerweile selbst etabliert. Sie sind im parlamentarisch-demokratischen System verfangen, suchen nach kleineren Übeln, haben berechtigte, aber randständige Themen von Gender bis Rettung der Biotope auf ihre Agenden geschrieben. Aber sie haben zumeist den Kontakt, geschweige denn die Verankerung in der sich gewandelten, zersplitterten Arbeiterklasse, bei den einfachen Leuten, verloren. Ihre Funktionäre sollten heute nicht über die einfachen Leninschen Losungen von Frieden, Brot, Land lächeln, sondern sie in die Gegenwart übersetzen.

Die Selbstthermidorisierung der Revolution

Ahnten das die Oktoberrevolutionäre 1917, sah das Lenin voraus, als er verkleidet durch die Nacht zum Smolny eilte, um den Sieg des Aufstandes zu verkünden? »Die unterdrückten Massen wer-

den selbst die Staatsmacht schaffen. Der alte Staatsapparat wird von Grund aus zerschlagen und ein neuer Verwaltungsapparat in Gestalt der Sowjetorganisationen geschaffen werden. Von nun an tritt Russland in eine neue Epoche seiner Geschichte ein, und diese, die dritte russische Revolution muss in ihrem Endergebnis zum Sieg des Sozialismus führen.«¹⁶⁶ Vor allem aber versprachen sie das Ende des Krieges, nicht ahnend, dass der Ausbruch aus dem Großen Krieg ebenso schwierig sein würde wie das Vermeiden eines Bürgerkrieges. Dieser Bürgerkrieg mit wahrscheinlich über 10 Millionen Toten, zu vier Fünftel mittelbar durch Hunger und Seuchen, ließ das Land nicht zur Ruhe kommen.

Dekret über den Grund und Boden

vom 26. Oktober (8. November) 1917 (Auszug)

1. Das Eigentum der Gutsbesitzer am Grund und Boden wird unverzüglich ohne jede Entschädigung aufgehoben.

2. Die Güter der Gutsbesitzer sowie alle Apanage-, Kloster- und Kirchenländereien mit ihrem gesamten lebenden und toten Inventar, ihren Wirtschaftsgebäuden und allem Zubehör gehen bis zur Konstituierenden Versammlung in die Verfügungsgewalt der Amtsbezirks-Bodenkomitees und der Kreissowjets der Bauerndeputierten über.

3. Jegliche Beschädigung des konfiszierten Besitzes, der von nun an dem ganzen Volk gehört, wird als schweres Verbrechen erachtet, das vom Revolutionsgericht zu ahnden ist. Die Kreissowjets der Bauerndeputierten ergreifen alle erforderlichen Maßnahmen zur Wahrung der strengsten Ordnung bei der Konfiskation der Güter, zur Festlegung, welche Grundstücke und Grundstücke welchen Umfangs der Konfiskation unterliegen, zur Aufstellung eines genauen Verzeichnisses des gesamten der Konfiskation unterliegenden Besitzes und zum strengsten revolutionären Schutz aller in das Eigentum des Volkes übergehenden Wirtschaften mit allen Baulichkeiten, Geräten, Vieh, Vorräten usw [...].

Aus: Horst Schützler/Sonja Striegnitz (Hrsg.): Die ersten Dekrete der Sowjetmacht. Eine Auswahl von Erlassen und Beschlüssen 25. Oktober 1917 bis 10. Juli 1918. Berlin 1987, S. 54, auch LW Bd. 26, S. 249.

Schnell war augenfällig, dass die Umstürzler – zu denen es meines Erachtens keine gemäßigte realistische Alternative gab – zweierlei unterschätzten: Das Praktizieren von Demokratie in einer sozialistischen Gesellschaft und die Möglichkeiten, eine Wirtschaft in Gang zu bringen. Dabei waren sie, wie schon 1905, diejenige politische Kraft, die konsequent eine von unten entstandene demokratische Struktur aufs Panier hob und in ihr eine Alternative zu der parlamentarischen Daseinsform gefunden zu haben glaubten: die Sowjets. Trotz aller Euphorie blieb Lenin dabei durchaus realistisch, wie er in einer auf Schallplatte aufgenommenen Rede im März 1919 einer erhofft großen Zuhörerschaft zugestand. »Wir wissen sehr gut, dass es bei der Organisation der Sowjetmacht bei uns noch viele Mängel gibt. Die Sowjetmacht ist kein wundertätiger Talisman. Sie kann nicht mit einem Schlag die Missstände der Vergangenheit, das Analphabetentum, die kulturelle Rückständigkeit, die Folgen des barbarischen Kriegs, das Erbe des räuberischen Kapitalismus beseitigen. Dafür gibt sie aber die Möglichkeit, zum Sozialismus überzugehen. Sie gibt denen, die unterdrückt wurden, die Möglichkeit, sich aufzurichten und die ganze Leitung der Produktion mehr und mehr in die eigenen Hände zu nehmen. Die Sowjetmacht ist der von den Massen der Werktätigen gefundene – und daher richtige und daher siebringende – Weg zum Sozialismus.«¹⁶⁷

Nach der Verstaatlichung der Banken am 14. (27.) Dezember 1917 gehen die strategisch wichtigen Putilow-Werke am 27. Dezember 1917 (9. Januar 1918) in das Eigentum des Staates über, am 28. Juni 1918 folgen zahlreiche andere Fabriken und Einrichtungen:

Angesichts der Verschuldung der Aktiengesellschaft der Putilow-Werke bei der Staatskasse der Russischen Republik beschließt der Rat der Volkskommissare: die Putilow-Werke mit dem gesamten Vermögen der Aktiengesellschaft der Putilow-Werke – ganz gleich worin dieses besteht – in das Eigentum der Russischen Republik zu übernehmen.

Die Organisation der Leitung der Betriebe und der Geschäfte der genannten Aktiengesellschaft wird dem Volkskommissar für Handel und Industrie übertragen.

Aus: Horst Schützler/Sonja Striegnitz (Hrsg.): Die ersten Dekrete der Sowjetmacht. Eine Auswahl von Erlassen und Beschlüssen 25. Oktober 1917 bis 10. Juli 1918. Berlin 1987, S. 123.

Die Bolschewiki standen auf dem Niveau ihrer Zeit und handelten so. Wer heute Karl Kautskys Überlegungen zum »Zukunftsstaat«¹⁶⁸ in seinem Kommentar zum »Erfurter Programm«¹⁶⁹ heranzieht, ja wer selbst auf den nicht einflusslosen deutschen sozialdemokratischen Parteirechten Georg von Vollmar blickt, wird Begeisterung für einen staatlich organisierten Sozialismus¹⁷⁰ finden und recht wenig darüber, wie die Wirtschaft selbst zu organisieren wäre. Selbst der revisionistische Eduard Bernstein hatte hier kein Problem. Es konnte also nur ein *trial and error* werden, wenn Linke die Macht erobern und sie gestalten müssen.

Das Rezept für eine neue Wirtschaftsordnung lag auf der Hand und war angesichts der russischen Verhältnisse zunächst auch nicht veränderlich. Die Industrie war hochkonzentriert, gleichzeitig als Ort der Arbeiterklasse für eine Macht unverzichtbar, die sich auf diese Klasse stützte. Verstaatlichung war der einleuchtende Weg, schien durch die gewünschte und praktizierte Arbeiterkontrolle tatsächlich ein guter Ansatz, an die Stelle der Kapitalisten die Arbeiter an die Schalthebel der Wirtschaft zu bringen. Bemerkenswert ist allerdings auch hier, dass dies trotz aller Dekrete der Sowjetregierung oftmals ein Weg von unten, aus den Betrieben und Regionen heraus war.

In einer zeitgenössischen Publikation heißt es, »dass bis Juni 1918 fast 75 Prozent der Enteignungen von früheren Besitzern der Unternehmen durch örtliche Organe ausgeführt worden sind«. Das waren nach diesen Angaben 126 von insgesamt 511 Enteignungen und Verstaatlichungen. Aus der damaligen Wirtschaftspresse wird zitiert: »Der Prozess der Nationalisierung vollzog sich von unten herauf, und die Sowjethäupter konnten mit ihm nicht gleichen Schritt halten, um ihn in ihre Hände zu nehmen, ungeachtet der erlassenen zahlreichen Befehle, welche den örtlichen Organisationen die Durchführung der Nationalisierung verboten.«¹⁷¹ Das nächste Problem war, diese neue Wirtschaft zu organisieren. Schnell zeigte sich, dass Räte und Versammlungen offenbar nicht wirtschaftliche Effizienz garantierten, Einzelleitung, Verbindlichkeit zentraler Weisungen, Arbeitsdisziplin, der Rückgriff auf »bürgerliche Spezialisten« hebelten manch revolutionäre Errungenschaft und Träumerei aus.

Bestimmungen über die Arbeiterkontrolle, erlassen durch den Rat der Volkskommissare. 14. (27.) November 1917 (Auszug):

1. Im Interesse einer planmäßigen Regulierung der Volkswirtschaft in allen Industrie-, Handels-, Bank-, Landwirtschafts-, Verkehrs-, Genossenschafts-, Produktionsgesellschaften und anderen Betrieben, die Lohnarbeiter beschäftigen oder Heimarbeit vergeben, wird die Arbeiterkontrolle über die Produktion, den Kauf und Verkauf von Erzeugnissen und Rohstoffen, über ihre Lagerung sowie über die finanzielle Seite des Betriebes eingeführt.

2. Die Arbeiterkontrolle üben die Arbeiter des jeweiligen Betriebes durch ihre gewählten Körperschaften aus, und zwar durch die Werk- und Fabrikkomitees, die Ältestenräte usw., wobei diesen Körperschaften Vertreter der Angestellten und des technischen Personals beitreten.

3. Für jede große Stadt, für jedes Gouvernement und jedes Industriegebiet wird ein örtlicher Rat für Arbeiterkontrolle geschaffen, der als Organ des Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten aus Vertretern der Gewerkschaften, der Werk-, Fabrik- und anderen Arbeiterkomitees und Arbeitergenossenschaften besteht. [...]

6. Die Organe der Arbeiterkontrolle haben das Recht, die Produktion zu überwachen, das Produktionssoll des Betriebes festzulegen und Maßnahmen zur Klärung der Selbstkosten der hergestellten Erzeugnisse zu treffen.

7. Die Organe der Arbeiterkontrolle haben das Recht, den gesamten Geschäftsverkehr des Betriebes zu kontrollieren, wobei die Besitzer für die Verheimlichung von Schriftstücken gerichtlich zur Verantwortung gezogen werden. Das Geschäftsgeheimnis wird aufgehoben. Die Besitzer sind verpflichtet, den Organen der Arbeiterkontrolle alle Geschäftsbücher und Bilanzen sowohl für das laufende Jahr als auch für die zurückliegenden Geschäftsjahre vorzulegen. [...]

Aus: Horst Schützler/Sonja Striegnitz (Hrsg.): Die ersten Dekrete der Sowjetmacht. Eine Auswahl von Erlassen und Beschlüssen 25. Oktober 1917 bis 10. Juli 1918. Berlin 1987, S. 74/75.

Rosa Luxemburg war sich in ihrer scharfen Kritik an der russischen Revolution des Dilemmas bewusst: »Weit entfernt, eine Summe fertiger Vorschriften zu sein, die man nur anzuwenden hätte, ist die praktische Verwirklichung des Sozialismus als eines

wirtschaftlichen, sozialen und rechtlichen Systems eine Sache, die völlig im Nebel der Zukunft liegt. Was wir in unserem Programm besitzen, sind nur wenige große Wegweiser, die die Richtung anzeigen, in der die Maßnahmen gesucht werden müssen, dazu vorwiegend negativen Charakters. Wir wissen so ungefähr, was wir zu allererst zu beseitigen haben, um der sozialistischen Wirtschaft die Bahn frei zu machen, welcher Art hingegen die tausend konkreten praktischen großen und kleinen Maßnahmen sind, um die sozialistischen Grundzüge in die Wirtschaft, in das Recht, in alle gesellschaftlichen Beziehungen einzuführen, darüber gibt kein sozialistisches Parteiprogramm und kein sozialistisches Lehrbuch Aufschluss. Das ist kein Mangel, sondern gerade der Vorzug des wissenschaftlichen Sozialismus vor dem utopischen. Das sozialistische Gesellschaftssystem soll und kann nur ein geschichtliches Produkt sein, geboren aus der eigenen Schule der Erfahrung, in der Stunde der Erfüllung, aus dem Werden der lebendigen Geschichte, die genau wie die organische Natur, deren Teil sie letzten Endes ist, die schöne Gepflogenheit hat, zusammen mit einem wirklichen gesellschaftlichen Bedürfnis stets auch die Mittel zu seiner Befriedigung, mit der Aufgabe zugleich die Lösung hervorzubringen.« An der diktatorischen Politik Lenins und Trotzki's bemängelte sie: »Ist dem aber so, dann ist es klar, dass der Sozialismus sich seiner Natur nach nicht oktroyieren lässt, durch Ukase einführen. Er hat zur Voraussetzung eine Reihe Gewaltmaßnahmen – gegen Eigentum usw. Das Negative, den Abbau kann man dekretieren, den Aufbau, das Positive, *nicht*. Neuland. Tausend Probleme. Nur Erfahrung [ist] imstande, zu korrigieren und neue Wege zu eröffnen. Nur ungehemmt schäumendes Leben verfällt auf tausend neue Formen, Improvisationen, erhellt *schöpferische Kraft*, korrigiert selbst alle Fehlgriffe.«¹⁷²

Ein Jahr nach der russischen Revolution zeigte sich in Deutschland, dass hier dieser Weg ebenso schwierig war. Allein ein Plakatieren von *Die Sozialisierung marschiert* brachte jenseits der abgetrotzten politischen wie sozialen Zugeständnisse nicht allzu viel. Die neue KPD scheiterte. Die Russen mussten zur gleichen Zeit schon lange experimentieren, wussten ob der Verteufelung des Geldes und des Marktes im klassischen Marxismus und entsprechend sah ihre politische Praxis aus. Marx hatte erwartet, dass

»innerhalb der genossenschaftlichen, auf Gemeingut an den Produktionsmitteln gegründeten Gesellschaft [...] die Produzenten ihre Produkte nicht aus[tauschen]« und »die individuellen Arbeiten nicht mehr auf einem Umweg, sondern unmittelbar als Bestandteile der Gesamtarbeit existieren«. ¹⁷³ So würde offensichtlich die Produktion ihren Warencharakter einbüßen und der Markt wohl überflüssig. Allein vor der kommunistischen Gesellschaftsstufe begrenzt die unterschiedliche Leistungsfähigkeit den Anteil des Einzelnen am gesellschaftlichen Reichtum und das neue Recht wäre noch »mit einer bürgerlichen Schranke« ¹⁷⁴ behaftet.

Der Krieg, auch ein Bürgerkrieg, schien alles einfach zu machen. Was gebraucht wurde, das konnte ja mit dem Gewehr besorgt werden, wenn das Geld nichts mehr wert ist und die Märkte leer. Außerdem versprach eine solche Situation doch die Gleichheit, die Sozialisten immer gewünscht hatten – wenn auch nur die Gleichheit der Armen. »Kriegskommunismus« war der euphemistische Ausdruck dafür, ein Gleichheitskommunismus oder Kasernenkommunismus auf niedrigstem Niveau, mit der Gewalt eines Bürgerkrieges erzwungen.

Der Versuch eines direkten Austauschs endete in der Wegnahme der Lebensmittel von den Bauern, um Armee und Stadt zu retten. Die Bauern hatten nun zwar den Boden, aber immer weniger zum Produzieren, ja zum Überleben. Deshalb zwang nicht der Bürgerkrieg, sondern die sich ihm anschließende tiefe Krise der neuen Ordnung 1920/21 zur einschneidenden Neuorientierung. Bauernaufstände, die meuternden Matrosen und Arbeiter in Kronstadt, anarchistische »Umverteilungen« sorgten zusätzlich für Druck. Das politische Umdenken war schließlich vornehmlich Lenin zu verdanken. »Niemand und nichts kann uns zu Fall bringen außer unsere eigenen Fehler.« ¹⁷⁵ Sein Stoßseufzer in der ersten großen inneren Krise der Sowjetmacht ist in der Folge kaum beherzigt worden. Dabei waren Gewerkschaftsdiskussion, Kronstädter Aufstand und Übergang zur NÖP 1920/21 wichtige Erfahrungsfelder, auf denen schon alle späteren Sünden des sich unter außerordentlich ungünstigen, feindlichen Bedingungen herausbildenden neuen Modells vorweggenommen wurden. Aber ebenso waren sie Tests möglicher Lösungen, um Krisen zu überwinden. Bis zum Frühjahr 1921 reifte eine ökonomische, soziale,

die größte »innere politischen Krise Sowjetrusslands« heran. Sie führte dazu, »dass nicht nur ein sehr großer Teil der Bauern unzufrieden war, sondern auch ein großer Teil der Arbeiter«. In Teilen des Landes tobte erneut ein Bürgerkrieg, nun von Bauern gegen die Sowjetmacht, die die Städter mit Getreide versorgen wollte. Die »Massen fühlten« schon, wie Lenin sich später eingestand, »dass der direkte Übergang zu einer rein sozialistischen Wirtschaftsform, zur rein sozialistischen Verteilung der Güter« ¹⁷⁶ noch außerhalb der Wirklichkeit lag.

Lenins Begründung vor dem X. Parteitag der KPR(B)

am 15. März 1921 zur Absage an den »Kriegskommunismus« und für eine »Neue Ökonomische Politik« als Antwort auf die tiefe Krise im Lande, die sich in Bauernunruhen, dem Aufstand in Kronstadt, Streiks und Auseinandersetzung in der Partei manifestierte:

Es steht außer Zweifel, dass man die sozialistische Revolution in einem Lande, wo die ungeheure Mehrheit der Bevölkerung zu den kleinbäuerlichen Produzenten gehört, nur durch eine ganze Reihe besonderer Übergangsmaßnahmen verwirklichen kann, die völlig unnötig wären in Ländern des entwickelten Kapitalismus, wo die Lohnarbeiter in Industrie und Landwirtschaft die gewaltige Mehrheit bilden [...].

In einer ganzen Reihe von Schriften, in allen unseren Reden, in der ganzen Presse haben wir betont, dass in Russland die Dinge nicht so liegen, dass wir in Russland eine Minderheit von Industriearbeitern und eine ungeheure Mehrheit von kleinen Landwirten haben. Die sozialistische Revolution kann in einem solchen Lande nur unter zwei Bedingungen endgültigen Erfolg haben. Erstens unter der Bedingung, dass sie rechtzeitig durch die sozialistische Revolution in einem oder in einigen fortgeschrittenen Ländern unterstützt wird. Wie Sie wissen, haben wir für diese Bedingung im Vergleich zu früher sehr viel, aber bei weitem nicht genug getan, damit sie zur Wirklichkeit werde.

Die andere Bedingung ist die Verständigung zwischen dem Proletariat, das seine Diktatur ausübt oder die Staatsmacht in seinen Händen hält, und der Mehrheit der bäuerlichen Bevölkerung. Verständigung ist ein sehr weiter Begriff, der eine ganze Reihe von Maßnahmen und Übergängen einschließt. Hier wäre zu sagen, dass wir in unserer ganzen Propaganda und Agitation reinen Wein einschenken müssen. Leute, die unter Politik kleine Schliche verstehen, die mitunter

fast auf Betrug hinauslaufen, müssen in unserer Mitte die schärfste Verurteilung finden. Es gilt, ihre Fehler zu korrigieren. Die Klassen kann man nicht betrügen. Wir haben in den vergangenen drei Jahren sehr viel getan, um das politische Bewusstsein der Massen zu heben. Die Massen haben am meisten aus dem scharfen Kampf gelernt. Wir müssen – gemäß unserer Weltanschauung, unserer im Laufe von Jahrzehnten gemachten revolutionären Erfahrung und den Lehren unserer Revolution – die Fragen unverblümt stellen: die Interessen dieser zwei Klassen sind verschieden, der kleine Landwirt will nicht dasselbe, was der Arbeiter will.

Wir wissen, dass nur eine Verständigung, mit der Bauernschaft die sozialistische Revolution in Russland retten kann, solange die Revolution in anderen Ländern nicht eingetreten ist. Und das muss man auch in allen Versammlungen, in der ganzen Presse unverhohlen sagen. Jedenfalls dürfen wir nicht trachten, etwas zu verheimlichen, sondern müssen offen sagen, dass die Bauernschaft mit der Form der Beziehungen zu ihr, die sich bei uns herausgebildet hat, unzufrieden ist, dass sie diese Form der Beziehungen nicht will und so nicht weiterleben wird. Das ist unbestreitbar. Dieser Wille der Bauernschaft ist eindeutig zum Ausdruck gekommen. Das ist der Wille der ungeheuren Massen der werktätigen Bevölkerung. Dem müssen wir Rechnung tragen, und wir sind hinreichend nüchterne Politiker, um geradeheraus zu sagen: Lasst uns unsere Politik gegenüber der Bauernschaft revidieren. So wie es bisher war – dieser Zustand ist nicht länger haltbar.

Aus: Wladimir Iljitsch Lenin: X. Parteitag der KPR(B). Referat über die Ersetzung der Ablieferungspflicht durch die Naturalsteuer. 15. März. In: LW Bd. 32, S. 216–218.

Auch hier hatte Lenin ausgehend von den ersten Erfahrungen unter der neuen Ordnung einen letztlich utopischen Blick in die Zukunft geworfen. Als 1919 in Moskau der erste »Subbotnik«, eine freiwillige, unentgeltliche, zusätzliche Arbeitsschicht gelang, da hoffte er, dass der Kommunismus, eine neue Ordnung, dort beginnt, »wo einfache Arbeiter in selbstloser Weise, harte Arbeit bewältigend, sich Sorgen machen um die Erhöhung der Arbeitsproduktivität, um den Schutz eines jeden Puds Getreide, Kohle, Eisen und andere Produkte, die nicht den Arbeitenden persönlich und den ihnen »Nahestehenden« zugute kommen, sondern »Fern-

stehenden«, d. h. der ganzen Gesellschaft in ihrer Gesamtheit«.¹⁷⁷ Aber weder diese »Welle des Enthusiasmus« noch der außerökonomische Zwang, »durch unmittelbare Befehle des proletarischen Staates die staatliche Produktion und die staatliche Verteilung der Güter in einem kleinbürgerlichen Land kommunistisch [zu] regeln«¹⁷⁸, konnte aufgehen.

Der von Trotzki initiierte Versuch einer weiteren Militarisierung¹⁷⁹ auch des Arbeitslebens brachte nicht die erhofften Resultate. Gleichzeitig waren die Bauern mit der neuen Ordnung unzufrieden, die ihnen zwar den Boden überließ, aber sie nun mehr und mehr auspresste. Mit Kriegsende suchten die Bauern nach Auswegen aus dem System von Zwangsabgaben und Unterdrückung. Bauernaufstände, schließlich der Aufstand, der sich nun vornehmlich aus der Bauernschaft rekrutierenden Kronstädter Matrosen waren Ausdruck eines Stimmungsumschlags gegen die Sowjetmacht, die nunmehr als Bedrucker, nicht als Befreier erlebt wurde.

»Ökonomik im Frühjahr 1921 hat sich in Politik verwandelt: »Kronstadt.«¹⁸⁰ 1921 stand damit vor den Bolschewiki eine Entscheidungsfrage: Stagnation in den erreichten Grenzen und Ausbau außerökonomischer Zwangsmechanismen *oder* die Freigabe des Kapitalismus mit allen politischen Folgen. Lenin wählte einen *dritten* Weg, der damals nur teilweise verstanden wurde. Er setzte auf einen begrenzt wieder zugelassenen Kapitalismus, oder besser ein kapitalistisches Wirtschaften in Landwirtschaft und Industrie. Zudem war er bereit, ausländische Investoren (Konzessionäre) ins Land zu holen und mit ihrer Hilfe die Ökonomie anzukurbeln. Markt und Geld, d. h. das, was heute als marktwirtschaftliche Strukturen bezeichnet und irrtümlich mit Kapitalismus gleichgesetzt wird, sollten wieder greifen, die Sowjetfunktionäre sich zu Händlern und Managern qualifizieren. Gleichzeitig sollten die Sowjetmacht und die Vorherrschaft der kommunistischen Partei politisch gesichert werden, damit der sozialistische Weg nicht verlassen werde. In der nächsten großen Krise, 1927/28, sorgte dann Stalin dafür, dass die Entscheidung wieder in die andere Richtung fiel, allerdings in einem wirtschaftlich wiedererstarkten Land.

1921 jedoch wirkte diese Situation auch auf die Arbeiterklasse und die sie vertretende Partei, die zudem durch Krieg und Bür-

gerkrieg ausgezehrt und dezimiert waren. Der politische Streit spitzte sich deshalb zunächst auf die Rolle der Gewerkschaften im politischen System und das Verständnis der führenden Rolle der kommunistischen Partei zu. Der unter Lenin erarbeitete Ausweg zielte auf eine Demokratisierung und Entmilitarisierung der Beziehungen zwischen Partei, Klasse und Masse, auf eine effektivere Gestaltung des politischen Systems in einem noch kulturlosen »Arbeiterstaat mit bürokratischen Auswüchsen«. ¹⁸¹ Mit dem Orientieren auf das »System der Diktatur des Proletariats«, das Partei, Staatsmacht und Gewerkschaften verbinden und gegenseitig rückkoppeln sollte (wenn auch in dem missverständlichen mechanizistischen Bild von den »Transmissionsriemen«), bot Lenin einen Ausweg für einen politischen Umgang mit Konflikten und Krisen. Im Unterschied zu späteren Vereinfachungen und Reduzierungen durch Stalin, ging es Lenin nicht um Kosmetik. Denn ihm war bewusst, dass es zumindest in den Betrieben »unausbleiblich einen gewissen Interessensgegensatz zwischen den Arbeitermassen und den leitenden Direktoren der Staatsbetriebe oder deren übergeordneten Behörden« gab, in dem die Gewerkschaften korrigierend eingreifen mussten. ¹⁸²

Er blieb aber in seinen schließlich gegen den Widerstand der »Arbeiteropposition« durchgesetzten Positionen hinter deren Vorschlägen weit zurück. Denn die hatten gefordert, »das zurzeit bestehende System, [...] die praktischen Methoden der Organisation und Verwaltung der Volkswirtschaft der Republik grundlegend zu [ändern]«. ¹⁸³ Sie hatten erkannt – und befürchteten angesichts der Ideen Trozki von der Militarisierung der Wirtschaft noch eine Verschlimmerung –, dass »das System und die Methoden des Aufbaus, die sich auf eine schwerfällige bürokratische Maschinerie stützen, jegliche schöpferische Initiative, jedes selbstständige Handeln der in den Gewerkschaften organisierten Produzenten aus[schließen]« würden. ¹⁸⁴ Diesem System einer Staats- und Parteibürokratie wollten sie Basisstrukturen gegenüberstellen, die »nach den Prinzipien der Arbeiterdemokratie, der Wählbarkeit und der Verantwortlichkeit aller Organe von unten nach oben aufgebaut« wären. ¹⁸⁵ So könnte an Stelle einer bürokratischen Leitung die »Verstärkung der untersten Zellen der Gewerkschaften von den Fabrik-Arbeiterkomitees an aufwärts be-

ginnen, und zwar mit dem Ziel, sie auf die unmittelbare Leitung der Wirtschaft vorzubereiten«. ¹⁸⁶

Obwohl der Krieg vorbei war, die Chance für einen friedlichen Aufbau und eine Erprobung neuer Methoden gegeben schien, wich Lenin einer solchen Delegation der Macht in die Hände der vorgeblich herrschenden Arbeiterklasse aus. Sie hätte unreifen und konkurrierenden Kollektivinteressen zu viel Raum gegeben und die zentrale Macht von Partei und Staat geschwächt. Vielleicht ahnte Lenin schon, dass eine Stärkung dieser Basisdemokratie, der Macht der Gewerkschaften und Produzenten in den Fabriken auch den Lauf der NÖP erschwert hätte. Ausgang der 1920er Jahre waren die »NEP-Leute« für viele klassenbewusste Arbeiter ein rotes Tuch und Stalins Linkswendung stieß durchaus auf Sympathien.

Mit der NÖP ab 1921 wurde vor allem eine innenpolitische Antwort auf die entstandene Situation gefunden. Sie band damals einerseits die Bauernschaft ökonomisch und sozial an die Macht der Bolschewiki und sollte den Fortbestand »des *ökonomischen* Bündnisses zwischen der Arbeiterklasse und der Bauernschaft« ¹⁸⁷ sichern. Lenin hatte begriffen, dass »die kommunistische Gesellschaft mit den Händen der Kommunisten aufbauen zu wollen, eine kindische, eine ganz kindische Idee« sei. Denn »die Kommunisten sind ein Tropfen im Meer, im Volksmeer«. Sie müssen vielmehr den politischen Weg des Landes richtig bestimmen und es verstehen lernen, die »Wirtschaft mit fremden Händen aufzubauen, selber aber von dieser Bourgeoisie lernen und sie auf den Weg lenken werden, den die Kommunisten wollen«. ¹⁸⁸

Andererseits konnten innere Triebkräfte durch die Nutzung der ganzen Bandbreite von Eigentumsformen erschlossen werden. Dabei sollte »die Züchtung des Kapitalismus (mit Maßen und in geschickter Weise [...])« ¹⁸⁹ nur ein Element sein. Zugleich wuchsen hieraus die Grundlagen für eine effektive Warenproduktion auch unter sozialistischen Vorzeichen und für die materielle Interessiertheit der Werk tätigen, entgegen den Erwartungen der Revolutionäre vom kurzfristigen Absterben der Warenproduktion.

Diese erste Krisensituation des neuen Gesellschaftsmodells sollte aber zugleich fast (wenn vom Versuch der Prager Reformer 1968 abgesehen wird) die letzte sein, in der sich die politische Füh-

rung – hier Lenin – qualitative Gedanken über Krisenfestigkeit und Stabilität der neuen Ordnung machte, die auf ihrer Entwicklungsfähigkeit beruhte. Insofern war die NÖP die »Mutter aller Reformen« (und wurde von Walter Ulbrichts NÖS über den »Prager Frühling« bis zur Perestroika als Zeuge angerufen) und im Sinne Karl Polyanis auch der Gegenstand einer gemischten Wirtschaft.¹⁹⁰ Ein dergestalt politisch gezähmter Markt wäre auch eine Alternative zu einem enthemmten, nur dem Profitprinzip unterliegenden Markt in seiner einseitigen kapitalistischen, ja neoliberalen Ausgestaltung. Ein solches sozialistisch-»marktwirtschaftliches« Konzept würde auch nicht vorhersehbare, spontane ökonomische Bewegungen beherrschbarer machen. Die sind auch in modernen idealisierten Planungsmechanismen für einen »Sozialismus des 21. Jahrhunderts« mit der schönsten EDV kaum einzufangen. Sie sollten im Interesse einer nicht durchregulierten, zwangsorganisierten Gesellschaft auch nicht sein.¹⁹¹

Lenins Fähigkeit zu Selbstkritik und -korrektur ging seinen Nachfolgern ab. Sie begriffen nicht einmal, dass Lenin mit seinem Fraktionsverbot auf dem X. Parteitag der KPR(B) eine verhängnisvolle Entwicklung für die Partei eingeleitet hatte¹⁹², die Stalin auf die Spitze trieb. Und gleichzeitig, dass Lenin auf dem Krankenbett 1922/23 erkannte, dass die NÖP keineswegs nur ein »Rückzug« war, wie dies dann von Stalin¹⁹³ Ausgang der 1920er Jahre realisiert wurde. Lenin erarbeitete – wenn auch unvollkommen – Ansätze für einen demokratischen, entbürokratisierten, nicht zuletzt auf genossenschaftlicher Grundlage sich entwickelnden Sozialismus, der zumindest nachholend das geringe Kultur-niveau im Vergleich zum Westen überwinden sollte.¹⁹⁴

Lenin hatte 1921 verstanden, dass die Revolution vor einem Bruch stehen musste, wenn sie überleben wollte. Aus der französischen Revolutionsgeschichte ist dieser Bruch mit dem Begriff »Thermidor« belegt, dem Datum des Sturzes Robespierres und der Jakobinerdiktatur (am 9. Thermidor des Jahres II, d. h. dem 27. Juli 1794) – »1794 versus 1921.«¹⁹⁵ Lenin und die Bolschewiki verstanden sich als Jakobiner, aber sie wollten ihre Revolution nicht verlieren, sondern selbst in neue Bahnen lenken. Angesichts der notwendig gewordenen Niederschlagung des Kronstädter Aufstands fand er seine Antwort als »Selbstermidorisierung«¹⁹⁶:

»Das ist der Thermidor. Aber wir werden uns nicht guillotiniert lassen. Wir machen selbst Thermidor!«¹⁹⁷

Das einzige Makabere an dieser Metapher – auch der linksradikale, terroristische Kurswechsel Stalins 1927/28 ist spätestens seit Trotzki¹⁹⁸ mit diesem Begriff belegbar. Und Stalin ließ die alte bolschewistische Garde alsbald erschießen. Mit der Niederschlagung des Aufstands von Kronstadt hat allerdings Lenin viel weitgehender und entscheidender als mit der Auflösung der Konstituante deutlich gemacht, dass für ihn die Fortsetzung der Revolution als ein auch basisdemokratisches Unterfangen beendet und ungewollt die Installation einer neuen herrschenden Klasse stellvertretend für das Volk vollzogen war. Mit dem Fraktionsverbot des X. Parteitages nach den blutigen Erfahrungen des Bürgerkriegs war das Saatbett für den Stalinismus bereitet.

Halbasiatische Barbarei und die Reife für den Sozialismus

Die rückständigen Verhältnisse im Lande standen allen russischen Revolutionären vor den Augen. Die einen um Plechanow und die Menschewiki leiteten daraus die Notwendigkeit ab, auf eine Fortführung der Revolution zu verzichten – wenn das denn noch ging. Zumal, wenn die Hauptforderungen der Massen nach Frieden und Land nicht erfüllt wurden bzw. diese sich selbst bedienten und das Land den Gutsbesitzern gewaltsam, anarchistisch abnahmen bzw. von der Front wegliefen. Aber ihr Argument 1917 als Antwort auf Lenins Proklamation der Aprilthesen war schlagend: »Seine in der Tat mit einem Fieberwahn vergleichbare Rede stieß bei [Irakli Georgijewitsch] Zereteli [*von den Menschewiki – St. B.*] auf verdiente Ablehnung.

Mit stürmischen Ovationen bedacht, sprach er darüber, dass es die augenblickliche Aufgabe sei, die Errungenschaften zu verankern, die mit dem Namen einer demokratischen Republik verbunden würden. Gegen die oben genannte anarchistische Demagogie [*Lenins Rede – St. B.*] führte er treffend die Worte von Engels an, dass der sicherste Weg in den Untergang sei, die Macht verfrüht zu erobern (stürmischer Beifall).«¹⁹⁹

Lenin aber hatte das Ohr an den Massen und den Mut, deren Interessen in politisches Handeln umzusetzen, allen theoretisierenden Vorbehalten zum Trotz.

Lenin wusste um Begrenztheit jedes allein russischen Versuches. Er brauchte die Revolution im Westen – und war schließlich sogar bereit, sie mit den Bajonetten²⁰⁰ und der Komintern herauszukitzeln. Die Bolschewiki sahen in der Frage der Beendigung des Krieges ihre Chance, tatsächlich eine Revolutionierung im Westen zu erreichen. Der Verlauf des Jahres 1918 – angefangen mit dem Munitionsarbeiterstreik im Januar in Deutschland und schließlich der Niedergang der deutschen Kriegsführung in revolutionären Aufwallungen – schien Zeitgenossen durchaus zu bestätigen. Man war in Russland »Vortrupp der internationalen sozialistischen Revolution. [...] Der Russe hat begonnen, der Deutsche, der Franzose, der Engländer werden vollenden, und der Sozialismus wird siegen.«²⁰¹ Rosa Luxemburg ahnte zur selben Zeit schon, dass der Westen wenig helfen werde – mit verhängnisvollen Folgen: »Mögen die deutschen Regierungssozialisten schreien, die Herrschaft der Bolschewiki in Russland sei ein Zerrbild der Diktatur des Proletariats. Wenn sie es war oder ist, so nur, weil sie eben ein Produkt der Haltung des deutschen Proletariats war, die ein Zerrbild auf sozialistischen Klassenkampf war.«²⁰²

Lenin wurde diese Situation, in der die russische Sache so sehr vom Handeln der Arbeiterklasse und der Linken abhängig war, in seinen letzten Lebensjahren immer klarer. Das Verhältnis zu den Bauern war gestört, ja zerstört, die Arbeiterklasse wandte sich von ihrer Macht ab, die neue Macht funktionierte nicht so, wie sie sollte. Das erlebte der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare täglich. Er hatte seine Ansprüche an den Apparat und – dies trieb ihn immer mehr um –, an die politischen Führer, die nach ihm alleine in der Verantwortung stehen würden. Die Diagnose »Bürokratismus«, der Hang zum Administrieren, mochte nahe liegen, entsprach der russischen Tradition. »Das »bürokratische Geschwür« [...] kann man nicht »entfernen«, man kann es nur heilen. Chirurgie ist in diesem Fall ein Absurdum, ein Ding der Unmöglichkeit; nur langsames Heilen – alles Übrige ist Scharlatanerie oder Naivität.«²⁰³ In der Praxis setzte Lenin auf neue Kräfte und auf Schulung. Andere kommunistische Führer wie Stalin und

Mao Tse-tung haben später mit bekanntem Ergebnis versucht, dieses Geschwür auszubrennen. Kein Wunder, bezweckten sie letztlich doch nur die Sicherung ihrer persönlichen Macht.

Für Lenin ging es in seinen letzten Jahren um die Grenzen einer Revolution in einem Land wie Russland, von der westeuropäischen Arbeiterklasse alleingelassen. Alle verzweifelten Versuche der Komintern, unter anderem der KPD, die revolutionäre Glut in Westeuropa zu entfachen, scheiterten, ebenso der Versuch, den sowjetisch-polnischen Krieg 1920 für einen Sturmflug in den Westen zu nutzen. Die russische Revolution im Oktober hatte Erfolg, weil sie am schwächsten Kettenglied mit Erwartung einer weltweiten Kettenreaktion angriff und 1917/19 die Chancen dafür gar nicht so schlecht standen. Im Westen war das System weit stabiler. In der Praxis und unter sowjetischem Einfluss brauchten die westeuropäischen kommunistischen Parteien und ihre Theoretiker lange, dies in Politik umzusetzen. Antonio Gramscis Gleichnis vom »Stellungskrieg« gegenüber dem in Russland angesichts der Schwäche der zivilgesellschaftlichen Absicherung der zaristischen Alleinherrschaft möglichen »Bewegungskrieges« blieb in seinen »Gefängnisheften« viel zu lange verschlossen.

Mit dem Ausbleiben der Revolution im Westen tat sich für die Bolschewiki eine unlösbare Zwangslage auf. Die Arbeiterklasse, sowieso schon schwach, war durch den Bürgerkrieg und den Aufbau einer neuen Macht ausgeblutet und angeschlagen, das Land insgesamt von »halbasiatischer Kulturlosigkeit«²⁰⁴ geprägt. Lenin suchte, dies mit der Unzivilisiertheit Russlands, der fehlenden Bildung und Erfahrung bei der Wahrnehmung der eigenen Aufgaben zu erklären, aber auch aus der Tatsache, dass die neue Macht zwar den Anspruch stellte, den alten Staatsapparat zu zerschlagen, davon aber wichtige Teile ausnahm und auch sonst breit auf die »bürgerlichen Spezialisten« mit ihrer Mentalität und ihrem Verhalten zurückgreifen musste. Er sah das Dilemma, das ihm von anderen Linken vorgeworfen wurde: Erst Zivilisiertheit und dann Revolution *oder* eben sein Weg: Handeln und erst dann und im Handeln Erziehen.

Eines übersah Lenin, auch wenn er schon ahnte und aussprach, was dahinter stecken könnte: Das »niedrige Kulturturniveau bewirkt, dass die Sowjets, die nach ihrem Programm Organe der Verwal-

tung *durch die Werktätigen* sein sollten, in Wirklichkeit Organe der Verwaltung *für die Werktätigen* sind, einer Verwaltung durch die fortgeschrittene Schicht des Proletariats, nicht aber durch die werktätigen Massen selbst.²⁰⁵ Die kurze Phase der wirklichen Macht von basisdemokratisch organisierten Sowjets, Unternehmensausschüssen, Arbeiterräten und ähnlichem stimmte zwar mit diesen Visionen überein, aber ließ ein organisiertes Handeln im Staat unmöglich erscheinen.²⁰⁶

Zu bedenken ist ein Zwiespalt aller sich sozialistisch verstehenden Entwicklungen: Die Arbeiter verstanden die bolschewistische Propaganda von der Befreiung der Arbeit von den Ketten der kapitalistischen Ausbeutung als Befreiung von der Arbeit und so verhielten sie sich. Sie wollten, dass die Bourgeoisie nun arbeiten sollte. Das Beharren auf Einzeileitung und demokratischen Zentralismus – eher eine Einbahnstraße von oben nach unten – waren seit 1918 auf der Tagesordnung, um mit Disziplin und Zwang die Wirtschaft am Laufen zu halten.

Gegen dieses Dirigieren und Militarisieren stemmte sich – wie bereits gezeigt – 1920/21 die »Arbeiteropposition«.

Alexandra Michailowna Kollontai formuliert in der Krise von 1920/21 Kritik und Alternativvorstellungen, die auf den Ausbau des Demokratismus in der Partei setzen und nicht, wie Lenin, zuvörderst auf ein anderes ökonomisches System. Die Arbeiteropposition unterlag, die straff geführte Partei blieb Garant der Macht. Das Beseitigen innerparteilicher Demokratie war das Eintrittsbillet in den Stalinismus:

Die Arbeiterklasse und ihre Ideologen [...] wissen, dass die neuen kommunistischen Aufgaben der Klasse nur durch gemeinsame kollektive Arbeit, durch die vereinten Anstrengungen der Arbeiter selbst verwirklicht werden können. Das Arbeiterkollektiv wird um so geschlossener sein, je mehr die Massen im Geiste der Bekundung ihres gemeinsamen kollektiven Willens und ihres gemeinsamen Denkens erzogen werden, und um so vollständiger und rascher wird die Klasse auch ihre Aufgabe verwirklichen, d. h. sie wird eine neue, nicht zersplitterte, sondern einheitliche, harmonisch zusammengefügte kommunistische Wirtschaft schaffen. Nur wer praktisch mit der Produktion verbunden ist, kann ihr belebende Impulse vermitteln. Der Verzicht auf ein Prinzip, nämlich auf das Prinzip der Kollektivität bei der Leitung der

Produktion, war ein nur für den Augenblick gedachtes Zugeständnis von Seiten unserer Partei, war Anpassertum, Abweichung von jenem kleinen Teil der Klassenlinie, den wir in der ersten Periode der Revolution so leidenschaftlich hochgehalten und verteidigt haben. [...]

Die Kraft unserer Partei bestand stets darin und muss auch künftig darin bestehen, dass ihre Führungszentren mit hellhörigen Ohren die herangereiften Bedürfnisse und Aufgaben erfassen, in denen sich die Arbeiter einig sind, und, wenn sie diese Bedürfnisse erfasst haben, sie so zu lenken verstehen, dass sie durch sie die Massen zur Eroberung einer weiteren historischen Position anspornen können. So war es. Doch jetzt ist es nicht mehr so. Nicht nur, dass unsere Partei ihren raschen Lauf in die Zukunft verlangsamt, sie blickt sich auch immer öfter »vorsichtig« um: Sind wir auch nicht zu weit vorgeprellt? Ist es nicht an der Zeit, ein wenig innezuhalten? Ist es nicht vernünftiger, vorsichtiger zu werden und kühne, in der Geschichte einmalige Experimente zu vermeiden?

Die Arbeiteropposition stellt also im Kampf für die Festigung des Demokratismus in der Partei und für die Beseitigung des Bürokratismus drei Hauptprinzipien auf:

1. Wählbarkeit auf allen Ebenen und Beseitigung der »Praxis der Ernennungen« und der Bevollmächtigten bei gleichzeitiger Verstärkung der Verantwortlichkeit gegenüber den unteren Ebenen.

2. Einführung der offenen Behandlung (sowohl bei allgemeinen Fragen als auch bei der Abfassung persönlicher Charakteristiken) innerhalb der Partei, Beachtung der Stimme der unteren Ebenen (umfassende Erörterung von Fragen auf den unteren Ebenen und anschließende Zusammenfassung der Auffassungen der unteren Ebenen durch die Spitzen, das Recht jedes Parteimitgliedes auf Anwesenheit bei Sitzungen der Parteizentren, ausgenommen besonders geheime Angelegenheiten), Gewährleistung der Freiheit der Kritik und der Meinung (das Recht nicht nur auf freie Diskussion, sondern auch auf materielle Unterstützung bei der Herausgabe der Literatur innerparteilicher Strömungen).

3. Durchsetzung der ganzen Partei mit Arbeitern und Verringerung der Doppelmitgliedschaften in führenden Partei- und Sowjetorganen.

Diese letzte Forderung ist auch deshalb besonders wichtig und wesentlich, weil man nicht vergessen darf, dass unsere Partei nicht nur bereits den Kommunismus aufbauen muss, sondern auch ver-

pflichtet ist, die Massen für eine möglicherweise lange Periode des Kampfes gegen den Weltkapitalismus vorzubereiten und zu erziehen, der völlig unerwartete und neue Formen annehmen kann.

Aus: Alexandra Kollontaj: *Die Arbeiteropposition*. In: *Frits Kool/ Erwin Oberländer (Hrsg.): Arbeiterdemokratie oder Parteidiktatur – Bd. 1 – Opposition innerhalb der Partei*. München 1972, S. 188, 191, 236.

Was Lenin nicht durchschaute, was nach seinem Sturz Trotzki deutlich erfasste und vor dem Luxemburg gewarnt hatte: Auch die neue Macht und ihre Träger, die Politiker und Funktionäre in Partei, Staat, Wirtschaft und erst recht in den Sicherheitsapparaten entwickelten ein Eigenleben. Sie wurden selbst zu einer »neuen bürokratischen Klasse«.

Das gelang einigen erst, nachdem sie ihrer Verantwortung ledig waren. Luxemburg hatte zurecht befürchtet: »Das Gefährliche beginnt dort, wo sie aus der Not die Tugend machen, ihre von diesen fatalen Bedingungen aufgezwungene Taktik nunmehr theoretisch in allen Stücken fixieren und dem internationalen [Proletariat] als das Muster der sozialistischen Taktik zur Nachahmung empfehlen wollen.«²⁰⁷

Lenins Alternativansätze – die Hebung des allgemeinen Kultur-niveaus und das Erziehen der Funktionäre, ihre strikte Kontrolle etwa durch die Arbeiter- und Bauern-Inspektion, das Zuführen unverbrauchter frischer Kräfte von der Basis – konnten solche Prozesse vielleicht positiv beeinflussen, aber nicht aufhalten. Noch einmal raffte sich Lenin im Januar 1923 auf und skizzierte ein neues Gesamtkonzept, nicht mehr den einheitlichen Staatstrust²⁰⁸ aus »Staat und Revolution«. »[E]in System zivilisierter Genossenschaftler bei gesellschaftlichem Eigentum an den Produktionsmitteln, beim Klassensieg des Proletariats über die Bourgeoisie – das ist das System des Sozialismus«.²⁰⁹ Sie sollten in neuer Weise arbeiten, leben, demokratisch ihre Verhältnisse gestalten. Ob Lenin hier tatsächlich über die überwältigende Bauernschaft im Agrarland Russland hinaus dachte und die ganze Gesellschaft meinte, das war in der Folge immer wieder Gegenstand für weitergehende Alternativdiskussionen.

Trotzki hat 1936 im Exil bei der Analyse des Stalinismus eine besondere bürokratische Klasse herausgearbeitet, die aus ihrer spezifischen Interessenslage heraus die Revolution verraten habe:

In ihrer vermittelnden und regulierenden Funktion, ihrer Sorge um die Erhaltung der sozialen Rangstufen und der Ausnutzung des Staatsapparates zu Privatzwecken ähnelt die Sowjetbürokratie jeder anderen Bürokratie, besonders der faschistischen. Aber es gibt auch enorme Unterschiede. Unter keinem anderen Regime außer dem der UdSSR hat die Bürokratie einen solchen Grad der Unabhängigkeit von der herrschenden Klasse [d. h. der Arbeiterklasse – St. B.] erlangt. In der bürgerlichen Gesellschaft vertritt die Bürokratie die Interessen der besitzenden und gebildeten Klasse, die über unzählige Mittel verfügt, ihre Verwaltung zu kontrollieren. Die Sowjetbürokratie jedoch erhob sich über eine Klasse, die eben erst aus Elend und Dunkel befreit und keine Traditionen im Herrschen und Kommandieren verfügt. [...] Sie ist die einzige im vollen Sinne des Wortes privilegierte und herrschende Schicht der Sowjetgesellschaft.

Genauso wichtig ist ein anderer Unterschied. Die Sowjetbürokratie exproprierte das Proletariat politisch, um seine sozialen Eroberungen mit ihren Methoden zu verteidigen. Aber schon die Tatsache, dass sie in einem Land die politische Macht an sich riss, in dem die Hauptproduktionsmittel in Staatshänden liegen, schafft ein neues noch nicht dagewesenes Verhältnis zwischen der Bürokratie und den Reichtümern der Nation. Die Produktionsmittel gehören dem Staat. Aber der Staat »gehört« gewissermaßen der Bürokratie. Wenn diese noch ganz neuen Verhältnisse sich gegen oder ohne den Widerstand der Werktätigen festigten, zur Norm würden, sich legalisierten, so würden sie letzten Endes zur völligen Liquidierung der sozialen Errungenschaften der proletarischen Revolution führen. Doch im Augenblick davon zu reden, ist zumindest verfrüht. Das Proletariat hat sein letztes Wort noch nicht gesprochen. Die Bürokratie hat für die Herrschaft noch keine sozialen Stützpunkte, d. h. besondere Eigentumsformen, geschaffen. Sie ist gezwungen, das Staatseigentum als die Quelle ihrer Macht und ihrer Einkünfte zu verteidigen. Von dieser Seite ihres Wirkens aus betrachtet, bleibt sie immer noch ein Werkzeug der Diktatur des Proletariats.

Der Versuch, die Sowjetbürokratie als eine Klasse von »Staatskapitalisten« hinzustellen, hält offensichtlich der Kritik nicht stand. Die

Bürokratie hat weder Aktien noch Obligationen. Sie rekrutiert, ergänzt, erneuert sich kraft einer administrativen Hierarchie, ohne Rücksicht auf irgendwelche besonderen, ihr eigenen Besitzverhältnisse. Der einzelne Beamte kann seine Anrechte auf Ausbeutung des Staatsapparates nicht weitervererben. Die Bürokratie genießt ihre Privilegien missbräuchlicherweise. Sie verschleiert ihre Einkünfte. Sie tut so, als existiere sie als besondere soziale Gruppe gar nicht. Die Aneignung eines enormen Anteils am Volkseinkommen durch die Bürokratie ist soziales Schmarotzertum. All das macht die Lage der herrschenden Sowjetschicht trotz ihrer Machtfülle und trotz des Dunstschleiers an Schmeichelei, der sie umgibt, in höchstem Grade widerspruchsvoll, zweideutig und unwürdig. [...]

Der Sturz der heutigen bürokratischen Diktatur, wenn keine neue sozialistische Macht sie ersetzt, wäre also gleichbedeutend mit einer Rückkehr zu kapitalistischen Verhältnissen bei katastrophalem Rückgang von Wirtschaft und Kultur.

[...] Die Oktoberrevolution ist von der herrschenden Schicht verraten, aber noch nicht gestürzt worden. Sie besitzt eine große Widerstandskraft, die mit den geschaffenen Eigentumsverhältnissen, der lebendigen Kraft des Proletariats, dem Bewusstsein seiner besten Elemente, der auswegslosen Lage des Weltkapitalismus und der Unvermeidlichkeit der Weltrevolution zusammenfällt.

Aus: Leo Trotzki: Verratene Revolution. Was ist die Sowjetunion und wohin treibt sie? Essen 2009, 3. Aufl., S. 250–252.

Letztlich trieb Lenin mehr und mehr die Frage nach der Reife der gesellschaftlichen Verhältnisse für eine sozialistische Gesellschaft um. Wenn Marx recht hatte, dass »eine Gesellschaftsformation [...] nie unter [geht], bevor alle Produktivkräfte entwickelt sind, für die sie weit genug ist, und neue höhere Produktionsverhältnisse [...] nie an die Stelle [treten], bevor die materiellen Existenzbedingungen derselben im Schoß der alten Gesellschaft selbst ausgebrütet worden sind«²¹⁰, dann erwächst die Frage, wann dies möglich ist. Für 1917 könnten wir es uns einfach machen und sagen, Lenin hat sich geirrt und die Bolschewiki in die Irre geführt. Ein Land mit vorkapitalistischen, feudalen, patrimonialen Machtverhältnissen²¹¹, mit rudimentärer bürgerlicher Demokratie und schwachem Bürgertum, mit einem Übergewicht feudaler Struktu-

ren und ohne erfolgreiche bürgerlich-demokratische Umwälzung konnte zwar das berühmte schwächste Kettenglied abgeben, aber nie eine wirklich sozialistische Revolution realisieren. Hier konnten nie und nimmer »alle Springquellen des genossenschaftlichen Reichtums« fließen.

Reife bedeutet aber zumindest – ein hohes Niveau der materiellen Produktion sowie der Konsumgüterbereitstellung und zugleich Gesellschaftsmitglieder, die mit diesen Reichtümern etwas anzufangen wissen. Vor allem bedarf es demokratischer Mechanismen, mit denen die Gesellschaftsmitglieder ihre Ziele und Wege zu ihrer Erreichung selbst bestimmen können. Das Problem ist sofort offenbar: Wer definiert die Bedürfnisse? Geht es nur um die Elementarbedürfnisse Essen, Trinken, Kleidung und Wohnungen – auf welchem Niveau –, reicht die Kommunalka²¹³ oder braucht es ein Einfamilienhaus, reicht die Tram oder braucht jeder sein Auto, langt ein Fernsehprogramm oder bedarf es hunderter, welche Rolle spielen immaterielle Bedürfnisse? Entscheiden ein Politbüro oder der GenSek²¹⁴ selbst – oder die Werkkräftigen, die Bürger? Hier wird einsichtig, dass unter diesen Vorzeichen wohl jede sozialistische Umwälzung an Grenzen stößt, wenn sie nicht in der Lage ist, sinnvolle Bedürfnisse demokratisch zu definieren und durchzusetzen.

Oktoberrevolution, Geschichtspolitik und Utopien

Eine Linke, die den Kapitalismus ablehnt und der 1989/91 in weiten Teilen der Welt trotz der vermeintlichen Macht der Arbeiterklasse die Arbeiter und die Staatsbürger die Treue aufkündigten und wegliefen, deren politische Elite (so man sie wie in Osteuropa ließ) in großen Teilen sich als eine »neue Klasse« erwies, die nur eigene Macht und Wohlergehen behaupten wollte und dafür auch die entleerten Ideale gegen die nackte Profitgier eintauschte, muss sich konsequenterweise mit den Wurzeln ihres Aufstiegs wie ihres Niedergangs auseinandersetzen.²¹⁵ Dass dabei die erste für Jahrzehnte erfolgreiche, sich sozialistisch verstehende Revolution in das Fadenkreuz kritischer Aufarbeitung und oft genug der Negation geraten musste, ist zwangsläufig. Dieser Revolution konnten

sich der Zeitgenosse wie der Historiker wie der sie für seine Ziele in Anspruch nehmende Politiker immer schon unterschiedlich nähern. Bürgerlich-liberale Betrachter hatten von Anfang an Probleme mit einem solch radikalen Bruch der heiligen Macht- und Eigentumsprinzipien, die über eine kapitalistisch-demokratische Ordnung hinauswiesen. Orthodoxe marxistisch-leninistische Theorie und Politik sahen sie als die Musterrevolution für jeden neuen Versuch, revolutionär zum Sozialismus zu gelangen. Nur peripher entwickelte sich ein libertär-linker Geschichtsdiskurs, der die vertanen Möglichkeiten und Chancen der unterschiedlichen linken Kräfte und Persönlichkeiten in Russland ebenso zur Kenntnis nahm wie die basisdemokratischen Ansätze der Sowjets, der Räte sowie die Kritik von links an dieser Revolution aufgriff und fortschrieb.²¹⁶

Für viele Linke war die Welt bis 1989/91 noch überschaubar. Nicht nur die auf Moskau ausgerichteten Parteien in der kommunistischen Weltbewegung akzeptierten, dass »der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus, der durch die Große Sozialistische Oktoberrevolution in Russland eingeleitet wurde, als der Hauptinhalt unserer Epoche charakterisiert«²¹⁷ werden müsse. Die Zäsur des Oktobers 1917 wurde mit dem Beginn, dem Durchbruch dieser Epoche gleichgesetzt. Noch am 6. Oktober 1989 bekannte Erich Honecker trotzig: »Die Oktoberrevolution öffnete der Menschheit den Weg in eine neue Welt, die Welt des Sozialismus. [...] Kein Tag in ihrer Geschichte war umsonst. [...] Hitler hatte auf die Entzweiung der Völker der Sowjetunion spekuliert, aber zu seinem Entsetzen trat das nicht ein. Sein Eroberungs- und Unterwerfungskonzept kostete ihn Kopf und Kragen. Das ist zugleich eine Mahnung an diejenigen, welche die Zeit für gekommen erachten, den Status quo in Europa zu revidieren, und die, wie sie sagen, eine »neue Epoche« anbrechen sehen, angeblich geprägt vom »Scheitern des Sozialismus.«²¹⁸

Verständlich, dass die Umkehr dieser Entwicklungsrichtung, die teilweise oder vollständige Rücknahme bislang als sicher geltender Fortschrittsansprüche zum Zweifeln und zur Bekehrung zu verpflichten scheinen. Wenn von einer Epoche des weltweiten Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus nichts mehr geblieben ist, wenn ein großer sozialistischer Block sich mit einem

Wispern aufgelöst hat, dann muss auch ihr langjähriger Leitstern, die russische Revolution vom Oktober 1917, entsorgt werden. Insofern war es auch nicht verwunderlich, wenn die PDS in ihrem Parteiprogramm von 1993 feststellte, dass »der mit der Oktoberrevolution 1917 begonnene Versuch, die kapitalistische Produktionsweise, Ausbeutung und Unterdrückung zu überwinden, [...] in Europa gescheitert [ist]«. Aber immerhin wurde trotz der »von Willkür, Grausamkeit und Bürokratie erfüllte[n] Herrschaft des Stalinismus« anerkannt, dass ihr »die Menschheit grundlegende günstige Entwicklungen im 20. Jahrhundert« verdankt.²¹⁹ Entkolonialisierung, Zugeständnisse in den kapitalistischen Ländern, nicht zuletzt die Zerschlagung des Faschismus stünden trotz ihrer ungünstigen Rahmenbedingungen auf ihrem Habenkonto, so der Tenor.

Dass eine Neubewertung außer Frage steht und kein Festhalten an den Beiwörtern »Groß« und »Sozialistisch« ansteht, ist nachvollziehbar und notwendig. Aber auffällig und ahistorisch ist eine Verlagerung der linken Diskussion weg vom früheren überschwenglichen Umgang mit der Oktoberrevolution und ihren Folgen als der großen und unverzichtbaren Revolution hin zu einer Reduzierung auf eine unmögliche, weil zu frühe Revolution am falschen Ort, auf eine undemokratische Veranstaltung letztlich wohl abenteuerlicher Bolschewiki um Lenin. Insofern hat solch linker Diskurs den bürgerlichen Mainstream eingeholt.

Dabei haben es die PDS und schließlich die neue Partei Die Linke geschafft, sich binnen 14 Jahren programmatisch vollkommen von der einstigen Leitrevolution im Positiven wie im Negativen zu trennen. Im »Chemnitzer Programm« von 2003 spielte nur noch die unumgängliche Ablehnung des Stalinismus (ohne diesen Begriff zu verwenden) eine Rolle.²²⁰ In den »Programmatischen Eckpunkten« der neuen Partei Die Linke von 2007 ist schließlich die Geschichte fast durchgehend getilgt, beginnt eigentlich erst in den 1960er Jahren. Bezugspunkt der neuen Partei ist hier »die« Geschichte der beiden deutschen Staaten, aus der Schlussfolgerungen gezogen werden sollen. Dabei wendet sich die neue Formation aus einstigen Kommunisten, Sozialdemokraten und anderen Linken »gegen Pauschalisierungen, antikommunistische Vorurteile und einseitige Beurteilungen und bemüht sich um differenzierte

und ausgewogene Einschätzungen«. Entscheidend für das Geschichtsverständnis: »Respekt vor den Ansichten Andersdenkender ist Voraussetzung von Befreiung. Wir lehnen jede Form von Diktatur ab und verurteilen den Stalinismus als verbrecherischen Missbrauch des Sozialismus. Freiheit und Gleichheit, Sozialismus und Demokratie, Menschenrechte und Gerechtigkeit sind für uns unteilbar.«²²¹

Das derzeitige »Erfurter Programm« von 2011 verurteilt wiederum sehr knapp den Stalinismus, hat dafür als Erbe der Partei allein die deutsche Revolution von 1918/19 ausgemacht, die offenbar recht zufällig auf die Welt kam. Denn: »Die Revolution 1918/1919 in Deutschland reihte sich ein in die revolutionären Bewegungen und Erhebungen nach dem Ersten Weltkrieg, sowohl innerhalb als auch außerhalb Europas.«²²²

Gute Katholiken würden wohl vom Dogma der unbefleckten Empfängnis Marias sprechen. Soviel, sowenig Geschichte glaubt die neue Partei für sich in Anspruch nehmen zu müssen, wenig ahnend, dass die Geschichte trotz aller Entschuldigungsversuche und Abgrenzungen, trotz allen sorgfältigen selbstkritischen Aufarbeitens ihre Last bleibt. Weniger die Fehler und Verbrechen spielen dabei eine Rolle als der freche Versuch der Unterschichten, die Gesellschaft von Grund auf umzukrempeln.

Zu dieser Geschichte gehört auch ohne programmatische Segnung – ansonsten für deutsche Linke – der Komplex der Russischen Revolutionen von 1905/07 und besonders von 1917. Zu den Lernergebnissen²²³ gehört zweifellos, dass linke Historiker und auch manche Mitglieder und Sympathisanten mit bislang eher orthodoxer, marxistisch-leninistischer Vorgeschichte diese Revolutionen – die bürgerlich-demokratische wie die sich sozialistisch nennende, auch die Bauernrevolution – stärker als einen dialektisch-widersprüchlichen Komplex begreifen. Sie nehmen heute wahr, dass Ausgangsbedingungen wie Verlauf von Revolution und Bürgerkrieg Weichen gestellt haben, die in stalinistische Diktatur und reformunfähige Strukturen geführt haben. Diese sind unwiderruflich 1989/91 gescheitert. Und sie haben zähneknirschend akzeptiert, dass jene linke Kritik, die die Oktoberrevolution und die Sowjetunion von Anfang an begleitete, wohl begründet war.

Zurück ins Jahr 1917. Dass es in Russland einmal krachen würde, war schon für Marx und Engels manifest. Engels sah in einem Brief an die Volkstümlerin Vera Sassulitsch 1885 in Russland ein besonders explosives Gemisch. »Da, wo die Lage so gespannt ist, wo sich die revolutionären Elemente in einem solchen Grade angesammelt haben, wo die ökonomische Lage der ungeheuren Masse des Volkes von Tag zu Tag unmöglicher wird, wo alle Stufen der gesellschaftlichen Entwicklung vertreten sind von der Urgemeinde bis zur modernen Großindustrie und Hochfinanz, und wo alle diese Widersprüche gewaltsam zusammengehalten werden durch einen Despotismus ohnegleichen, einen Despotismus, der immer unerträglicher wird für eine Jugend, die in sich die nationale Intelligenz und Würde vereint – wenn dort das 1789 einmal begonnen hat, wird das 1793 nicht auf sich warten lassen.«²²⁴ Für Engels war entscheidend, dass etwas getan wurde – 1885 eher von den Volkstümlern, noch nicht von den Sozialdemokraten. Aber er sah die Zwiespältigkeit wohl nicht nur dieses radikalen sozialen Wandels. »Die Leute, die sich rühmten, eine Revolution *gemacht* zu haben, haben noch immer am Tag darauf gesehen, dass sie nicht wussten, was sie taten, dass die gemachte Revolution jener, die sie machen wollten, durchaus nicht ähnlich sah.«²²⁵

Lenin erwartete bereits zwei Jahrzehnte später, dass angesichts der realen, wenn auch relativen Stärke der Arbeiterklasse und der fehlenden eigenständigen Rolle der russischen Bourgeoisie allein das Proletariat unter Führung einer Avantgardepartei berufen sei, in Russland Revolution zu machen.²²⁶ Letztlich sollte das Proletariat führen und die bürgerlich-demokratische Revolution zur sozialistischen weiterführen. Das wurde letztlich 1917 praktiziert, weil Lenin mit den Bolschewiki diesen Kampf organisieren, führen und gewinnen konnte. Einiges, die Republik, war bereits von den bürgerlichen und den gemäßigten linken Parteien verwirklicht, die Bodenfrage aber von diesen vertagt und vor allem der inzwischen verhasste Krieg weitergeführt worden. Insofern konnte sich der klassisch marxistisch verstehende Vorbehalt Plechanows und der Menschewiki Lenin nicht treffen. Plechanow hatte gegen Lenins Aprilthesen argumentiert: »Nun fragt es sich, wie es um den Kapitalismus in Russland bestellt ist. Haben wir Grund zu behaupten, dass er sein Lied bei uns schon ausgesungen hat, d. h.

dass er jene höchste Stufe erreicht hat, auf der er schon nicht mehr der Entwicklung der Produktivkräfte des Landes dient, sondern, im Gegenteil, diese Entwicklung hemmt?»²²⁷

Lenin wollte durchaus eine »Revolution gegen das »Kapital«²²⁸, wie es Gramsci zuspitzte – gegen den Kapitalismus und gegen ein Marxismusverständnis wie eine Marxismusanwendung, die nach Lenins Analyse die Entwicklung des Kapitalismus in Russland nicht ausreichend berücksichtigten. Beide unterschätzten die relative Stärke und Macht der Arbeiterbewegung und ihrer Partei und berücksichtigten die Gegebenheiten des Imperialismus nicht. Anzumerken ist, dass generell offen bleibt, wann der Kapitalismus seine Entwicklungsfähigkeit verloren hat und wann er »reif« für seine Ablösung ist. Marx verweist ja darauf, dass eine Gesellschaftsformation nie untergeht, bevor alle in ihr angelegten Produktivkräfte entwickelt sind.²²⁹

Das ist augenscheinlich von Marx nicht als Vertagung der Revolution in eine ferne Zukunft verstanden worden. Für sein theoretisches und nicht zuletzt politisches Verständnis ging es bereits seit Mitte des 19. Jahrhunderts zumindest in den entwickelten Ländern Westeuropas um eine sozialistische Zielsetzung. Übrigens hatte er eine nicht unwesentliche Relativierung dahingehend vorgenommen, dass sich »die Menschheit immer nur Aufgaben [stellt], die sie lösen kann, denn genauer betrachtet wird sich stets finden, dass die Aufgabe selbst nur entspringt, wo die materiellen Bedingungen ihrer Lösung schon vorhanden oder wenigstens im Prozess ihres Werdens begriffen sind.«²³⁰

Im Russland des Jahres 1917, mitten im imperialistischen Kriege mit seiner offenen Friedensfrage, der ausstehenden Umverteilung des Bodens zugunsten der Bauern, mit seiner bislang nur rudimentären Demokratie und gleichzeitig einer selbstbewussten Arbeiterschaft, die auch die Bolschewiki trug, konnten Marxisten offenbar so unterschiedlich argumentieren wie Lenin und Plechanow.

Wo endet das Wirken sozialer Gesetze, und wo beginnt Voluntarismus? Die Gräben zwischen beiden linken Lagern erwiesen sich in den jeweils konkreten Fragen als nicht überwindbar. Sicher ein Minuspunkt für Lenin, wenn man die Maßstäbe einer gehobenen theoretischen Debatte anlegt.

Die heute gerne diskutierte Hoffnung auf ein dauerhaftes Zusammengehen der Bolschewiki mit den Menschewiki und anderen Linken verkennt die Realitäten. Der Bruch in der Kriegsfrage und schließlich die staatstragende Rolle, die letztere in der Provisorischen Regierung gespielt haben, ließen ein derartiges linkes Bündnis zumindest für einen nicht besonders konzilianten und vergesslichen Lenin kaum akzeptabel erscheinen. Wer noch im August 1917, als führende Bolschewiki sich verstecken mussten, für die Fortsetzung des Krieges sprach, war kein Bündnisgenosse für Lenin. Plechanow damals: »Wir werden keinen Separatfrieden schließen, wir wollen unsere Verbündeten, die die Spitze der Zivilisation verkörpern, nicht verraten.«²³²

Im Oktober 1917 aber waren die Würfel gefallen und eine Revolution im Gange, die zwar mit dem Ziel angetreten war, am »schwächsten Kettenglied« des Kapitalismus den Durchbruch zu schaffen, aber auf die Fortsetzung im Westen, namentlich in Deutschland setzte. Vielleicht hat Hobsbawm nicht unrecht, wenn er vermutet, »dass Lenin das Winterpalais selbst dann hätte stürmen wollen, wenn er sicher gewesen wäre, dass die Bolschewiki zurückgeschlagen würden, nach dem – wie die Iren sagen könnten – »Osteraufstandsprinzip«: Um für die Zukunft eine Inspiration zu schaffen, so wie es die geschlagene Pariser Kommune getan hatte. Andererseits ergab die Übernahme der Macht und die Ausrufung eines sozialistischen Programms nur dann einen Sinn, wenn die Bolschewiki eine europäische Revolution erwarteten.«²³³ Nicht zu vergessen ist Lenins Fähigkeit, aus der Geschichte zu lernen. Er hatte den festen Willen, eine Niederlage wie 1905/07 mit ihrer blutigen Abrechnung an den Revolutionären zu vermeiden.

Gerne wird heute auf die Chancen verwiesen, die sich für die Entwicklung der russischen Gesellschaft und ihrer Demokratie in Folge der revolutionären Ereignisse ergaben. Das »Oktobermanifest« 1905 des Zaren mit seinen Zugeständnissen, insgesamt die vergleichsweise freien Wahlen zur Duma – die allerdings mehrmals schnell wieder aufgelöst wurde, wenn sie die Ordnung zu sehr störten. Besonders der russische Ministerpräsidenten Pjotr Arkadjewitsch Stolypin geistert als der große, letztlich verhinderte Reformier durch die Geschichte. In der Tat suchte er den Staat zu reorganisieren, förderte das Semstwo als Form lokaler Selbstver-

waltung. Vor allem brachte er eine Agrarreform auf den Weg. Die Bauern sollten endlich selbst zu Land kommen, so sollte auch auf dem Lande kapitalistisches Wirtschaften begünstigt werden.²³⁴ Gleichzeitig erwarb er sich aber zweifelhafte »Verdienste«, als er Ruhe und Ordnung im Lande wiederherstellte.

Die »Stolypinsche Krawatte«, der Henkerstrick, der zumindest in 1144 Fällen Revolutionären zum Verhängnis wurde, war sprichwörtlich. Dazu kamen zahlreiche Verurteilungen zu Zwangsarbeit, Verbannung, die Vertreibung von Oppositionellen ins Exil. Als das Parlament zu störend wurde, ließ er es vom Zaren einfach auflösen.

All das war den Bolschewiki nur zu gut bekannt. Überdies hatte Lenin sowohl das Schicksal der Jakobiner in der französischen Revolution wie der Pariser Kommune von 1871 vor Augen. Letztere war ja Marx' wie Lenins Beispiel für eine kurzzeitig erfolgreiche sozialistische Revolution. Eines war Lenin klar, wenn die Revolutionäre scheitern, werden sie massakriert.²³⁵ Den Märtyrertod musste Lenin als Risiko notgedrungen in Kauf nehmen, aber schon beim Tod seines älteren Bruders Alexander hatte es ihm wenig behagt, in aussichtsloser Situation zu kämpfen und zu fallen. Das Risiko des Scheiterns war sicher einkalkuliert, aber die Erwartungen an die eigene Stärke und die Auslösung einer Kettenreaktion von Aufständen gegen den Krieg, für einen radikalen sozialen Wandel im Westen begünstigte 1917 seinen Weg. Die Hoffnung auf »eine ungeheure Reserve, [...] die Armee der fortgeschritteneren Arbeiter der anderen Länder, in denen der Bruch Russlands mit dem Imperialismus und dem imperialistischen Krieg die dort heranreifende sozialistische Arbeiterrevolution beschleunigen wird«²³⁶, beflügelte seine Argumente in den Wochen vor dem Oktoberaufstand. Zumal es ja »nur« darum ging, »die Macht bis zum Sieg der sozialistischen Weltrevolution zu behaupten«.²³⁷

Insofern wäre ein selbstkritisches Verhalten aller linken Strömungen über ihr Versagen im Ersten Weltkrieg und danach bei der Durchsetzung ihrer – sicher sehr unterschiedlich verstandenen – Vorstellungen von einer sozial gerechten, ausbeutungsfreien und unterdrückungsfreien Gesellschaft das eigentliche Thema auch für heutige linke Diskussionen. Es ginge dann nicht nur um die

kommunistische Bewegung im Geiste Lenins, sondern auch um die sozialreformerischen und libertär-anarchistischen Ideen und Bewegungen. Welchen Einfluss haben die konkreten Bedingungen des Klassenkampfes auf seine Mittel und Methoden?

Nach den Erfahrungen mit Stalin, Mao und Pol Pot ist unübersehbar, dass sozialistische Ideale pervertiert werden können. Im Namen einer Idee und Bewegung der sozialen Befreiung von Ausbeutung und Unterdrückung ist unterdrückt, repressiert und gemordet worden. Ihr fielen auch Feinde zum Opfer, aber obendrein nicht wenige eigene Genossen und Unschuldige. Die historischen Rahmenbedingungen Russlands mit Erstem Weltkrieg, russischer Gewaltgeschichte, mangelnder Demokratieerfahrung, Bürgerkrieg, Diktatur und zunehmend eingeschränkten demokratischen Mechanismen in den Sowjets wie in der Partei haben jenen Bruch begünstigt, der aus einer enthusiastischen Revolution einen bürokratisierten und oft allein repressiven Staatssozialismus machte.

Aus heutiger Sicht sind die Defizite Lenins und der Bolschewiki greifbar, wobei auch seine Zeitgenossen von Luxemburg²³⁸ bis Kautsky²³⁹ wesentliche Elemente einer Kritik aus ihrem jeweiligen politischen Zusammenhang bereits erschreckend genau benannten. Heute – eigentlich schon mit der Etablierung des stalinistischen Systems spätestens mit der Krise 1927/28 – ist unzweifelhaft die Berechtigung der damaligen Kritik erkennbar. Zeitgenössisch mag allerdings die sehr unterschiedliche Position und das sehr unterschiedliche Schicksal von Rosa Luxemburg und Kautsky wie ihrer Parteien mitgedacht werden. Lenin wusste sehr wohl um die Besonderheit der russischen Verhältnisse, obschon er sich darüber erst wieder in seinen letzten Lebens- und Amtsjahren ernste Sorgen machte. Bürger- und Interventionskriege waren gewonnen, aber angesichts der Krise von 1920/21 bestürzten ihn Kulturlosigkeit, Bürokratismus, Ineffizienz, mangelnde demokratische Verankerung und latente Instabilität seiner Partei. Er unterlag zumindest einer dreifachen Illusion: Zum einen, dass Russland nicht allein stehen werde in der Weltrevolution; zum zweiten, dass die Arbeiterklasse unter Führung der Bolschewiki (und diese nicht anstelle der Klasse) in der Lage sei, die Macht zu behaupten und sie demokratisch zu organisieren; drittens, dass die Wirtschaft in

Industrie und auf dem Lande von alleine weiterlaufen werde mit ein wenig Selbstverwaltung und ohne einen (als kapitalistisch abgelehnten) Markt.

Schnell stand aber die neue Macht in offenem Kampf und Krieg mit den zaristischen und bürgerlichen Gegnern der neuen Ordnung, teilweise mit den bisherigen linken Verbündeten, nicht zuletzt mit den Mächten der Entente und auch faktisch mit Kräften der Mittelmächte (mit denen man in Brest-Litowsk einen Separatfrieden schloss), den nationalistischen Kräften, die auch in ihren neuen Staaten keine bolschewistische Umwälzung wollten, schließlich auch noch mit der ausgeplünderten Bauernschaft. Die »Lösung« Kriegskommunismus lag so nah und sollte sich – trotz der dann nur noch episodenhaften Alternativstrategie Lenins mit der NÖP – so verfestigen, dass der Durchmarsch Stalins nach der nicht verankerten »Selbstthermidorisierung«²⁴⁰ nur konsequent war.

Aber ist statt einer bewussten Kappung der historischen Verbindungslinien einer neuen Linken, die auch für radikale soziale Veränderungen, das Ende der Ausbeutung, für soziale Gerechtigkeit und Frieden, gegen Unterdrückung und für Demokratisierung aller Lebensbereiche antritt, nicht doch mehr Gelassenheit und Differenzierung erforderlich? Hat nicht vielleicht der DDR-Flüchtling und antiautoritäre linke Marxist Rudi Dutschke, der an seiner Kritik am stalinistischen System in Ostberlin und Moskau nie einen Zweifel ließ und doch den Sozialismus wollte, recht: »Aber warum lieben, nein, verehren wir dennoch die Oktoberrevolution? Die Bourgeoisie hat 1917 eins auf die Fresse bekommen, wer von uns könnte sich darüber nicht freuen? Die barbarische Niederschlagung von Kronstadt [...] kann und darf nicht aus dem Oktober abgeleitet werden.«²⁴¹

Er, der mit seiner Rückbesinnung auf Karl August Wittfogels Arbeiten zur »asiatischen Produktionsweise«²⁴² und seiner dialektischen Kritik an Georg Lukács²⁴³ sehr zugespitzt den russischen, genauer den asiatisch-despotischen Charakter des russischen Weges nach 1917 herausstellte und ihm letztlich das Prädikat »sozialistisch« verwehren musste²⁴⁴, suchte einen Weg der Differenzierung. Er wollte die konkrete Historisierung jener Ereignisse, die er trotzdem als Teil eines antibourgeois Kampfes

verstand, nicht vergessen haben: Gerade um seine Kritik an diesem stalinistischen System im Gefolge einer Revolution unter unreifen Bedingungen herauszustellen.

Ähnlich auch die Einsicht Hobsbawms, der die Oktoberrevolution und die daraus hervorgegangene Gesellschaft keineswegs als zwangsläufiges, notwendiges Ereignis in einer tiefen Krise der kapitalistischen Welt begriff, sondern als deren Begleiterscheinung. Er versteht diese Revolution eher »als Epiphänomen der globalen Krise des Kapitalismus im Zeitalter der Katastrophen und nicht als deren notwendige Konsequenz und potentielle Überwindung. Ohne die Weltrevolution, die Lenin 1917 erwartete und die nicht stattfand, befand sich Sowjetrußland von Anfang an auf dem Holzweg.«²⁴⁵ Trotz dieser mit dem Blick auf die Folgen verbundenen Wertung hat er in seinem Buch »Zeitalter der Extreme« dessen ungeachtet keine Schwierigkeit, die prägende Rolle der russischen Revolution und den Sieg der Bolschewiki herauszustellen. »Die internationale Politik des ganzen kurzen 20. Jahrhunderts seit der Oktoberrevolution [...] könnte am einleuchtendsten als ein Jahrhundertkampf der Mächte der alten Ordnung gegen die soziale Revolution beschrieben werden«, so seine Bilanz.²⁴⁶

Das setzt aber voraus, die russischen Revolutionen, in denen der Oktoberaufstand einen zunächst abschließenden Höhepunkt bedeutet, zumindest als einen vielleicht aussichtslosen, peripheren, aber doch für die damaligen Akteure hoffnungsvollen Ansatz zu akzeptieren. Dem Russischen Reich und den anderen Weltkriegsparteien Frieden, den Bauern Boden, den werktätigen Massen Brot zu geben und gleichzeitig eine demokratische Umwälzung zu erreichen war das erklärte Ziel Lenins. Die heutige Auseinandersetzung dreht sich um die Mittel, wie diese Ziele erreicht wurden und die Etablierung einer dauerhaften, wenn auch zu unterschiedlichen Zeiten differenzierten diktatorischen Verwirklichung dieser Ziele, bis der Realsozialismus sowjetischen Zuschnitts 1989/91 zusammenbrach. Michael Brie verdeutlicht die heutigen Ansprüche: »Der erste Maßstab ist der der Präferenz von demokratischen und friedlichen Methoden.«²⁴⁷ Damit verbindet nicht nur er die Einsicht, dass eine pluralistische Linke mit unterschiedlichen Parteien, Programmen und Personalangeboten eher eine demokratische Gestaltung der neuen Gesellschaft

ermöglicht. Sie muss auch grundlegende Opposition akzeptieren und ihr erforderlichenfalls weichen. Wie viele andere macht er das antidemokratische und gewaltsame Vorgehen der Bolschewiki an der Auflösung der Konstituante im Januar 1918 fest. Die Wahlen waren noch zu Zeiten der Provisorischen Regierung und deutlich vor der Oktoberrevolution als verfassungsgebende Versammlung ausgeschrieben worden. Entsprechend erfolgte die Kandidatenaufstellung, landesweit. Dabei war das neue russische Wahlrecht wohl das demokratischste seiner Zeit, griff auch für die Wahlen zu den verschiedenen Sowjets und den kommunalen Vertretungen. Es gab keine Einschränkungen hinsichtlich des sozialen Status: Frauen, Militärs, alle Personen ab 20 Jahren durften wählen.

Dahinter steht aber die grundlegendere Frage, wie die Demokratie in einem revolutionären Umbruch zu gestalten und zu bemessen ist. Und vielleicht nicht nur dort. Generell fragt sich allerdings auch demokratietheoretisch, was Wahlen festschreiben können, wie sie beeinflusst werden und scheinbar dauerhaft, zumindest für eine Wahlperiode, Verhältnisse festschreiben. Können falsche Wahlversprechen, politische Kehrtwendungen noch korrigiert werden? Auch in der jüngsten Gegenwart haben Wahlen und Volksabstimmungen Ergebnisse gebracht, die solche Fragen aufwerfen, auch für eine linke Politik, die Alternativen gestalten will und dafür Mehrheiten braucht. Welches Verhältnis gibt es zwischen den einmalig aktivierten Wählern mit ihrer Stimmabgabe und jenen, die politisch eingreifend auch außerhalb der Parlamente handeln – auf der Straße, in Räten und so weiter.

Die Leninschen Argumente, die die Vergänglichkeit der Wahlentscheidung, die fragwürdige Gewichtung, aber auch das besondere Gewicht der Stimmen für die Bolschewiki in Petrograd und Moskau herausstellten, kollidieren mit der ewig gültigen Vorstellung: ein Mann – eine Stimme. In ihrer damaligen Struktur schienen die Sowjets das dynamischere und effektivere Instrument, Stimmungen und Interessen der Massen, also der Wähler, zu repräsentieren. Es bliebe auch die Frage, was die Konstituante hätte leisten können – die Beschlüsse des Sowjetkongresses und damit die Regierung Lenins bestätigen oder sie verwerfen. Dementsprechend liefen die Forderungen der Sowjetorgane an die Konstituante. Wobei auch der Sowjetkongress im November

zunächst knapp eine bolschewistische Mehrheit verfehlte. Aber durch die geschaffenen politischen Tatsachen, die Passivität nicht-bolschewistischer Sowjetdelegierter und dem Zusammengehen mit anderen Linken konnten die Bolschewiki den Sowjetkongress bereits dominieren.

Die Wahlen zur Konstituierenden Versammlung fanden am 12. (25.) November 1917, also knapp drei Wochen nach dem Oktoberaufstand, statt. Auch wenn es einige Unschärfen hinsichtlich der Ergebnisse gab, waren die Ergebnisse relativ klar.

Ergebnisse der Wahlen zur Konstituierenden Versammlung vom 12. (25.) November 1917²⁴⁸

Partei	Stimmen	Mandate
Sozialrevolutionäre	17 490 000	370
Bolschewiki	9 844 000	175
Menschewiki	1 248 000	16
Konstitutionelle Demokraten	2 000 000	17
Minderheiten	ca. 8 000 000	77
Linke Sozialrevolutionäre	2 861 000	40
Volkssozialisten (Liberale)	k. A.	4
Total:	41 700 000	703

Lenins Rechnung war weit einfacher. Natürlich konstatierte auch er das vergleichsweise schwache Abschneiden seiner Partei, auch wenn er schon ein Bündnis mit den Linken Sozialrevolutionären schmieden konnte, die in den Rat der Volkskommissare eintraten. (Allerdings verließen sie ihn im März 1918 aus Protest gegen den Friedensvertrag von Brest-Litowsk wieder und versuchten im Juli 1918 einen Staatsstreich, in dessen Verlauf auch Lenin schwer verletzt wurde.)

Lenin nahm eine klassenmäßige Zuordnung vor und unterschied drei Gruppierungen: »Die Partei des Proletariats (Bolschewiki) 9,02 Millionen = 25 % / Parteien der kleinbürgerlichen Demokratie (Sozialrevolutionäre, Menschewiki u. ä.) 22,62 [Millionen] = 62 % / Parteien der Gutsbesitzer und der Bourgeoisie (Kadetten u. ä.) 4,62 [Millionen] = 13 % / Insgesamt 36,26 Millionen = 100 %.«²⁴⁹ Ihn bewegten aber mehr die Dynamik der

Entwicklung und das Gewicht der Bolschewiki in den politischen Zentren und den Streitkräften. Hier hatten die Kommunisten klar die Nase vorn und bestimmten das politische Geschehen.

Resultate der Bolschewiki bei den Wahlen zur Konstituante in wichtigen Bereichen und Regionen²⁵⁰

Region	Stimmanteil für die Bolschewiki (in %)
Gesamt	23,4
Baltische Flotte	62,6
Schwarzmeerflotte	20,5
Nordfront	56,1
Westfront	66,9
Südwestfront	29,8
Rumänische Front	14,8
Petrograd	45,0
Moskau	47,9
Transkaukasien	4,6
Estland	40,4
Livland	71,9
Witebsk	51,2
Minsk	63,1
Smolensk	54,9
Belorussland	57,5
Sibirien	9,9

Vor diesem Hintergrund hatten Lenin und seine Genossen keinen Zweifel: Die Zukunft gehört einer Demokratie der Sowjets, der alte Parlamentarismus kann nur ein Hort der alten Gesellschaft, letztlich der Konterrevolution sein.

Deklaration der Rechte des werktätigen und ausgebeuteten Volkes. Januar 1918. Von Lenin verfasster Antrag des Allrussischen Zentralen Exekutivkomitees (ZEK), d.h. des vom Allrussischen Rätekongress gewählten obersten Machtorgans, an die Konstituante. Jakob Michailowitsch Swerdlow, Vorsitzender des ZEK und Abgeordneter der Konstituante, übernahm es am 5. (18.) Januar, dies vorzutragen. Dieser Antrag zur Unterordnung unter die Macht der Sowjets wurde

erwartungsgemäß von der Mehrheit der dort versammelten Abgeordneten abgelehnt. Der Sowjetkongress wird sie wenig später zu den Eckpunkten der Verfassung der Russischen Föderation erheben:

I.

1. Russland wird zur Republik der Sowjets der Arbeiter, Soldaten- und Bauerndeputierten erklärt. Die gesamte zentrale und lokale Staatsmacht gehört diesen Sowjets.

2. Die Sowjetrepublik Russland wird auf der Grundlage eines freien Bundes freier Nationen als Föderation nationaler Sowjetrepubliken errichtet.

II.

Die Konstituierende Versammlung, die ihre Hauptaufgabe in der Abschaffung jeder Ausbeutung des Menschen durch den Menschen sieht, in der völligen Aufhebung der Scheidung der Gesellschaft in Klassen, in der schonungslosen Unterdrückung des Widerstands der Ausbeuter, in der Schaffung einer sozialistisch organisierten Gesellschaft und im Sieg des Sozialismus in allen Ländern, beschließt ferner:

1. Das Privateigentum am Grund und Boden wird aufgehoben. Der gesamte Grund und Boden mit allen Baulichkeiten, allem Inventar und allem sonstigen Zubehör der landwirtschaftlichen Produktion wird zum Eigentum des gesamten werktätigen Volkes erklärt.

2. Zur Sicherung der Herrschaft des werktätigen Volkes über die Ausbeuter und als erster Schritt zum völligen Übergang der Fabriken, Werke, Bergwerke, Eisenbahnen und sonstigen Produktions- und Verkehrsmittel in das Eigentum des Arbeiter- und Bauernstaates wird das Sowjetgesetz über die Arbeiterkontrolle und über den Obersten Volkswirtschaftsrat bestätigt.

3. Der Übergang aller Banken in das Eigentum des Arbeiter- und Bauernstaates wird als eine der Vorbedingungen für die Befreiung der werktätigen Massen vom Joch des Kapitals bestätigt.

4. Um die parasitären Schichten der Gesellschaft zu beseitigen, wird die allgemeine Arbeitspflicht eingeführt.

5. Um den werktätigen Massen die unumschränkte Macht zu sichern und jede Möglichkeit einer Wiederherstellung der Macht der Ausbeuter auszuschließen, wird die Bewaffnung der Werktätigen, die Bildung einer sozialistischen Roten Armee der Arbeiter und Bauern und die völlige Entwaffnung der besitzenden Klassen dekretiert.

III.

I. Die Konstituierende Versammlung bekundet ihre unerschütterliche Entschlossenheit, die Menschheit den Klauen des Finanzkapitals und des Imperialismus zu entreißen, die in diesem verbrecherischsten aller Kriege die Erde mit Strömen von Blut getränkt haben, und billigt vollauf die von der Sowjetmacht durchgeführte Politik der Zerreißung der Geheimverträge, der Organisierung der breitesten Verbrüderung mit den Arbeitern und Bauern der gegenwärtig gegeneinander Krieg führenden Armeen sowie ihre Bemühungen, um jeden Preis, mit revolutionären Maßnahmen, einen demokratischen Frieden zwischen den Völkern herzustellen, einen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen, auf der Grundlage der freien Selbstbestimmung der Nationen. [...]

IV.

In Anbetracht der Tatsache, dass die Konstituierende Versammlung auf Grund von Kandidatenlisten gewählt worden ist, die von den Parteien vor der Oktoberrevolution aufgestellt wurden, als das Volk noch nicht imstande war, sich in seiner ganzen Masse gegen die Ausbeuter zu erheben, als es die ganze Stärke des Widerstands der Ausbeuter bei der Verteidigung ihrer Klassenprivilegien nicht kannte und den Aufbau der sozialistischen Gesellschaft praktisch noch nicht in Angriff genommen hatte – in Anbetracht dieser Tatsache würde es die Konstituierende Versammlung, selbst vom formalen Standpunkt aus, für grundfalsch halten, sich der Sowjetmacht entgegenzustellen.

In der Sache selbst ist die Konstituierende Versammlung der Auffassung, dass jetzt, im Augenblick des letzten Kampfes des Volkes gegen seine Ausbeuter, die Ausbeuter in keinem einzigen Organ der Staatsmacht zugelassen werden können. Die Macht muss gänzlich und ausschließlich den werktätigen Massen und ihrer bevollmächtigten Vertretung – den Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten – gehören.

Die Konstituierende Versammlung unterstützt die Sowjetmacht und die Dekrete des Rats der Volkskommissare und ist der Auffassung, dass ihre Aufgaben mit der Festlegung der grundlegenden Richtlinien für die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft erschöpft sind. [...]

Aus: Wladimir Iljitsch Lenin: Deklaration der Rechte des werktätigen und ausgebeuteten Volkes. Januar 1918.

In: LW Bd. 26, S. 422–426.

Eine Entscheidung musste fallen – und dies zu einem Zeitpunkt, da die Auseinandersetzung um die Politik dieser Regierung, des Rates der Volkskommissare, bereits im Gange war. Welche Verfassung hätte sich dieses gewählte Organ geben können – in Übereinstimmung mit den vollzogenen Wandlungen hinsichtlich der Übergabe des Bodens an die Bauern, des Einräumens des nationalen Selbstbestimmungsrechtes an die Völkerschaften in Russland, den Veränderungen in den Betrieben, den Verhandlungen über einen Friedensvertrag mit den Deutschen. Hatten die Bolschewiki damals also wirklich eine Alternative? Konnten sie mit einem parlamentarischen System als Errungenschaft der Revolutionen von 1905 und vom Februar – dem sie sich immerhin auch zu Zeiten der Stolypinschen Reaktion bedienten – die Erwartung verbinden, dass die von ihnen und den Volksmassen wichtig erachteten Fragen positiv beantwortet werden würden? Sie hatten sich ja schon im April – zumindest Lenin – geweigert, sich zurückzulehnen, um wie die Menschewiki eine bürgerlich-demokratische Umwälzung als vorerst ausreichend anzusehen. Sie hätten auf das Reifen der Verhältnisse warten können. Das entsprach nun sicher nicht ihrem Politikansatz und wohl nicht nur ihrem Verständnis, was zu tun war.

Dekret über die Auflösung der Konstituierenden Versammlung. 6. (19.) Januar 1918

Die russische Revolution hat von ihrem Anbeginn an die Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten hervorgebracht als Massenorganisation aller werktätigen und ausgebeuteten Klassen, als die Organisation, die allein imstande ist, den Kampf dieser Klassen für ihre völlige politische und wirtschaftliche Befreiung zu leiten.

Im Laufe der ganzen ersten Periode der russischen Revolution mehrten sich die Sowjets, sie wuchsen und erstarkten, sie überwandten auf Grund der eigenen Erfahrungen die Illusionen des Paktierens mit der Bourgeoisie, sie erkannten, dass die Formen des bürgerlich-demokratischen Parlamentarismus trügerisch sind, und zogen praktisch die Schlussfolgerung, dass die Befreiung der unterdrückten Klassen unmöglich ist ohne den Bruch mit diesen Formen und mit jedwedem Paktieren. Ein solcher Bruch war die Oktoberrevolution, die Übergabe der ganzen Macht in die Hände der Sowjets.

Die Konstituierende Versammlung, gewählt auf Grund von Listen, die vor der Oktoberrevolution aufgestellt worden waren, brachte das alte politische Kräfteverhältnis zum Ausdruck, als die Faktierer und die Kadetten an der Macht waren.

Das Volk konnte damals, als es für die Kandidaten der Partei der Sozialrevolutionäre stimmte, nicht zwischen den rechten Sozialrevolutionären, den Anhängern der Bourgeoisie, und den linken Sozialrevolutionären, den Anhängern des Sozialismus, seine Wahl treffen. So kam es, dass diese Konstituierende Versammlung, die die Krönung der bürgerlich-parlamentarischen Republik sein sollte, sich der Oktoberrevolution und der Sowjetmacht in den Weg stellen musste. Die Oktoberrevolution rief, indem sie den Sowjets und durch die Sowjets den werktätigen und ausgebeuteten Klassen die Macht gab, den verzweifelten Widerstand der Ausbeuter hervor und offenbarte sich bei der Unterdrückung dieses Widerstands vollauf als Beginn der sozialistischen Revolution. Die werktätigen Klassen mussten sich auf Grund der eigenen Erfahrung davon überzeugen, dass sich der alte bürgerliche Parlamentarismus überlebt hat, dass er mit den Aufgaben der Verwirklichung des Sozialismus absolut unvereinbar ist, dass nicht gesamt-nationale, sondern nur Klasseninstitutionen (wie es die Sowjets sind) imstande sind, den Widerstand der besitzenden Klassen zu brechen und das Fundament der sozialistischen Gesellschaft zu legen. [...]

Natürlich hat diese Partei es abgelehnt, den absolut präzisen, klaren, jede Missdeutung ausschließenden Antrag des obersten Organs der Sowjetmacht, des Zentralexekutivkomitees der Sowjets, zur Beratung zu stellen, das Programm der Sowjetmacht, die »Deklaration der Rechte des werktätigen und ausgebeuteten Volkes«, die Oktoberrevolution und die Sowjetmacht anzuerkennen. [...] Es war unvermeidlich, dass die Fraktionen der Bolschewiki und der linken Sozialrevolutionäre, die jetzt offenkundig die erdrückende Mehrheit in den Sowjets bilden und das Vertrauen der Arbeiter und der Mehrheit der Bauern genießen, diese Konstituierende Versammlung verließen. Und außerhalb der Konstituierenden Versammlung führen die Parteien der Mehrheit der Konstituierenden Versammlung, die rechten Sozialrevolutionäre und Menschewiki, den offenen Kampf gegen die Sowjetmacht, rufen in ihrer Presse zu ihrem Sturz auf und unterstützen damit objektiv den Widerstand der Ausbeuter gegen die Übergabe des Bodens und der Fabriken in die Hände der Werktätigen.

Es ist klar, dass der übriggebliebene Teil der Konstituierenden Versammlung infolgedessen nur die Rolle einer Kulisse spielen kann, hinter der der Kampf der bürgerlichen Konterrevolution für den Sturz der Sowjetmacht vor sich geht. Deshalb beschließt das Zentralexekutivkomitee: Die Konstituierende Versammlung wird aufgelöst.

Aus: Horst Schützler/Sonja Striegnitz (Hrsg.): Die ersten Dekrete der Sowjetmacht. Eine Auswahl von Erlassen und Beschlüssen 25. Oktober 1917 bis 10. Juli 1918. Berlin 1987, S. 128–130.

Dagegen sprachen die einmalige Chance und die einmalige Knottung der Widersprüche des Kapitalismus durch den Ersten Weltkrieg. Ein Ausweg war unumgänglich – und genau den wollten die Menschewiki und Sozialrevolutionäre eben nicht. So die Erfahrung mit der Provisorischen Regierung, so auch das Verhalten der anderen Linksparteien und der – allerdings durch die Bolschewiki schon abgeschriebenen – Konstituante, die sich vielleicht durch ein Bekenntnis zu den Beschlüssen des Sowjetkongresses hätte retten können.

Die Konstituante, das darf nicht vergessen werden, war die verfassungsgebende Versammlung im Geiste der Februarrevolution. Der Oktober war bereits politisch weiter. Hinter ihm lagen die politischen Kämpfe des Sommers und Frühherbstes 1917 zwischen Juliereignissen und Kornilow-Putsch, schließlich der auf fast keinen Widerstand stoßende bewaffnete Aufstand der Bolschewiki. Manfred Hildermeier, Kenner der russischen Geschichte, konstatiert, dass die Auflösung der Konstituante keine Aufregung auslöste. Sie blieb ein isoliertes Ereignis. Aber die bürgerliche Republik wurde durch eine Räterepublik ersetzt, die die Menschenrechtserklärung von 1789 durch eine »Deklaration der Rechte des werktätigen und ausgebeuteten Volkes« toppte.²⁵¹ Denn diese Deklaration versprach nach der politischen Befreiung vom Zarismus nun auch die soziale Befreiung. Die neue Macht sieht »in der Abschaffung jeder Ausbeutung des Menschen durch den Menschen [...], in der völligen Aufhebung der Scheidung der Gesellschaft in Klassen, in der schonungslosen Unterdrückung des Widerstands der Ausbeuter, in der Schaffung einer sozialistisch organisierten Gesellschaft und im Sieg des Sozialismus in allen Ländern« ihre Hauptaufgabe.²⁵² Die Mehrheit der Konstituante wollte diese

Deklaration, die die Ergebnisse des Oktobers und die Ziele einer Revolution in Richtung Sozialismus festschrieb, nicht bestätigen. Das hätte allerdings auch hier Selbstentmachtung zugunsten des Sowjetkongresses bedeutet und ihrer politisch-sozialen Zusammensetzung nicht entsprochen. Nach ihrer Zerschlagung tat das dann der Sowjetkongress.

Dieser Anspruch erklärt, warum der Oktoberaufstand der Bolschewiki eben nicht als einfacher Putsch durchgehen kann. Die Zahl der handelnden Akteure nicht nur beim Sturm auf das Winterpalais war zweifellos begrenzt, die Machteroberung weitgehend unblutig, weil die Provisorische Regierung, die bisherigen Parteien – auch bei den Linken – und schließlich die Konstituante nicht die Stimmung der breiten Massen repräsentierten. Hildermeier, der eher dem Februar als dem Oktober das Prädikat »Revolution« zueignen mag²⁵³, gesteht ein: »Der Rote Oktober war ein bloßer Staatsstreich; was danach kam, summiert sich zu einer Revolution.«²⁵⁴

Diese Summierung hängt mit der Radikalität des revolutionären Umbruchs und dem unmittelbaren Einsetzen eines brutalen Widerstands zusammen. In Petrograd die Provisorische Regierung zu entmachten war angesichts des realen Kräfteverhältnisses leicht. Landesweit formierten sich aber rasch politische und militärische Kräfte, die der Friedenspolitik, der Enteignung der Güter und Fabriken, dem Machtanspruch der bislang Besitzlosen und Unterdrückten nichts abgewinnen konnten. Schon in Moskau musste die neue Macht sich gegen meuternde Truppen gewaltsam durchsetzen. Landesweit organisierte sich die Konterrevolution, die im Laufe der nächsten Jahre eine ganze Phalanx alter Zarengenerale und –admirale mit ausländischer Unterstützung, aber oft auch erheblichem Rückhalt unter der eigenen Bevölkerung aufbot.

Die Fehler und die Härte der revolutionären Politik sorgten zudem dafür, dass auch Bauern und Arbeiter sich gegen die Revolution stellten. In dieser Auseinandersetzung zeigten Lenin und die Bolschewiki von Anfang an Härte und wenig Toleranz. Zu den ersten Festlegungen gehörten die Einschränkung der Pressefreiheit, die Maßregelung der bürgerlichen Parteien wie der Kadetten. Gewalt wurde mit Gewalt, »weißer Terror« mit »rotem Terror« vergolten. Niemand war zimperlich, und die Kämpfer für

die neue, humanistische Ordnung waren bereit und in der Lage, Blut zu vergießen und dafür das Werden manch neuer Feinde in Kauf zu nehmen.

Bewaffnete Formationen gegen die Sowjetmacht während des Bürgerkrieges (Auswahl)

- Komutsch (Komitee der Mitglieder der konstituierenden Versammlung) (Juni–September 1918)
- Nordarmee (August 1918–Februar/März 1920)
- Ufa Direktorium (September–November 1918)
- Regionalregierung von Nordwestrussland (Oktober 1918–Dezember 1919)
- Provisorische Allrussische Regierung (November 1918–1920)
- Russische Streitkräfte von Südrussland
- Sibirische Armee (Juni 1918–Juli 1919)
- Don-Armee (April 1918–März 1920)
- Kuban Kosaken
- Baltische Landeswehr
- Freikorps (aus der deutschen Armee)
- Weißrussische Freiwilligenarmee West (1919)
- Grüne Armee (1919–1921/22)
- Revolutionäre Aufstandsarmee der Ukraine (Machnowschtschina) (1920–21)
- Kronstädter Aufständische (1921)
- Linke Sozialrevolutionäre (seit März 1918)
- Basmaschi (1916/18–1932/42)

Kommandeure der weißen Truppen im Bürgerkrieg (Auswahl):

Michail Wassiljewitsch Alexejew, Anton Iwanowitsch Denikin, Nikolai Nikolajewitsch Judenitsch, Alexei Maximowitsch Kaledin, Jewgeni Karlowitsch Miller, Alexander Wassiljewitsch Koltschak, Lawr Georgijewitsch Kornilow, Pjotr Nikolajewitsch Wrangel, Roman von Ungern-Sternberg

Zusammengestellt und ergänzt auf Basis des Wikipedia-Eintrags »Russian Civil War« – https://en.wikipedia.org/wiki/Russian_Civil_War [20.01.2017 21:11].

Das Fatale für die Linke ist im Weiteren das Umschwenken dieser Entwicklung hin zu einer nicht allein autoritären, sondern zu einer despotischen Diktatur. Ansätze liegen dabei in der Geschichte

Russlands mit ihrer Gewalt und Repression, ihrer langen Leibeigenschaft, der geringen demokratischen Erfahrung, auch in der Art und Weise des Sieges Lenins und der Bolschewiki, schließlich in der erlebten und erlittenen »Urkatastrophe« des Ersten Weltkrieges. Ob dies alles als Erklärung ausreicht, bleibt fraglich.

Gerade darum ist es wichtig zu prüfen, wo der nicht mehr rückgängig machbare – oder besser gemachte – Bruch mit den hehren humanistischen Zielen der Arbeiterklasse zu terminieren ist: Sind es schon die Aprilthesen Lenins, mit denen er auf die Fortführung der Revolution setzte? War es der Akt der Auflösung der Konstituante? Ist es der aufgezwungene und auch selbst gewählte Übergang zum »Kriegskommunismus«, der doch nur ein »roher Kommunismus«²⁵⁵, ein »Kasernenkommunismus«²⁵⁶ (aus dem es später kein wirkliches Entrinnen geben sollte) war; die Niederschlagung des Kronstädter Aufstands oder ist es erst die radikale »Links«-wendung und Diktaturentfaltung durch Stalin 1927/28 als Reaktion auf eine vermeintlich gescheiterte NÖP?

Die Wahrheit wird wie so oft bei historischen Prozessen nicht durch die Zuordnung oder den Ausschluss des einen oder anderen Ereignisses zu bestimmen sein. Der Bewertende wird immer auch das herausstellen, was er besonders schmerzlich vermisst und kritisiert – die Entsagung von breiten Bündnissen und Reformwegen; die Abkehr von einer parlamentarischen Demokratie; den Weg in eine gewaltsame Durchsetzung der neuen Ordnung; den Verzicht auf basisdemokratische Strukturen und Artikulationen; die Preisgabe eines nichtdiktatorischen Sozialismus. Naheliegend ist es, von einem Prozess der alleingeliebenen und alleingelassenen russischen Revolution auszugehen, der immer wieder auch Chancen zur Umkehr bot. Aber schließlich mündete er in eine zeitweise mörderische Diktatur, in der tatsächlich die »Revolution ihre Kinder fraß«. Es war dem ungeachtet auch ein Prozess, in dem dank des Inhalts der nun auch mit Gewalt und im Interesse einer »neuen Klasse« diese und noch mehr Intellektuelle und »einfache Bürger« immer wieder den humanistischen Stachel einer großen, menschlichen, solidarischen Idee spürten. Ausbrüche, Widerstand, Reformen, oft auch nur partielle Liberalisierungen gehörten zu diesem Weg von 1917 bis 1991, mit zwiespältigen Persönlichkeiten an der Spitze, mit Enttäuschungen und Hoffnungen.

Ein vielleicht unverfänglicher Verfechter der These von der Unterscheidbarkeit von Oktoberrevolution und Stalinscher Diktatur ist Michail Rybakow, der Autor des Romans »Kinder vom Arbat«, jener auch autobiographisch begründeten Abrechnung mit den Massenrepressalien der 1930er Jahre, und Zeitzeuge der Umbrüche des 20. Jahrhunderts in Russland. »Das Recht des Volkes auf Revolution ist nicht zu bestreiten. Die Beseitigung von Tyrannei, Absolutismus und Diktatur rechtfertigt die Revolution, denn eine demokratische Alternative gibt es nicht. So ist die Geschichte der Menschheit beschaffen. Wo das Volk sich nicht auf demokratischem Wege von einer Despotie befreien kann, erreicht es das auf revolutionärem Wege. Wenn in den 30er Jahren unseres Jahrhunderts die Völker Deutschlands, Italiens und der UdSSR sich durch eine Revolution von Hitler, Mussolini und Stalin befreit hätten, würden wir das gutheißen. Die Revolution ist ein Übel, wenn sie sich gegen die Demokratie richtet, und ein Segen, wenn sie eine Tyrannei stürzt.

Die Oktoberrevolution hat Aufgaben erfüllt, welche die Februarrevolution nicht erfüllen konnte: Sie brachte Russland aus dem Krieg heraus, führte Reformen durch, verhinderte die Restauration der Selbstherrschaft und den Zerfall des Landes«, so Michail Rybakow. Während des Bürgerkriegs stand nicht die russische Flotte vor den Küsten Englands, Frankreichs, der USA und Japans, im Gegenteil, die Truppen dieser Länder wurden in russischen Häfen an Land gesetzt. Gegen Moskau und Petrograd marschierten [Anton Iwanowitsch] Denikin, [Alexander Wassiljewitsch] Kolttschak, [Pjotr Nikolajewitsch] Wrangel, [Nikolai Nikolajewitsch] Judenitsch. Wie jeder Bürgerkrieg, so war auch dieser von Exzessen begleitet, doch auf beiden Seiten. Zu verantworten haben das diejenigen, die das Volk zu Revolution und innerem Zwist trieben. Die Revolution vollzog sich unter der Losung von sozialer Gerechtigkeit und Brüderlichkeit der Völker. Die Menschen empfanden das als die Erfüllung jahrhundertalter Hoffnungen, und das brachte den Kommunisten den Sieg. Den wenigen tausend Intellektuellen, die während des Oktoberumsturzes der Partei beitraten, schloss sich gegen Ende des Bürgerkriegs fast eine Million Menschen an – Soldaten, Matrosen, Bauern, Arbeiter.«²⁵⁷

Was Linke heute besser fänden, weil dann die Geschichte vielleicht anders verlaufen wäre, ist naheliegend. Eine Option wäre eine Fortsetzung der Februarrevolution als bürgerlich-demokratische Umwälzung unter Führung der verbündeten linken Parteien, eventuell gemeinsam mit bürgerlichen Reformkräften. Aber nochmals: Der Ansatz der Februarrevolution war in der Friedensfrage – und in der Agrarfrage – gescheitert. Das Volk, die Soldaten, die Arbeiter und Bauern wollten viel mehr und sie hatten mit den Sowjets ein vermeintlich universelles demokratisches Mittel gefunden. Lenin wollte dieses Eisen schmieden und er zog seine Erfahrungen auch aus der Einsicht in die Grenzen des Opportunismus an der Macht, der für ihn mit dem Imperialismus einherging.

Seine Einschätzung des Parlamentarismus war nach den russischen wie westeuropäischen Erfahrungen verheerend. Die Rolle der Parlamente und der opportunistischen Sozialdemokraten und Sozialisten im Weltkrieg sprach Bände. Für ihn war es so, dass »Börse und Bankiers sich die bürgerlichen Parlamente um so vollständiger unterwerfen, je stärker die Demokratie entwickelt ist [...]. Daraus folgt nicht, dass man den bürgerlichen Parlamentarismus nicht ausnutzen soll (und die Bolschewiki haben ihn so erfolgreich ausgenutzt wie kaum eine andere Partei in der Welt [...]). [...] Auf Schritt und Tritt stoßen die geknechteten Massen auch im demokratischsten bürgerlichen Staat auf den schreienden Widerspruch zwischen der von der »Demokratie« der Kapitalisten verkündeten formalen Gleichheit und den Tausenden *tatsächlicher* Begrenzungen und Manipulationen, durch die die Proletarier zu *Lohnsklaven* gemacht werden. Gerade dieser Widerspruch öffnet den Massen die Augen darüber, wie verfault, verlogen und heuchlerisch der Kapitalismus ist. Gerade diesen Widerspruch entlarven die Agitatoren und Propagandisten des Sozialismus ständig vor den Massen, *um sie vorzubereiten* für die Revolution!«²⁵⁸

Übrigens fiel Rosa Luxemburgs Wertung auch nicht besser aus: »Wir hatten in Deutschland binnen vier Jahrzehnten lauter parlamentarische »Siege«, wir schritten geradezu von Sieg zu Sieg. Und das Ergebnis war bei der großen geschichtlichen Probe am 4. August 1914 eine vernichtende politische und moralische Niederlage, ein unerhörter Zusammenbruch, ein beispielloser Bankerott.«²⁵⁹

Für Lenin boten allein die Sowjets als basisdemokratisch sich formierende alternative Macht- und Organisationsstruktur einen Neuanatz für die demokratische Gestaltung. Aber diese neuen Machtorgane erwiesen sich auch als schwierig. Die Gefahr war groß, sich zu zerreden und durch Zufälligkeiten oder Selbstdarsteller dominiert zu werden. Und dies bei einem Volk, das gern spontan zu diskutieren vermochte, aber demokratische Erfahrung und Bildung kaum aufwies. Für den Politiker Lenin noch problematischer: Eine gesicherte Position seiner Partei war auch in diesen Sowjets nicht garantiert.

Rosa Luxemburgs scharfe, aber solidarische Kritik an den Bolschewiki hat in der kritischen Bewertung der Einparteiendiktatur, der überragenden Rolle ausgewählter Führer, in der Betonung der notwendigen Massenfundierung einen bleibenden Platz für den Umgang mit der Oktoberrevolution. Andere Überlegungen, so die von ihr geleugneten nationalen Fragen und ihre Ablehnung der Übergabe des Bodens an die Bauern, sind aus dem Blickwinkel einer sozialistischen Langzeitperspektive verständlich. Aber Lenins Pragmatismus lag fraglos näher. Rosa Luxemburg taugt aber nicht als Kritikerin von einer abstrakten Position aus, die Lenin gegenüberzustellen ist. Ihre positive Wertung der Revolution ist in der Schrift »Zur Russischen Revolution« ebenso unübersehbar wie die Selbstvorwürfe, die Russen noch alleingelassen zu haben. Für sie ging es um eine »eingehende, nachdenkliche Kritik« an der Arbeit der russischen Revolutionäre um Lenin und Trotzki. Sie verlangte, sich der Rahmenbedingungen zu versichern, in denen der Vorstoß gewagt wurde, »denn nur an einer solchen bitteren Erkenntnis ist die ganze Größe der eigenen Verantwortung des internationalen Proletariats für die Schicksale der russischen Revolution zu ermesen. Andererseits kommt nur auf diesem Wege die entscheidende Wichtigkeit des geschlossenen internationalen Vorgehens der proletarischen Revolution zur Geltung – als eine Grundbedingung, ohne die auch die größte Tüchtigkeit und die höchsten Opfer des Proletariats in einem einzelnen Lande sich unvermeidlich in ein Wirrsal von Widersprüchen und Fehlgriffen verwickeln müssen.«²⁶⁰ Die Fehler der russischen Politik erklärte sie vor allem aus dem »Versagen des deutschen Proletariats und [der] Okkupation Russlands durch den deutschen Imperialismus«.²⁶¹

Im praktischen politischen Kampf der Novemberrevolution und der Januarkämpfe 1919 hat Luxemburg selbst augenfällig Politikfähigkeit jenseits aller theoretischen Ressentiments bewiesen – auch um den Preis der Niederlage und des eigenen Märtyrertodes. Für sie war einleuchtend: »Die Revolution operiert eben nicht aus freien Stücken, in einem offenen Blachfeld [*hier im Sinne einer Brache – St. B.*], nach einem schlaun von ›Strategen‹ zurechtgelegten Plan. Ihre Gegner haben auch die Initiative, ja, sie üben sie in der Regel viel mehr als die Revolution selbst aus.«²⁶²

Nach der Niederlage von 1989/91 sitzt das Trauma bei vielen Linken tief. Gerade jene, die unter realsozialistischen Bedingungen gewirkt haben, die spät, zu spät die Notwendigkeit einer anti-stalinistischen, demokratisch-sozialistischen Revolution erkannten und im Herbst 1989 in der DDR mitpraktiziert haben, wurden erneut enttäuscht. Nach dem missglückten Realsozialismus als spät-stalinistischer Variante jenes Weges, der in der Sowjetunion eingeschlagen wurde, mussten sie nun erleben, dass die Massen nicht ihnen anhängen. Die Mehrheit wollte lieber jenen folgen, die eine kapitalistische Restauration anstrebten. Nicht eine erneuerte sozialistische Basisdemokratie und soziale Gerechtigkeit triumphierten, sondern die blanke Suche nach materiellen Verbesserungen, wie sie mit der deutschen Einheit, der harten D-Mark, den besseren Autos und den Bananen geboten wurde. Auch die Entwicklung in Osteuropa, einschließlich die in der bisherigen Sowjetunion, vollzog sich kaum anders, eher mit größeren sozialen Verwerfungen.

Unter diesen Vorzeichen sind die Bedenken und die Neuinterpretation der Geschichte ebenso notwendig wie offensichtlich weit gefächert. Vor allem sollte Schluss gemacht werden mit der zwingenden Konfrontation des *Wer-Wen*, die mindestens seit der Oktoberrevolution und der Spaltung der Arbeiterbewegung die Klassenspaltung von Proletariat und Bourgeoisie in die zwischenstaatlichen Beziehungen wie in die Konfrontation der unterschiedlichen Ideologien und Bewegungen übersetzte. Stellvertretend steht dafür die große Abneigung nicht weniger Reformsozialisten etwa auch in der PDS bzw. nun der Partei Die Linke gegen, wie sie es nennen, Schwarz-weiß-Malerei.

André Brie hat symptomatisch in der Kritik an Parteifreunde deutlich gemacht, dass »dieses schablonenhafte Denken in

Schwarz-Weiß, Freund und Feind nicht endgültig überwunden« ist und nicht begriffen wird, »dass niemand von uns die Wahrheit für sich gepachtet hat. Diese alten ideologischen Vorstellungen können sich wieder verstärken.« Er kritisiert jene, die meinen, dass es nicht gut wäre, »die Grenzen zwischen Gut und Böse« verschwinden zu lassen. »So habe ich auch einmal gedacht. Es war verhängnisvoll. Wir kritisieren das Schwarz-weiß-Denken des George Bush und praktizieren es selbst.«²⁶³ Nun trifft es jene einstigen Sozialdemokraten, die sich auf einmal am linken Flügel der neuen Partei wiederfinden, weil sie versuchen, an Klassenkampf und radikalem Systemwechsel festzuhalten.

Aus den Oktobertagen ist von John Reed jener einfache Soldat überliefert, der den Versuch eines gebildeten studentischen Revolutionärs abwehrte, die Bolschewiki zu kritisieren und darauf beharrte: »Mir erscheint die Sache ganz einfach; aber ich bin ja kein gebildeter Mann. Es gibt nur zwei Klassen, die Bourgeoisie und das Proletariat.« Das wollten die Umstehenden nicht gelten lassen. »Da kommst du schon wieder mit deinen dummen Phrasen«, schrie der Student. »Nur zwei Klassen«, fuhr der Soldat hartnäckig fort, »und wer nicht auf der einen Seite ist, der ist auf der anderen.«²⁶⁴ Diese Angst, alles in ein Entweder-Oder pressen zu müssen, ist unverkennbar und hatte 1989 den »Dritten Weg« Auftrieb gegeben. Die hatten allerdings, was offensichtlich verloren geht, weniger den Verzicht auf eine Alternative zum Kapitalismus gemeint als vielmehr den Verzicht auf jene mit dem Stalinismus verbundene Sackgasse des Staatssozialismus. Positiv ging es um die Öffnung für eine breite sozialistisch-pluralistische Kapitalismusalternative jenseits der Verdikte seit der Spaltung der Arbeiterbewegung 1914 und Lenins Fraktionsverbot 1921. Die Offenheit für eine Vielfalt von Lösungen, der Verzicht auf ideologische Borniertheit kann und muss ein Vorzug geläuterten linken Denkens und Handelns sein.

Ob das in jeder Situation und jeder Konfrontation möglich ist, ob nicht auch Zuspitzung, Polarisierung und Konfrontation zu linker Politik gehören? Zumal in jenen Situationen, wo Veränderung nötig und Widerstand real wird? Rosa Luxemburg warf diese klare Trennung in Freund und Feind den russischen Revolutionären nicht vor. »Der ›goldene Mittelweg‹ lässt sich [...] in keiner

Revolution aufrechterhalten, ihr Naturgesetz fordert eine rasche Entscheidung: Entweder wird die Lokomotive voll dampf den geschichtlichen Anstieg bis zum äußersten Punkt vorangetrieben, oder sie rollt durch die eigene Schwerkraft wieder in die Ausgangsniederung zurück und reißt diejenigen, die sie auf halbem Wege mit ihren schwachen Kräften aufhalten wollten, rettungslos in den Abgrund mit.«²⁶⁵

Auch dies sind Langzeitwirkungen jener Revolution, die erstmals eine solche Alternative auf lange Zeit wirksam ins Leben brachte (wenn von der kurzen Episode der Pariser Kommune abgesehen wird), mit ihren positiven wie negativen Folgen.

Gerade weil die Opfer und Verbrechen einer Ordnung, die Ausbeutung und Unterdrückung abschaffen wollte, unübersehbar sind, sind sie nur problematisch aufrechenbar gegen die zumindest zeitweise wirksame Vorbildfunktion und die praktischen Verbesserungen im Leben unter dem Roten Stern im Ostblock. Dieses Leben brachte zivilisatorische Leistungen hervor und hatte Fern- und Beispielwirkung auch auf die westlichen Länder und ihre Arbeiterbewegung wie auf die Befreiung der Kolonien dieser Welt.

In der heutigen Diskussion sind einige Phänomene zu beobachten, die auf ein undifferenziertes und nicht immer methodisch und politisch eindeutiges Verhalten zur eigenen Geschichte hindeuten. Gleichzeitig rächt sich die überzogene Abrechnung mit der bislang bei Linken vorhandenen ideologischen Fundierung eigener Politik und Geschichtsbetrachtung zugunsten einer eher positivistischen und gelegentlich eklektizistischen Betrachtung. Die nach dem Scheitern des Realsozialismus zwingende Ablehnung von falschem Bewusstsein, von instrumentalisiertem und verknapptem »Marxismus-Leninismus« war zu oft mit einem generellen Verzicht auf den marxistischen Kern dieser verfälschten und verkürzten »Ideologie« verbunden. Der Abschied vom »M/L« war notwendig, weil praktisch die Selbstanwendung auf die eigene Gesellschaft und politisch-soziale Bewegung tabu war. Ungeordnete Entwicklungen wurden immer mehr verdrängt, zumal, wenn nicht in das Gehäuse einer parteihörigen »Theorie« passend. Damit verloren gegangen sind aber die Marxschen Kerntheoreme eines dialektischen, materialistischen und historischen Umgangs mit Geschichte und Gesellschaft, auch der gescheiterten eigenen.

Grundsätzlich dominiert heute eine Geschichtsschreibung, die von links wie rechts das Denken in Alternativen befördert. Das kann positiv sein, wenn es nicht zum Wunschdenken, sondern zur Verfolgung jener gescheiterten Ansätze führt. Aber auch dann sollte hinterfragt werden, *warum* sich bestimmte Alternativen, Konzepte und Persönlichkeiten *nicht* durchgesetzt haben. Meist dreht es sich um Ereignisse des 20. Jahrhunderts und trifft vor allem linke Politikversuche. Dabei werden jene Vorgänge, die noch wenige Jahrzehnte zuvor als zumindest bemerkenswert, als entwicklungs-diktatorisch auch bei strengen Kritikern des Realsozialismus und der Arbeiterbewegung durchgegangen wären, nun in die Ecke des Totalitarismus, des Gott-sei-bei-uns gesteckt. Die Revolutionäre hätten nicht zu den Waffen greifen sollen, es wäre uns vieles, alles erspart geblieben ...

Zu beobachten ist *erstens* eine Wiederkehr utopischen Denkens nun als rückwärts-gewandtes Alternativdenken. Im Gegensatz zum wirklichen Geschichtsverlauf werden jene unterlegenen politischen Strömungen, Persönlichkeiten und Zielsetzungen herausgestellt, deren Erfolg in der einen oder anderen Weise etwas mit heute wünschenswerten Vorstellungen gesellschaftlicher Entwicklung für einen demokratischen Sozialismus zu tun haben könnten. Konsequenter gedacht, stände zum Beispiel Stolypin für einen modernen Kapitalismus mit gewissen demokratischen Grundregularien, die Menschewiki wie die Sozialrevolutionäre für einen gemäßigten, reformorientierten Weg zu einer anderen Gesellschaft.

Zweitens gibt es eine verständliche Zuwendung zu hoch stehenden ethischen Prinzipien, die aber zu oft die konkreten historischen Zeitläufe und die Erfahrung blutiger Weltkriege, Unterdrückung und Pseudodemokratie außer Acht lassen. Auschwitz und Archipel Gulag – oft genug synonym verwandt – stehen für Unmenschlichkeit, die im Falle des Gulags auch die positivsten Ziele in ihr Gegenteil verkehrt haben.

Damit verbunden ist *drittens* eine ebenso verstehbare Neubewertung von Gewalt – gebrochen am Trauma des Stalinismus und an der Angst vor dem Nuklearkrieg zu Zeiten der Systemkonfrontation. Allerdings ist diese humanistisch begründete Ablehnung von Gewalt, ein tendenzieller Pazifismus, nicht in Übereinstimmung weder mit den zeitgenössischen noch den heutigen gesell-

schaftlichen Prozessen zu bringen. Vor dem Hintergrund zweier imperialistischer Weltkriege mit ihrer industrialisierten Massentötung, mit den Gräueltaten der Kolonial- und Bürgerkriege, die von beiden Seiten geführt worden sind, mit der Unterdrückung sozialer wie politischer Bewegungen ist die Geschichte anders gelaufen und läuft sie auch heute – mit nun anderen Etiketten – weiter.

Viertens hegen gerade Linke eine nachvollziehbar hohe Sympathie für jene Ansätze »Dritter Wege« und anarchistischen Verhaltens oder damals gescheiterter Parteifraktionierungen – ohne zu fragen, warum sie gescheitert sind, warum sie sich damals nicht durchsetzen konnten. Alles auf List und Terror Stalins oder Maos zu schieben entbehrt einer materialistischen Grundlage. Genug Untersuchungen verweisen heute auf den Zusammenhang zwischen politischem Machtkalkül und realen Prozessen von unten.²⁶⁶

Fünftens scheint die notwendige Kritik an den Mitteln und ihrem Missbrauch in der politischen Umwälzung nicht immer einherzugehen mit der Reflexion über die Dimension und die Tiefe des Bruchs solcher Umwälzungen. Zuwenig wird über den Zusammenhang von physischer und struktureller Gewalt bei der Umwälzung bzw. Bewahrung dieser Strukturen nachgedacht. Zu bedenken ist schließlich, dass jede linke Politik in Deutschland unter dem Damoklesschwert des KPD-Verbotsurteils von 1956 steht.

Um noch einmal an Luxemburgs fundamentalen Unterschied zur bolschewistischen Praxis und ihre grundlegende Übereinstimmung mit diesem Ziel der Überwindung der Ausbeutergesellschaft zu erinnern: »Jawohl: Diktatur! Aber diese Diktatur besteht in der Art der Verwendung der Demokratie, nicht in ihrer Abschaffung, in energischen, entschlossenen Eingriffen in die wohlerworbenen Rechte und wirtschaftlichen Verhältnisse der bürgerlichen Gesellschaft, ohne welche sich die sozialistische Umwälzung nicht verwirklichen lässt. Aber diese Diktatur muss das Werk der Klasse und nicht einer kleinen, führenden Minderheit im Namen der Klasse sein, d. h. sie muss auf Schritt und Tritt aus der aktiven Teilnahme der Massen hervorgehen, unter ihrer unmittelbaren Beeinflussung stehen, der Kontrolle der gesamten Öffentlichkeit unterstehen, aus der wachsenden politischen Schulung der Volksmassen hervorgehen.«²⁶⁷

Sozialismus einst und morgen

Lenins sieben Amtsjahre haben im Zeitraffertempo fast alle Wege und Irrwege, Konstellationen vorweggenommen, die in der gut sieben Jahrzehnte währenden Existenz des Realsozialismus auftreten sollten – äußere Bedrohung, linksradikale kasernen- und kriegskommunistische Lösung der Widersprüche, Konflikte mit feindlichen wie potentiell verbündeten Klassenkräften, Suche nach marktwirtschaftlichen Auswegen mit einer dominant vergesellschafteten Wirtschaft, Anfeindungen von halb rechts wie halblinks, von Luxemburg bis Kautsky. Lenins theoretisches wie praktisches Wirken kann auf einige zentrale Fragen zugespitzt werden, wobei einige Punkte heute stärker in den Mittelpunkt rücken, die trotz Deformationen, Irrtümern, Abartigkeiten bei Lenin und weit stärker bei Stalin für revolutionäre Umgestaltungen unerlässlich sind.

Lenin kann allerdings für diejenigen kein guter Zeuge und Akteur sein, die nicht von der Tiefe des Bruchs einer sozialistischen Gesellschaft mit allen bisherigen Ausbeutergesellschaften ausgehen, die nicht begreifen, dass sozialistisches Wirtschaften, sozialistische Demokratie etwas ganz anderes sind als Kapitalismus und ein in dieser Gesellschaft funktionierender Parlamentarismus. Die nicht begreifen, dass hier tatsächlich einigen etwas weggenommen wird, um vielen etwas zu geben. Im Jahre 1917 »beschlagnahmen die ermutigten Bauern die Güter der Großgrundbesitzer, die Arbeiter beschlagnahmen die Fabriken und die Armeedeserteure strömten von der Front mit den weggenommenen Waffen. Die offizielle Losung war »Enteignet die Enteigner.«²⁶⁸ Oder mit den Worten von Marx, die »Stunde des kapitalistischen Privateigentums« hatte geschlagen. »Die Expropriateurs werden expropriert.«²⁶⁹

Gerade deshalb ist die Tiefe des Bruchs das zentrale Problem jedes antikapitalistischen Kampfes, jedes sozialistischen Regimes – gegen jene bürgerlichen Freiheiten, die auf eine egoistische, ausbeuterische Lösung setzen und letztlich auch verbunden sind mit der Notwendigkeit der Erziehung eines neuen Menschen. Dabei ist es zunächst unerheblich, ob dieser Bruch mit dem System der kapitalistischen Ausbeutung in Gestalt einer Revolution oder

unter heutigen Bedingungen über einen Reformweg mit Wahlen und stabilen Mehrheiten herbeigeführt wird. Wer die Tiefe dieses Bruchs nicht versteht, der versteht nicht den Widerstand der bisherigen Kapitalisten und ihrer Strukturen und Epigonen und den sich daraus ebenso ableitenden Widerstand der Revolution dagegen.

Jeder halbe Ansatz ist wahrscheinlich auch deshalb zum Scheitern verurteilt und die bolschewistische Dauerangst vor den Keimzellen des Kapitalismus – in Gestalt des Kleinbürgertums in seiner Zwitterstellung zwischen vom Großkapital abhängigen und unterdrückten wie als Eigentümer von Produktionsmitteln und eventuellen Ausbeutern auch kapitalistisch agierenden (und dies traf in Russland die Bauernschaft) – ist dann nur zwangsläufig. Auch wenn taktisch wie strategisch es nicht immer sinnvoll und mit einem zu hohen Preis verknüpft ist – aber eben konsequent. Gerade deshalb verwundert es so gründliche heutige Historiker der Oktoberrevolution, wie den vielzitierten Historiker russisch-sowjetischer Geschichte, Richard Pipes, dass der Blick der Sozialisten in Russland und im Ausland widersprüchlich war. Sie hatten »Widerwillen gegenüber bolschewistischen Grausamkeiten, verbunden mit einer Bewunderung für ihr unerschütterliches Festhalten an der gemeinsamen Sache und der Bereitschaft, die Bolschewiki zu unterstützen, sobald sie bedroht waren [...]. [Diese hätten] die Macht weder erobern noch halten können, hätten sie nicht die aktive und passive Unterstützung der demokratischen, gewaltlosen Sozialisten gehabt.«²⁷⁰

Sich der Frage nach der Tiefe des Bruchs zu stellen bedeutet übrigens auch, nicht allein die Irrwege des Ostens zu analysieren und zu kritisieren. Allein das chilenische Beispiel 1970/73 belegt – wie viele andere Versuche demokratisch und national begründeter Ausbruchsversuche aus imperialistischen Abhängigkeiten von USA oder anderen Großmächten oder aus kapitalistischen Strukturen – den unvermindert zu erwartenden Widerstand der bisherigen Ausbeutenden und ihrer imperialistischen Verbündeten. Dabei ist die Entscheidung über einen friedlichen oder gewaltsamen Weg des sozialen Wandels nicht allein eine Entscheidung derjenigen, die sie wollen. Die knapp drei Jahrzehnte neuer Weltordnung nach dem Ende der Blockkonfrontation belegen das

nachdrücklich, auch wenn äußerlich vor allem die USA sich in der Rolle eines *Weltpolizisten* gefällt.²⁷¹ Das belegen auch die Versuche eines Sozialismus des 21. Jahrhunderts und seiner mehr oder minder radikalen Adaptionen in Lateinamerika, die Mitte des zweiten Jahrzehnts des 21. Jahrhunderts der Reihe nach demokratisch kaschiert kassiert werden.

Welchen Platz hat der Sozialismus heute? Jede Diskussion über den Sozialismus als Utopie, politisches Ziel und Gesellschaftszustand muss Fragen offenlassen. Nur Träumer haben ein komplettes Bild der neuen Gesellschaft, Politiker reduzieren sie auf vage Versprechungen. Die praktischen Erfahrungen mit staatssozialistisch-diktatorischen und reformsozialistisch-demokratischen Umsetzungsversuchen offenbaren nur Zipfel dieser neuen Gesellschaft, mehr aber noch deren Schmutzecken. Diese Schwierigkeiten beeinflussen nebenbei bemerkt nicht nur theoretische Diskurse von linken Intellektuellen, sondern nach dem Ende eines »sozialdemokratischen Jahrhunderts«, wenn man diesen Begriff für die Versuche in West wie Ost in Anspruch nimmt, heute auch den politischen wie intellektuellen Streit jener politischen Kräfte, die eine Alternative zum Kapitalismus anstreben. Und dieser Kapitalismus ist nach dem Ende der Blockkonfrontation mittlerweile entsichert und enthemmt, sowohl sozialpolitisch wie sicherheitspolitisch. Aber eine Alternative zum Kapitalismus könnte radikal nur der Sozialismus sein und wäre ein Wiederbeleben der alten Losung von Engels oder Luxemburg »Sozialismus oder Barbarei«.

Aber nüchtern muss daran erinnert werden, dass die sozialistische Idee, gar der Kommunismus, derzeit nicht (mehr?) der entscheidende und gefürchtete Konterpart der neoliberalen hegemonialen Kräfte in dieser Gesellschaft und ihrer Ideologie ist. Die haben seit dem deklarierte »Ende der Geschichte« (Francis Fukuyama) offensichtlich erfolgreich Idee und Versuch des Sozialismus ad acta gelegt. Heute geht es um den »Clash of Civilizations« (Samuel Huntington), um die Folgen eines neuen Imperialismus und einen neuen Weltkonflikt, der vielleicht gar nicht so neu ist, aber in einer neuen, für westliche Augen verhängnisvollen Vermummung daherkommt. Gegen den weltweiten Siegeszug des Kapitalismus mit seinen Werten und Freiheiten (von den bürgerlichen bis zu den existentiellen unternehmerischen Freiheiten),

des American Way of Life, des ungezügelter Individualismus und Egoismus, gegen die neoliberale Dominanz der westlichen Mächte mit den USA an der Spitze treten heute eher nationalistische, religiöse, oft genug archaisch verkleidete Kräfte an. Verständlicherweise verwischt das den sozialökonomischen Kern dieser Auseinandersetzung und überdeckt den Hauptstreit in den westlichen Metropolen.

Wo sind die Sozialisten geblieben? Die einstige Linke, besonders in Europa, hat weitgehend resigniert. Es gibt, wie oft genug nach Niederlagen, eine Flucht in die innere Emigration, in den Individualismus, in den Mystizismus und die Esoterik oder die Religion. Nicht wenige sich einst links gebende Intellektuelle, die rasch abgeschworen haben, sorgen dafür, ihre Verwirrung und Desorientierung in Unübersichtlichkeit, Verworrenheit, Metatheorien jenseits populärer Lösungen und dem Willen zum politischen Eingreifen zu entladen. All dies ist Reaktion auf das Scheitern sowohl von Bewegungen wie Ideologien für den Staatssozialismus wie für den Sozialreformismus, auf das Scheitern von Versuchen, mit revolutionär-diktatorischen oder mit reformerisch-demokratischen Mitteln einen Ausbruch aus dem Kapitalismus der Ausbeutung und des Imperialismus zu erreichen.

Zu bedenken ist auch, dass bereits mit dem beginnenden Niedergang des Realsozialismus spätestens seit Ausgang der 1960er Jahre nicht allein die dogmatisierte »marxistisch-leninistische Ideologie« ins Gerede gekommen war. Jenseits ihres Einflussbereiches wurde allgemeiner von einer »Krise des Marxismus« ausgegangen. Wie immer in Umbruchssituationen zeigte sich der Stand marxistischer Erkenntnis und Wissenschaftsentwicklung vor neue Herausforderungen gestellt – so wie es die Entstehung des Imperialismus, die koloniale und nationale Befreiung, die Weltkriege oder das Aufkommen des Faschismus bereits früher bewirkten. Nunmehr war aber die Kluft zwischen sowjetisch-staatssozialistischer »Interpretation« des Marxismus' und den Realitäten dieser Gesellschaften einerseits, andererseits dem gewandelten modernen Kapitalismus immer weniger zu überbrücken. Selbst der Versuch westeuropäischer und japanischer Kommunisten mit Theoriemodifikationen wie dem »Eurokommunismus« hier Auswege zu gewinnen, erwiesen sich als schwierig und scheiter-

ten. Eine Vielzahl von Interpretationen, Teiluntersuchungen und -theorien, Erneuerungen, Verbesserungen und Kritiken lassen gewollt oder ungewollt die Kernaussagen eines marxistischen Gesellschaftsverständnisses mit seiner Konfrontation von mehr oder minder fassbaren Klassen, der Notwendigkeit der Überwindung von Ausbeutung und Unterdrückung sowie die Entwicklung der dafür notwendigen wissenschaftlichen Politik verschwimmen und verschwinden.

Kann ein neuer Sozialismus bei Null anfangen? Wie man es dreht, es gibt weder ein weißes Blatt noch eine *Escape*-Taste, um erneute sozialistische Versuche bei Null anzufangen. Last und Chance dieser Erfahrungen sind vorhanden, es kann versucht werden, die richtigeren, besseren Lösungen aufzugreifen, die gescheiterten, in den Irrweg führenden, oft genug blutigen, zu vermeiden. Eine Positivbilanz zu versuchen, gar einzufordern fällt angesichts der Niederlage und den offenbar gewordenen Fehlern und Verbrechen schwer. Warum soll daran erinnert werden, dass das russische »Dekret über den Frieden« der Beginn vom Ende des Ersten Weltkriegs war? Warum soll anklingen, dass das russische Beispiel sowohl der Februar- wie der Oktoberrevolution in ganz Europa Antikriegsaktionen, Meutereien und Streiks auslöste, schließlich politische und soziale Aufstände und Revolutionsversuche? Warum sollte auffallen, dass die Oktoberrevolution mit ihrem zunächst ernst gemeinten Anspruch der nationalen Selbstbestimmung in Europa die Nachkriegskarte wesentlich mitgestaltete? Das trifft ebenso auf die Konsequenz der sozialen Verbesserungen für die arbeitenden Menschen zu, die als Vorbild oder als Drohung auf Jahrzehnte die Politik im Westen beeinflussten. Wie könnte angemahnt werden, dass die russischen Sowjets – auch in Zeiten, da sie bereits in Sowjetrußland formalisiert waren – den Rätegedanken als Alternative zum bürgerlichen Parlamentarismus modern werden ließen? Wie könnte betont werden, dass der Ausbruch des roten Sechstels der Erde die antikoloniale Bewegung und Befreiung beschleunigte, weil die »Völker des Ostens« erstmals als gleichberechtigter Teil einer antiimperialistischen und antikapitalistischen Bewegung gesehen wurden? Welche, sicher zwiespältige Wirkung müsste in einer solchen Bilanz die Rolle einer »Entwicklungs- und Erziehungsdiktatur« spielen, die die

Sowjetunion zu einer der beiden Supermächte katapultierte? Wie wäre der Gang der Weltgeschichte ohne die Blockkonfrontation und ohne den Beitrag der Sowjetunion zur Zerschlagung des Faschismus verlaufen?

In der Bilanz von Leistungen und Schwächen, von Pioniertaten und Verbrechen sind allerdings die historischen Bedingungen zu bedenken, die die jeweiligen Wege bewirkt haben, auch den teilweise blutigen Konflikt und Bruderkampf untereinander. In Krisenzeiten nach Niederlagen ist die Flucht ins Private oder ins Utopische durchaus üblich und normal. Unverbindliche Netzwerke sollen vor Vereinnahmung und Disziplinierung schützen. Kleine Lösungen wie die Kommunen bieten Gelegenheit zum Nachdenken. Nicht zuletzt unter den Bedingungen einer Dominanz antisolidarischer, egoistischer Ideologien und Praxen sind solche Versuche auch Chancen des (wieder) Einübens solidarischen Verhaltens und eines Rückbesinnens auf sozialistische Ideen und Bewegungen, zumal der »Zeitgeist« und seine konservative Geschichtspolitik diese Erinnerungen generell auszumerzen sucht und ein Utopieverbot verhängt.

Neue Produktivkräfte – neuer Sozialismus? Das Ursachengeflecht für die heutige Desorientierung und Passivität in den westlichen Metropolen reicht tiefer. Er geht nicht einfach nur um das Wegbrechen der Wachstumsraten Anfang der 1970er Jahre, um das Ende des Fließband-Fordismus in den 1980er Jahren oder um die Globalisierung seit den 1990er Jahren.²⁷² All dies sind nur wesentliche Symptome oder Begleitprozesse. Dabei wird in Gestalt des Globalisierungskonzepts auch deutlich, wie reale Veränderungen mittels ideologischer Verschleierung im Interesse des Kapitals instrumentalisiert werden. Eher sind all diese Übergangsprozesse mit dem Schlüsseljahr 1968 als einer beide damaligen Blöcke betreffenden Metapher aber auch Zäsur realer politischer Verhältnisse und ihrer ökonomischen Fundierung zu verbinden.

Neue Technologien, eine grundlegende Produktivkraftrevolution mit dem Kernprozess des Vormarsches der Elektronik (des Zwischenschaltens der Informationsverarbeitung im Arbeitsprozess) und zunehmend der künstlichen Intelligenz, der Übergang der Wissenschaft selbst zur Produktivkraft, und die damit mögliche weitgehende Aufhebung unmittelbar physisch zu verausga-

bender Arbeit hatte und hat weithin Auswirkung auf alle Gesellschaftssphären. Die Veränderungen der Sozialstruktur und der massenhafte Verlust am Bedarf an lebendiger physischer Arbeit waren Folgen. Wobei letztere zunächst vor allem in die bislang peripheren Gebiete der kapitalistischen Wirtschaft ausgelagert wird, wo minimale Sozial- wie Umweltstandards und fehlende Rechte solche Arbeit auch weiterhin profitabel machen. Diese neuen Produktivkräfte haben gleichzeitig die Aufweichung von Hierarchien und die potentielle Einbindung von abhängig Beschäftigten sowie die massenhafte Möglichkeit und Notwendigkeit, in der Gesellschaft das »Dienen« zu praktizieren, bewirkt.

Beide großen Blöcke reagierten unterschiedlich auf diesen Wandel. Der Staatssozialismus brach frühzeitig seine Selbstreform vor allem in der DDR und der ČSSR ab und verblieb letztlich in seinem starren, den Zeiten der Fließbänder und der Massenarbeit entsprechenden Strukturen, scheiterte daran (außer in Asien und auf Kuba). Der kapitalistische Teil der Welt setzte beginnend in den angelsächsischen Ländern mit Härte (gerade nach dem Putsch in Chile als Testfall für die »Chicago-Boys« von Milton Friedman, dem Stichwortgeber des Neoliberalismus) einen neoliberalen Kurs durch, der bei zunächst vorhandenen und ausgedehnten politischen Freiheiten vor allem die freie Entfaltung der kapitalistischen Mechanismen bewirkte. Nach Jahrzehnten sozialmarktwirtschaftlicher, sozialkapitalistischer Mimikry als Reaktion auf Staatssozialismus und eigene Arbeiterbewegung konnte der Kapitalismus zu seinem Normalzustand zurückkehren.

Was kann Sozialismus nicht sein? Strittig bleibt, was Sozialismus überhaupt sein kann und welche Zielstellungen sozialistisch verstehende politische Kräfte anstreben. Gerade hier ist der Streit um die Oktoberrevolution, ihren gewollten und ihren ungewollten Folgen so wichtig. Die Zusammenbrüche sowohl der staats- wie der reformsozialistischen Ansätze zeigen, dass die Abwesenheit oder Vertagung von Demokratie gemeinsam mit dem Einschränken der individuellen Freiheiten, das Umsichgreifen von unkontrollierter Bürokratie, der Verzicht auf Leistungsanreize, das Vernachlässigen der wirtschaftlichen Effizienz in Unternehmen wie Volkswirtschaften und Versorgungsprobleme verhängnisvolle Folgen hatten. Dies waren Probleme der kom-

unistischen wie der sozialistisch-sozialdemokratischen Parteien und Regierungen an der Macht, die dabei allerdings offenbar auch Opfer ihrer eigenen Erfolge wurden. Ob aus diesen Einsichten ein zwingender Anti-Etatismus, Dezentralisierung und das Setzen auf Basisdemokratie und Spontaneität als Gegenstrategien ausreichend Entwicklungs- und Überlebenschancen eines erneuten sozialistischen Versuchs bieten, steht offen.

Das Beispiel der Pariser Kommune vor Augen hatte Engels keine Illusionen über den Staat als Machtmittel der herrschenden Klasse, der als Erbschaft auf die neue Ordnung kommt »und dessen schlimmste Seiten« diese »ebensowenig wie die Kommune umhin können wird, sofort möglichst zu beschneiden, bis ein in neuen, freien Gesellschaftszuständen herangewachsenes Geschlecht imstande sein wird, den ganzen Staatsplunder von sich abzutun«. ²⁷³ Das wird dauern. Wahrscheinlicher und notwendiger ist es, Zwischenlösungen zu finden. Nicht ein Entweder-Oder, sondern ein ausgewogenes Maß dürfte sinnvoll sein. Das Problem bleibt die permanente Transformation hin zu einem sozialistischen Weg und die Fähigkeit zur ständigen Selbstinfragestellung und Korrektur, nicht zur Selbstzerstörung – als »die *wirkliche* Bewegung, welche den jetzigen Zustand aufhebt«. ²⁷⁴

Was muss Sozialismus leisten? Positiv könnte klar sein, dass Sozialismus das Ende von Ausbeutung, d. h. der privaten Aneignung der Resultate der Arbeit durch diejenigen, die über die Produktionsmittel letztlich verfügen, ist; dass Sozialismus die Überwindung jeglicher ökonomisch, politisch oder ideologisch motivierten Unterdrückung bewirkt; dass eine sozialistische Gesellschaft Gleichheit und demokratische Gestaltung aller gesellschaftlichen Prozesse einschließlich der Arbeitsprozesse auszeichnen müsste.

Wie weit reichen ethische Begründungen des Sozialismus? So begründet, funktioniert eine Definition des Sozialismus nicht aus sich heraus, als bloße Idee, sondern nur als Gegenentwurf zu einer konkreten Gesellschaft, die durch Ausbeutung, Unterdrückung, Ungerechtigkeit und Expansionismus gekennzeichnet ist. Genau dies versucht der heute dominierende Kapitalismus wie immer – aber nach seinem Triumph über die versuchten Alternativen mit nunmehr einmaligen Erfolgchancen – mit aller Anstrengung zu verschleiern. Relativer Wohlstand breiter Massen in den Metro-

polen, weitgehende politische und immer noch soziale Rechte, ein scheinbar reibungsloses parlamentarisch-demokratisches System und umfassende Meinungsmanipulation machen es Linken schwer, ihre Gegentwürfe mehrheitsfähig zu machen. Denn genau ihr Gegenentwurf ist ja gescheitert. Es liegt also nahe, an das »Ende der Geschichte« zu glauben und die bessere Gesellschaft für Kirchgang oder familiäre oder partnerschaftliche Idylle aufzusparen. Da ist es leichter, nach einer ethischen Antwort zu suchen, nach einer Gesellschaft, die den Kantschen kategorischen Imperativ endlich verinnerlicht und nicht nach den sozialökonomischen Verhältnissen und nach möglichen Gegenmächten und Klassenkämpfen Ausschau hält. Problem bleibt allerdings, dass spätestens nach dem Übergang vom eher sozial gezähmten Kapitalismus der 1950–1970er Jahre soziale Verwerfungen, Zwei-Drittel-Gesellschaft und Sozialabbau auch in die reichen Länder drängen. Marx hielt nicht viel von solchem Moralisieren. »Das Interesse denkt nicht, es rechnet. Die Motive sind seine Zahlen.« ²⁷⁵ Das weiß das Kapital allzeit, Profit geht vor, wenn es nicht in die Schranken gewiesen wird, wenn es keine wirkliche Gegenmacht der Arbeitenden oder gar ein konkurrierendes Alternativmodell vor seiner Haustür hat.

Im Kern geht es immer wieder um die sozialökonomischen Verhältnisse, um Macht und Eigentum, um die Wege der Verteilung und Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums, um Ausbeutungsverhältnisse, die sich ständig reproduzieren und die ständige Suche nach den optimalen Verwertungs-, genauer Profitbedingungen.

Sozialismus im Kapitalismus? Problem vieler sich links und sozialistisch verstehender Ansätze ist es, dass auf eine solche Kapitalismusanalyse verzichtet wird. Gleichzeitig werden auch die realen Entfremdungsprozesse übersehen, die selbst eine sozialistische Bewegung als Teil des Systems agieren lassen, soweit sie nicht vom Ansatz her versucht, dieses System grundsätzlich in Frage zu stellen. Gerade deshalb ist der massive Versuch, marxistische und in deren Nachfolge stehende Positionen auszuschalten so problematisch und desorientierend.

Wir erleben heute vor dem Hintergrund der realsozialistischen Erfahrungen ein Abwerten der Machtfrage. Dies beruht nicht

allein auf einer komplexeren Sicht auf einen modernen kapitalistischen Staat, der keineswegs zuerst auf Repression beruht. Beliebt ist heute der irisch-mexikanische linke Denker John Holloway mit seiner Idee von der Weltveränderung ohne Machtübernahme, von einem erfolgreichen Einfordern des »Verpiss dich, Kapitalismus. Wir haben dich satt.«²⁷⁶ Er verwirft sowohl sozialreformerische wie revolutionäre Wege, die den Staat instrumentalisieren.

In diesem Sinne würde Lenin für die Arbeiterklasse nur dort weitermachen, wo Kapitalismus und Bourgeoisie ihre Interessen realisierten. Letztlich werde so nur die Revolte kanalisiert, die Rahmenbedingungen des alten Systems mit seinen Spezialisten, Bürokraten, seinem Nationalismus nur fortgesetzt. Aber für Holloway ist der Staat ungeeignet, weil er »nur ein Knoten in einem Netz von Machtverhältnissen [ist]. Aber egal, wo wir anfangen, werden wir nicht immer im Netz der Macht gefangen sein? [...] Ist die Welt nicht ein Spinnennetz, das hier und da ein wenig verbessert werden kann? Oder besteht vielleicht die ganze Welt aus einer Vielzahl von Spinnennetzen, sodass, wenn wir eins durchbrochen haben, wir uns bereits im nächsten verstrickt finden?«²⁷⁷

Vor allem warnt er mit Blick auf die Geschichte: »Die Vorstellung, dass die Revolution die Einnahme der Macht zur Abschaffung der Macht bedeutet, ist fehlgeschlagen.«²⁷⁸ Dies konstatiert nüchtern die Erfahrung des Sozialreformismus wie erst recht des Staatssozialismus, es kapituliert aber auch vor den Realitäten heutiger Machtverhältnisse, mit denen sich Gramscis Festungsbelagerer schon herumschlügen. Es verkörpert die wunderschöne Hoffnung, die aber in der Geschichte keine Bestätigung findet: Neben und gegen das bestehende Machtsystem eine alternative Gesellschaft aufzubauen, nicht als zeitweilige Insel einer Doppelherrschaft oder eines mehr oder minder machtfreien Raumes, sondern – was denkbar ist – von den Zeiten der »Doppelherrschaft« zwischen Februar und Oktober 1917, wo die Sowjets eine solche Alternative anboten, von der unbesetzten Republik Schwarzenberg im Erzgebirge 1945 oder von den befreiten Gebieten Mexikos, in denen die Zapatistas die Macht ausüben – oder im Sinne Holloways machtfrei sich selbst organisieren würden. Aber sonst? Ohne die alte Macht zu zerschlagen, wird es keine neue Gesellschaft

geben. Das Problem war und ist der Weg danach, der Einbau von Mechanismen der Selbstaufhebung der staatlichen Macht.

Sozialismus ohne radikale Brüche? Mit anderen Worten, ohne die Bereitschaft, in Kategorien des Klassenkampfes zu denken, bleibt der Sozialismus nur ein intellektueller Ausflug. Klassenkompromisse können als Resultat von inneren wie äußeren Klassenkämpfen zeitweilig ausgehandelt werden. Aber die sozialstaatlichen Klassenkompromisse der 1950/60er Jahre sind nach dem Wegfall der Konkurrenz aus dem Osten und dem Bröckeln gewerkschaftlicher Gegenmacht durch die neoliberalen Kräfte längst aufgekündigt. Die Konsequenz ist dann allerdings auch, wie radikal und wie gewaltfrei oder gewaltsam (und dies weniger auf die blutige Straßenschlacht oder ein Terrorregime abgehoben, sondern bezogen auf die radikale Veränderung von Macht- und Eigentumsverhältnissen, von Vergesellschaftung und dergleichen im Sinne von struktureller Gewalt) sich dies alles vollzieht. Offen bleibt, wer eine sozialistische Bewegung tragen kann? Die Arbeiterklasse im Westen ist dezimiert, die anderen abhängig Beschäftigten und Scheinselbstständigen bekommen systematisch eingeredet, dass sie etwas Besseres sind, Teil eines neuen Mittelstandes. Die neue Armut wird getröstet, dass sie ja meist nicht verhungert und erfriert. Das betrifft die Frage der Organisation der alternativen Kräfte. Der heute vorherrschende Verzicht auf schlagkräftige Parteien (und ebenso Gewerkschaften), die immer auch undemokratische Selbstdisziplinierungsmaschinen sein konnten, wird bislang kaum kompensiert. Das Hoffen auf Netzwerke und das Internet übersieht wahrscheinlich die relativ große Festigkeit der herrschenden politischen und nicht zuletzt ideologischen Strukturen, die die heutige Gesellschaft bewahren.

Es könnte sein, dass Lenins Spott über jenen progressiven Ingenieur auch für manch heutige Linke nicht so weit hergeholt wäre, die »bereit [wären], die soziale Revolution anzuerkennen, wenn die Geschichte ebenso friedlich, ruhig, glatt und akkurat an die Revolution heranführte, wie ein deutscher D-Zug in die Bahnhofshalle einfährt. Der würdevolle Schaffner öffnet die Wagentüren und ruft: »Haltestelle Soziale Revolution. Alle aussteigen!«²⁷⁹

Rosa Luxemburg hat in einem Atemzug mit ihrer Kritik an dem Vorpreschen der Bolschewiki und ihrem Weg in Diktatur

und Terror betont: »Lenin und Trotzki [waren] mit ihren Freunden die ersten, die dem Weltproletariat mit dem Beispiel vorangegangen sind, sie sind bis jetzt immer noch die *einzigsten*, die mit Hutten ausrufen können: Ich hab's gewagt!

Dies ist das Wesentliche und *Bleibende* der Bolschewiki-Politik. In diesem Sinne bleibt ihnen das unsterbliche geschichtliche Verdienst, mit der Eroberung der politischen Gewalt und der praktischen Problemstellung der Verwirklichung des Sozialismus dem internationalen Proletariat vorangegangen zu sein und die Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit in der ganzen Welt mächtig vorangetrieben zu haben. In Russland konnte das Problem nur gestellt werden. Es konnte nicht in Russland gelöst werden, es kann nur international gelöst werden. Und *in diesem Sinne* gehört die Zukunft überall dem »Bolschewismus«.²⁸⁰

III. »Revolution« – die Karriere eines Begriffs nach dem Ende des Ostblocks

Eine Annäherung

Die Jahre 1989/91 waren reich an Erschütterungen. Die Welt änderte sich, nicht unbedingt zum Besseren. Mauern fielen, Regierungen stürzten, Verwaltungen und Wirtschaftsunternehmen brachen zusammen. Vor allem aber: Scheinbar stabile, festgefügte, durch ausgebaute Sicherheitsapparate geschützte und von zahlreichen Funktionären getragene Staaten des Ostblocks warfen innerhalb von Wochen ihre unverbrüchliche Treue zum Sozialismus und zur Solidarität untereinander über Bord. Millionen Parteimitglieder und zahlreiche loyale Bürger vergaßen über Nacht ihre sozialistischen Ideale, verdrängten die Einsichten nicht nur des Pateilehrjahres über den Charakter des Kapitalismus. Die Befreiung der Menschheit als hehres Ziel verkam in kürzester Zeit zur Entfesselung des egoistischen Individuums, in dem nur der Stärkere, Verlogenerere, Gerissenere triumphierte.

In der Rückschau fasziniert das rasante Tempo dieses Wandels, für den die DDR vermeintlich idealtypisch ist und sich doch gravierend von den mittelosteuropäischen, schon weit sozialismus-abstinneren Nachbarn unterscheidet. Die machten ihre euphorischen Reformerrfahrungen 1956, 1968 oder 1980 und waren durch die welt- und machtpolitischen Realitäten mittels Panzern und